

Einzelpr. 21
ft 5
Redaktion
und Verwaltung:
Brag II.,
Savlickova nám. 32.
Telephon 6795,
nachts 6797.
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Prag II.,
Savlickova nám. 32.
Postfachamt 57544.
Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—
Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (r.w.).

3. Jahrgang.

Mittwoch, 4. Juli 1923.

Nr. 153.

Es bleibt, wie es war!

Die Affären der Bohemiabank und der Mährisch-schlesischen Bank haben einige Monate hindurch nicht unbeträchtlichen Staub aufgewirbelt. Der Skandal war groß und stank zum Himmel. Da schien es sogar, als wäre das öffentliche Gewissen, das sonst den Schlaf des Gerechten schläft, aufgerüttelt worden. Selbst die bürgerliche Presse ereiferte sich über den gehäuften Schmutz, den die Affären ans Tageslicht gebracht hatten, forderte die Reinigung des Augiasstalles und die Regierung ließ durch den Finanzminister Maßnahmen gegen das Treiben und die Wirtschaft der Banken ankündigen, stellte deren wirksame Kontrolle in Aussicht und versprach den gesetzlichen Schutz der Einleger. Wer das Wesen der Herrschenden in diesem Staate und das Wesen der kapitalistischen Ordnung im allgemeinen nicht kennt und sich gerne durch Worte und Versprechungen täuschen läßt, mochte glauben, nun werde wirklich alles getan werden, um dem übermächtigen und übermütigen Bankkapital wenigstens die gefährlichsten Krallen zu beschneiden. Aber das Wort von den Krähen, die sich gegenseitig kein Auge ausbaden, hat auch hier wieder seine Geltung behalten. In der Sache der Bohemiabank hat sich die staatliche Gerechtigkeit nicht weiter vorgewagt, als dahin, den zur Zeit des Krachs amtierenden Präsidenten der Bank, Dr. Kubicek, anzuklagen und beim Abgeordnetenhaus seine Auslieferung an das Gericht durchzusetzen. Doch wer wagte heute noch zu behaupten, daß Kubicek der einzige Schuldige, ja, auch nur der Hauptschuldige war! Das Strafverfahren wurde gegen Dr. Kubicek und „unbekannte Täter“ eingeleitet, aber die „unbekannten Täter“ bleiben weiter unbekannt und ungeschoren, obwohl alle Welt auf sie mit Fingern zeigt. Die Scheu, den Kreis der Angeklagten entsprechend den faustdicken Verdachtsgründen zu erweitern, ist groß, umso größer, als die Belasteten Männer sind, deren Würden ihnen als der schützende Panzer vor dem Zugriff der Organe der irdischen Gerechtigkeit dienen. Das Dunkel, das über den unbekannteren Tätern liegt, will sich aber vor allem deshalb nicht lichten, weil die früheren Regierungen selber mit schwerster Schuld beladen sind, für die sie nur dann der Verantwortung entrinnen können, wenn das mystische Dunkel, das über den „unbekannten Tätern“ liegt, gewahrt bleibt. Und wie mit der Strafverfolgung der Schuldigen, so sieht es auch mit den angekündigten Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Bankstandale und zur Herbeiführung einer wirksameren Kontrolle der Banken aus. Das Bankkapital kann ruhig schlafen, nicht ihm, sondern der rächenden Nemesis sind die Fangarme gebunden.

Die am letzten Samstag im Prager Merkurjaale unter Vorsitz Dr. Kubiceks abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre der Bohemiabank hat noch einmal die trüben Wasser des Sumpfes aufgewühlt und die Schuldigen aufgezeigt. Vielleicht wird der Prozeß gegen Kubicek einige Blasen darin zum Aufsteigen bringen, dann wird alles bleiben, wie es war. Die Bohemiabank wird liquidiert, verzichtet auf ihr weiteres Sündendasein, das wird aber auch die einzige Veränderung gegenüber früher sein: das System, das die Affäre der Bohemiabank möglich machte, wird weiter bestehen, das sogenannte öffentliche Gewissen wird sich umsonst strapaziert haben. Die Bilanz der Bank weist, wie nun genau feststeht, einen Verlust von 176.379.707 Kronen aus, von denen „nur“ etwa 20 Millionen dem letzten Verwaltungsrat zur Last fallen, während die der Revisionsbefund berichtet, die übrigen Verluste von über hundertfünfzig Millionen auf das Konto des früheren Verwaltungsrates zu buchen sind. Die Bank war also schon seit Jahren bankrott, wirtschaftete in der gleichen Weise aber nicht nur weiter, sondern täuschte die Einleger durch gefälschte Bilanzen, welche die Bank aktiv erscheinen ließen. Was aber am schwersten wiegt, das ist, daß eine schon im Jahre 1919, wie der Revisionsbericht erzählt,

Zusammenbruch der Metallindustrie an der Ruhr.

Angaben der Havas-Agentur.

Düsseldorf, 3. Juli. (Havas.) Die Lage in der von den Franzosen am 25. Juni besetzten „Hermannshütte“ kann als symptomatisch und typisch für die allgemeine Situation der Metallindustrie im Ruhrgebiet angesehen werden. Der Betrieb der Thomasöfen ruht vollständig und die großen Martinöfen sind gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen. Von acht kleinen Martinöfen sind bloß zwei im Gange. Die tägliche Produktion ist von 2000 Tonnen auf 50 Tonnen gesunken. Sechs Hochofen sind zwar noch in Tätigkeit, doch sind zwei davon schon im Erlöschen. Es hat sich eine große

Menge, schätzungsweise mehr als 300.000 Tonnen an Fertigwaren aufgehäuft, die nicht abtransportiert werden können. (Der Zweck dieser Mitteilung ist nicht ganz klar. Die Havas-Agentur hat wenig Interesse daran, der übrigen Welt zu zeigen, wie völlig der Ruhrerbruch das Wirtschaftsleben zerstört hat. Wohl aber kann es der heimischen Metallindustrie Frankreichs wohl tun, zu hören, daß ihr meistgefürchteter Konkurrent so unrettbar zu Boden liegt. Auch das ist, kapitalistisch-egoistisch angesehen, ein „wirtschaftlicher Erfolg“ und wohl geeignet, Poincaré den Beifall des großindustriellen nationalen Bloks zu verschaffen.)

Einberufung der Saar-Regierungskommission.

Genf, 3. Juli. (Tsch. P.) Cecil begründete heute in öffentlicher Sitzung des Völkerbundes die englischen Anträge zur Saarfrage. Er hielt an dem des Versailler Vertrages die Verantwortung des Völkerbundes für die Verwaltung des Saargebietes für gegeben und tadelte die Verfügungen der Regierungskommission, die ohne vorhergegangene oder spätere Befragung der Bevölkerung erlassen worden seien. Er verzichtete auf die Erneuerung einer Untersuchungskommission, sowohl in Genf als auch im Saargebiet, forderte aber, daß der Rat alle Mitglieder der Regierungskommission und nicht nur den Präsidenten nach Genf berufe, um sie zu vernehmen und sich dadurch über die Vorgänge im Saargebiet und die Regierungsmethoden zu unterrichten. Der Vertreter Frankreichs Hannotaux verteidigte lebhaft die Kommission und die Notverordnungen, erklärte sich aber, nachdem auf eine besondere Untersuchungskommission verzichtet wurde, damit einverstanden, daß der Rat sich selbst mit der Saarfrage befaßt, wie er es übrigens stets getan hat. Auf Salandras Antrag soll in geheimer Sitzung eine Formel zu Hannotaux' und Cecil's Antrag ausgearbeitet werden. Ein Vorschlag Brantings, nicht nur die Mitglieder der Regierungskommission, sondern auch Vertreter der Saarbevölkerung vor dem

Völkerbundsrat zu vernehmen, soll auf Cecil's Wunsch bis nach Fühlungnahme mit der Regierungskommission zurückgestellt werden.

Mündliche Besprechungen.

London, 2. Juli. (Havas.) Die Unterredungen zwischen den Vertretern der französischen und der britischen Regierung nehmen ihren Fortgang. Der französische Botschafter Saint-Aulaire beriet nachmittags im auswärtigen Amt mit dem Unterstaatssekretär Sir E. Crowe über die Reparationsfrage und die Lausanner Konferenz.

Die deutschen Sozialdemokraten drängen auf Klärung.

Berlin, 3. Juli. (Tsch. P.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der sich gestern mit der innen- und außenpolitischen Lage beschäftigte, beschloß, die sozialdemokratische Auffassung zu den Währungsfragen, zu der Frage des wertbeständigen Lohnes der Reichsregierung zu unterbreiten und Maßnahmen in dieser Richtung zu fordern. Ferner wurde die Behandlung dieser Fragen im Reichstage noch vor den Sommerferien gefordert. Die außenpolitische Lage, insbesondere die Lage im Ruhrgebiet, soll in einer politischen Debatte im Reichstage geklärt werden.

vom Finanzministerium durchgeführte Revision feststellte, daß die Bank derart passiv arbeite, daß es Pflicht der Regierung gewesen wäre, einzuschreiten. Dieselbe Revisionsstelle errechnete im Jänner 1922 bei der Gebarung der Bank, daß sie mit 33 Millionen Kronen fallit sei, obwohl ihr ganzes Aktienkapital nur 25 Millionen betrug; in Wahrheit war das Konto aber noch weit größer und betrug 44 Millionen Kronen. Dennoch genehmigte das Finanzministerium der Bank die Vermehrung ihres Aktienkapitals. Das Ergebnis der Revision wurde außer dem Vizepräsidenten und Solofsbmann, Dr. Scheiner, niemandem mitgeteilt, nicht einmal der Regierungsvertreter erfuhr davon, so daß sich die Bankleitung in der Verleugung ihrer gewagten und leichtfertigen Geschäfte noch immer keinen Zwang anzunehmen brauchte. Herr Dr. Scheiner behielt die Kenntnis des Ergebnisses der Untersuchung für sich, wodurch zweifellos die Einleger auf das schwerste irreführt wurden. Der leichtfertigen Wirtschaft der Funktionäre steht ebenfalls die Vernachlässigung der Pflichten durch die staatlichen Organe gegenüber. Der Schuldigen müssen mehr sein, als der eine Kubicek, der behauptet, daß man ihn zum Sündenbock für andere mache und der „nur“ für zwanzig Millionen des Verlustes sich mitverantwortlich fühlt, der aber, wie er sagte, nur existieren konnte, weil früher aus der Bank ein „Trödelladen“ gemacht worden war, Waren eingekauft wurden, als die Krone am niedrigsten stand, so daß, als die Krone stieg, dadurch Verluste entstanden, zu welcher Zeit aber schon der neue Verwaltungsrat am Ruder war. Wo sind also die weiteren und wahren Schuldigen? Die staatliche Gerechtigkeit weiß es nicht und will es nicht wissen.

Die Kampagne für die schärfere Überwachung der Banken, — das kann man schon jetzt prophezeien, — wird ausgehen wie das berühmte Hornberger Schießen. Die von der Regierung angekündigten Maßnahmen, so unzureichend sie auch waren, haben im Schoße der Koalition eine dauernde Ruhestätte gefunden. Den Bankherren kommt die Arbeitsunfähigkeit der Regierungsparteien sehr gelegen, aber wenn es auch um die Lebensfähigkeit der Koalition besser stünde, sie brauchten sich doch keine grauen Haare wachsen zu lassen. Es wäre auch dann nur irgendeine Scheinmaßregel herausgekommen. Die Interessen des heiligen Bankkapitals sind bei der Koalition in guten Händen. In seiner Rede über den Krach der Bohemiabank konnte der Herr Finanzminister Dr. Bečka die Kühne Behauptung aufstellen, die Bank sei auf Grund des Revisionsberichtes im Jahre 1920 noch aktiv gewesen, so daß die Regierung die Neuausgabe von Aktien bewilligen konnte, und er äußerte sich bei einer anderen Gelegenheit, er habe als Präsident der Zivnobank durch seinen Schwager, den früheren Finanzminister, um alle Vorkehrungen der Regierung gewußt. Das sagt alles! Herr Dr. Bečka ist aber noch immer im Amte. Die „unbekannten Täter“ werden weiter unbekannt bleiben. Und dem Herrn Dr. Scheiner hat die Solofsbmann die Vertrauen ausgesprochen. Zwar ohne sachliche Prüfung, aber dafür umso herzlicher. Man wird doch den Herrn Ohmann nicht im Stich lassen. Es ist also alles in Ordnung. Es bleibt, wie es vordem war. Solange, nun solange, als die kapitalistische Ordnung besteht, die mit ebensolcher Naturnotwendigkeit Schmutz und Korruption, Wucher und Schwindel hervorbringen muß, wie der Obstbaum Früchte trägt.

Zimmens Rede in Aulfig.

Von Josef Böckla.

Genosse Zimmen hat in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär der I. F. J. anlässlich des Verbandstages in einer öffentlichen Versammlung in Aulfig eine Rede gehalten, die sich anlehnt an eine Reihe seiner früher gehaltenen Reden, mit dem einen Unterschied vielleicht, daß sie versucht, noch etwas mehr nach links zu gehen als die bisherigen. Ihre Grundgedanken sind etwa folgende:

Durch den Krieg ist die gesamte Arbeiterschaft von den Kapitalisten aller Länder betrogen worden. Man hat ihr Freiheit versprochen, aber es ist ihr nichts gegeben worden. Man hat gesagt, es werde der letzte Krieg sein und seit fünf Jahren rast immer noch die Kriegsfurie durch die Lande und die Gefahr eines neuen Krieges ist drohender denn je. Überall wird gerüstet. Die Ursache der Möglichkeit dieses großen Betruges liegt darin, daß die Arbeiterschaft 1914 das nationale über das internationale Interesse gestellt, die internationale verraten hat. Diese Möglichkeit besteht nun auch heute und sie zu bannen ist oberste Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, besonders aber der Transportarbeiter aller Länder, die als eine der wichtigsten Kategorien den Schlüssel zum gesamten Verkehr in den Händen halten und durch eine Absperrung der einzelnen Länder Munitionstransporte usw. verhindern können. Die Kriegsgefahr besteht in der Tschechoslowakei sowohl wie in Deutschland, in England wie in Frankreich, in Polen wie in Belgien. Insbesondere ist die ganze Welt bereit, sich auf Russland zu stürzen, um diese sozialistische Dase zu zerstören und so wieder die allgemeine Herrschaft des Kapitalismus aufzurichten. Aber auch national drohen große Gefahren. Der Faschismus feiert Triumphe und da ist es Pflicht der internationalen Arbeiterklasse, sich mit den gleichen Mitteln zur Wehre zu setzen. Die deutsche Arbeiterschaft muß bewaffnete Hundertschaften bilden, die gegenüber den Faschisten zum Kampfe bereit sind. Es geht nicht an, mit dem Schlagwort der Demokratie zu kämpfen, wo der Feind rückichtslos die Waffe der Gewalt anwendet. Die Bourgeoisie pfeift auf die Demokratie, wenn sie ihr nicht mehr dienlich erscheint. Uebergehend zu der Frage des Krieges, erklärt es Zimmen als die Hauptaufgabe der Transportarbeiter, den Kampf gegen den Krieg zu führen. Aber es müssen alle Arbeiter diesen Kampf verstehen, damit es möglich ist, den Krieg durch die Verkündung des Generalstreikes zu verhindern. Dazu bedarf es erhöhter Opferbereitschaft, bedarf es vor allem eines tiefen und ehrlichen Hasses gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, eines andern Hasses, wie ihn heute die Mehrzahl der Arbeiter kennt: Wir hassen diese Gesellschaft, weil wir unter sind und die anderen oben, aber wir sind bereit, die eigene Klasse zu verraten, wenn es uns selbst gelingt, in die Höhe zu kommen. Als Mittel zur Verhinderung der reaktionären Anschläge betrachtet Zimmen die Einheitsfront des Proletariats. Es ist schwer, sie zu erreichen, aber wenn sie nicht erfolgt, bedeutet das die Niederlage beider Flügel des Proletariates. Die Bourgeoisie ist international und das Proletariat muß aus ihrem Beispiel lernen. Er verweist auf die internationale Konferenz der Transportarbeiterföderation in Berlin, wo der Versuch zur Schaffung der Einheitsfront unternommen wurde, ohne daß leider die Beschlüsse durch den Generalrat der I. F. J. anerkannt worden wären.

Die Rede enthält an sich keine Ueberraschungen. Zimmen hat sich zweifellos in den letzten Monaten sehr stark nach links entwickelt. Es scheint im Grunde eine persönliche Tragödie zu sein, die sich hier abspielt. Seitdem er Sekretär des I. F. J. war, ist immer eine gewisse Rivalität zwischen ihm, dem Idealisten und dem nüchternen denkenden Dubegeest zu verzeichnen gewesen. Zimmen hatte die Führung im I. F. J. und er hatte sicherlich den ersten Willen, dem Proletariat zu helfen. Durch die Machtfülle, die sich ihm als Sekretär des I. F. J. bot, glaubte er, das Weltgeschehen entscheidend beeinflussen zu können. Er ist zweifellos ein durchaus ehrlich denkender und ehrlich wollender Mensch, der sich vor allem den Kampf gegen die Völkerei und damit die Geißel des Proletariates, den Krieg, zur Hauptaufgabe gestellt hatte. Der beste Beweis für seinen etwas wehrenden Idealismus ist die Einberufung des Haager Weltfriedenskongresses gewesen, den er in seiner Aulfiger Rede selbst spöttisch als „sogenannte“ internationalen Kongreß bezeichnet hat. Die Gewerkschafter waren damals von diesem Kongreß nicht sonderlich erbaut und die Sozialisten noch weniger. Denn sie erkannten schon damals, was Zimmen erst heute erkennt: daß der

Krieg ein Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist und daß es deshalb als eine ganz verfehlte Spekulation betrachtet werden muß, ihn mit noch so wohlmeinenden bürgerlichen Vätern zu bekämpfen. Man wird uns zugeben, daß wir diesen Standpunkt auch zur Zeit des Haager Kongresses schon vertreten haben. Für Fimmen aber waren die Beschlüsse, die Resolutionen und der tauschende Beifall, über den er heute lächelt, ein Evangelium, und auch der Gewerkschaftskongress in Rom, der die Beschlüsse der Transport-, Metall- und Bergarbeiter zu den seinen machte und im Kriegsfall die Arbeiter zum Generalstreik verpflichtete, war sein Werk und wohl auch seine Freude. Dann kam der Zusammenbruch. Als die Befestigung des Ruhrgebietes kam, lächelte Fimmen sofort die Schwäche seiner Position. Es galt, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Das gelang nicht, weil man eben nicht eine Macht aus dem Boden hervorbringen kann, wo sie nicht ist. Fimmen hat die Ohnmacht der französischen Arbeiterklasse in seiner Aufregung sehr ironisch behandelt. Diese Ohnmacht bestand schon zur Zeit der Haager Beschlüsse und der Beschlüsse von Rom und ein Weltvorkämpfer vom Schlage eines Fimmen mußte das wissen und auch darnach handeln. Es wäre klüger gewesen, die Beschlüsse von Rom und vom Haag nicht zu fassen. Aber waren sie gefaßt, dann war es ein Miefenschieber, sein Arbeitsprogramm nur auf sie aufzubauen und dann zu verzweifeln, wenn sie nicht gelangen. Und Fimmen hat verweigert, als er im entscheidenden Augenblick die Ohnmacht der Arbeiterklasse aufs neue sah. Heute reißt er durch die Lände und peitscht die Arbeiterschaft auf zum heiligen Kampfe gegen Kapitalismus, Reaktion und Krieg. Mahner des Bewusstseins sind immer gut, aber sie sollten nicht selbst an ihrer Mission verzweifeln. Fimmen hat sich in seinem Gedankengang verrannt und man fühlt, wie schwer, ja wie unmöglich es ihm wird, aus ihm herauszukommen. Und es ist nun das Schlimmste, was einem Sozialisten geschehen kann, wenn er sich auf eine rein individualistische Taktik einläßt. Die Kräfte der Gesellschaft verkennend, glaubt er nun auch, die schwersten Fragen mit der einfachen Parole des guten und bösen Willens lösen zu können. Spricht von sozialpatriotischen Führern, die die Arbeiterklasse verraten, so daß Massenprobleme verschleudert zu einem Führerproblem. Ich habe Fimmen vor einigen Monaten in Dresden gehört und habe ihn vor ein paar Tagen in Auloff gehört. Die Tendenz zur persönlichen Verbitterung ist unverkennbar. Er setzt sich in Widerspruch mit den leitenden Funktionären der beiden internationalen Organisationen, die er mitrepräsentiert, der I. L. F. und des I. O. B. und er wird vielleicht oder sogar voraussichtlich bald in einen so großen Konflikt geraten, daß man ihm die Zeitung entziehen wird. Die Frage wird eine noch größere Verbitterung sein, ein völliges Verzweifeln an dem selbstbestimmten guten Ziele, das er auf falschem Wege zu verwirklichen hoffte und vielleicht ein Hinüberdrehen auf jene linke Seite der proletarischen Kampffront, von der ihm noch vor wenigen Wochen ein höhnisches „Hallo Fimmen, wo bleibst Dein Generalstreik?“ entgegenklingte. Es ist die Tragödie eines Menschen, aber nicht die einer Bewegung, die sich da vor uns abspielt, eines Menschen, der seine Karte in edelster Absicht aufgelegt und dann leider Alles verloren hatte.

Ich verkenne nicht die Schwächen der Hamburger Internationale und ich glaube meinen Auffassungen genügend Ausdruck verliehen zu haben. Trotzdem zweifle ich nicht an Hamburg, weil ich weiß, daß die ungeheure, lebendige Kraft des proletarischen Gemeinschaftsgefühls doch triumphieren wird über eine heute noch ungenügende Form. Wir wissen, daß die Verhältnisse, unter denen das Proletariat zu kämpfen hat, fast in allen Staaten verschiedenartig sind. Aber wir wissen ebenso, daß der Revolverprozess immer rascher vor sich geht und die trotz mancher Rück-

fälle unverkennbare Radikalisierung der konservativen aller Arbeiterbewegungen, der englischen, zeigt uns aufs deutlichste den Weg, den wir zu gehen haben. Unermüdliche Ausflarungsarbeit unter gleichzeitiger genauer Erkenntnis der Lage, in der sich das Proletariat befindet und der mit bewunderungswürdiger Klarheit und Eindeutigkeit vorgeschriebenen Entwicklungslinie, Aufstellung der Massen zum Kampfe gegen alle Mächte des Kapitalismus und darunter selbstverständlich auch gegen Krieg und Chauvinismus, der unausgesetzte Hinweis auf das Endziel unter gleichzeitigem Hinweis zur praktischen Tages- und Kleinarbeit — das wird uns nicht erparat bleiben, aber es wird uns auch zum Siege führen, viel leichter und fester jedenfalls als das Fassen von Beschlüssen, die nicht eingehalten sind und der nachherige bittere Spott über sie — in Wirklichkeit über die eigene Enttäuschung.

Die Einheitsfront des Proletariates, sie ist sehr notwendig. Aber auf dem von Fimmen vorgeschlagenen Weg wird man sie kaum erreichen. Er hat sich auf Bauer berufen und gesagt, man müsse Bauer kritisieren, wenn man ihn kritisiere. Sehr zu Unrecht hat er gerade dieses Beispiel gebracht. Denn Bauer ist der Typus des real denkenden Theoretikers, der sich über die Gesetze der Entwicklung im Klaren ist und aus dieser Erkenntnis heraus seinen Weg geht, während Fimmen nur auf die sicherlich sehr bedeutende Kraft seiner Individualität pocht. Aber es ist das Schicksal der starken Individualitäten, daß sie die eigene Kraft überschätzen und dann zerbrechen — und Fimmen scheint leider auf dem besten Wege zu dieser Tragödie zu sein. Man muß Bauers Referat in Hamburg über den internationalen Kampf gegen die internationale Reaktion gehört haben, um den ungeheuren Unterschied in der Auffassung zwischen ihm und Fimmen zu erkennen. Dort der mit den realen Machtverhältnissen rechnende Denker, der fest verankert ist in seiner Erkenntnis, hier der scheinbar leidenschaftslos und doch so ungeheuer leidenschaftliche Individualist, den der erste Mißerfolg auf seiner Bahn umwirft. Die Einheitsfront! Wer von uns wollte dem heldenhaften russischen Proletariat seine Anerkennung und seinen Dank verjagen! Aber wer wollte andererseits die ungeheuren Fehler nicht erkennen, die gerade jene machten, die die Einheitsfront am nötigsten gebraucht hätten! Das proletarische Rußland konnte von seiner Militärmacht leben, aber diese Lebensfähigkeit hat im Kapitalismus ihre Grenzen. Es mußte sich stützen können auf die internationale Macht der Arbeiterklasse, auf den wachsenden Einfluß des Proletariates in den einzelnen Ländern, um so die Regierungen zu der Erkenntnis zu zwingen, daß es hier eine Macht gab, die stärker war als die Landesgrenzen und daß der sozialistische „Auslandsstaat“ ihr näher war als die eigene kapitalistische Heimat. Statt dessen wurde Zwietracht gesät zwischen die Arbeiterklasse, wurde von Verrat gesprochen, wo es sich um tatsächliche Differenzen handelte, um Differenzen, bei denen die „Verräter“ durch die Entwicklung der Verhältnisse die glänzendste Satisfaktion erhielten, wurde das Vertrauen der neugewonnenen Anhänger der sozialistischen Bewegung in die eigene Kraft vernichtet. Mit Mitteln, wie sie gerade Fimmen nicht unbekannt sind, da er sie am eigenen Leibe erfährt, mit Mitteln, wie man sie heute, da es doch wohl klar ist, wo wir stehen, unausgesetzt weiter betreibt. Da man die proletarische Hilfe auf internationaler Basis um kleinlicher Parteinteressen willen verfehlt hatte, die Militärmacht aber dauernd nicht ausreichte, mußte der ausländische Kapitalismus unter den drückendsten Bedingungen zu Hilfe gerufen werden und statt der proletarischen Weltmacht betrieb heute ein Stinnes, ein Krupp und viele andere den Aufbau der russischen Wirtschaft. Nicht aus dem Wunsche der Hilfeleistung an das russische Proletariat, wie ihn das Weltproletariat hatte, sondern aus Profitinteresse. Der verheißungsvolle sozialistische

Staat wandelt sich heute zum neukapitalistischen — soell die einzige Macht, die den Sozialismus erhalten konnte, mittwiltig vernichtet wurde.

Heute kommt man uns mit der Einheitsfront. Aber wieder nicht ehrlich, sondern mit dem Hintertürchen des eigenen Parteigewinnes. Das ist kein ehrlich Tun und solange eine solche Einstellung zu finden ist, gepaart mit einer unerhörten Form des persönlichen Kampfes, solange wird die Einheit nicht hergestellt werden. Wir brauchen das gegenseitige Vertrauen zueinander, keine Konzessionen, wie Fimmen meinte und solange das nicht ist, ist der Versuch, zu einer Einigung zu gelangen, nutzlos.

Der beste Beweis für diese sicherlich traurige Feststellung ist die Beurteilung der Rede Fimmens in der kommunistischen Presse. Sie triumphiert und freut sich über Fimmens Kritik, die im wesentlichen eine Kritik an sich selbst war. Statt die Schwäche der Arbeiterbewegung endlich zu erkennen, statt vorab die eigenen Fehler einzusehen und an ihrer Beseitigung zu arbeiten, werden die „scharfen Diebe“ bewundert, die Fimmen angeblich gegen die Sozialdemokratie führte und mit der Manier eines kleinen Jungen, der sich freut, daß er die geringere Frucht Prigel erhielt als der größere Bruder, der Freude über die relativ schwächere Kritik an der eigenen Tätigkeit herbeigekehrt. Fimmen sprach zu Sozialdemokraten und das über ihre Einladung. Seine Ausführungen galten also ihnen und die Kommunisten wurden nur erwähnt, wo sie provozierten. Da haben sie sich immer ihre Absicht geholt — und sie konstruieren aus der Nichtbeachtung einen Triumph für sich. Fimmen mag diese Partner beurteilen wie er will. Unser Urteil ist gefällt. Wir ersehen die Einheitsfront sicherlich ebenso ehrlich wie Fimmen. Aber wir haben wenig Lust, dem Haag des Fimmens Friedenskongresses einen Haag der proletarischen Einigung im Sinne Fimmens entgegenzustellen.

Aus dem Senat.

Prag, 3. Juli. Der heutige Tag war fast vollkommen den Beratungen der Klubs, die Vormittag stattfanden, und den Arbeiten der Ausschüsse, die nachmittags tagten, gewidmet. Die Ausschüsse hatten alle Hände voll zu tun, um das umfangreiche Programm der morgigen Sitzung vorzubereiten.

Der Außenausschuß erledigte den gestern vorgelegten Handelsvertrag mit Lettland und das Gesetz über die vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss befaßte sich mit dem Gesetz über die Errichtung eines Fonds für Zwecke der Versicherung gegen Elementarschäden und mit den zahlreich vorliegenden Anträgen zur Unterstützung der von den Elementaratastrophen betroffenen Landwirte, die so recht den ungeheuren Appetit der Agrarier verraten.

Der Budgetausschuß nahm die Gesetze über die Erleichterungen bei der Zahlung der Erwerbsteuer, über die Prolongation der Aktiengesellschaften, über die Verlängerung der Anmeldefrist der Kriegsbefähigten, über den Arbeitslosenkredit und schließlich über die Errichtung eines Fonds für Zwecke der Elementarversicherung an. Senator Geyso protestierte gegen die Art der Handhabung des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes und kritisierte insbesondere in scharfen Worten die Tätigkeit des Ministerialrates Rosenkranz, der z. B. in Schlußkennau eine ganze Reihe von Arbeitslosen aus der Liste der zu Unterstützenden strich. 75 Prozent dieser Leute mußten später wieder unterstützt werden. Gegen die Vorlage stimmte als einziger der tschechische Gewerkeparteierte Thorsch.

Der sozialpolitische Ausschuss nahm das Krankentaggengesetz, das Gesetz über den Ar-

beitslosenkredit und das Gesetz über die Verlängerung der Anmeldefrist der Kriegsbefähigten an.

Die Sitzung des Plenums selbst war nur formeller Natur. Nach einigen zweiten Lesungen und nach debatteloser Erledigung der Vorlage über die Dienstgenüsse des Heeres und des Gendarmeriegesetzes wurde die Sitzung gegen die siebente Abendstunde geschlossen.

In den in der morgigen Sitzung zu wählenden Ständigen Ausschuss entsendet unser Senatorenklub als Mitglied den Genossen Niehner, als seinen Erstatmann Genossen Jarolim. Die deutschbürgerlichen Parteien laudibieren den Senator Spiegel.

Gegen die tendenziöse Rechtsprechung.

Eine Interpellation der Senatoren Genossen Dr. Heller und Niehner an den Minister für soziale Fürsorge, betreffend die Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes über die Betriebsauschüsse und die obligatorische Krankenversicherung der Hausgehilfen besagt:

Durch zwei in der letzten Zeit ergangene Entscheidungen hat das Oberste Verwaltungsgericht in weite Kreise der Arbeiterschaft tiefste Erregung getragen.

Es war dies einmal jene Entscheidung, durch welche das Oberste Verwaltungsgericht die Betriebsauschüsse in allen jenen Unternehmen beseitigte, welche nicht der Produktion dienen, also vor allem in den Banken. Obwohl die Absicht des Gesetzgebers ganz klar dahin ging, Betriebsauschüsse für alle Unternehmen, bei welchen sonst die Voraussetzungen vorliegen, gleichgültig ob sie der Erzeugung dienen oder nicht, zu schaffen, hat das Oberste Verwaltungsgericht eine Undeutlichkeit im Gesetzestexte benützt, um mit einem Federstrich zehntausende von Angestellten ihres Rechtes auf die Betriebsauschüsse zu berauben.

Noch ungeheuerlicher ist die zweite Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes, welche die obligatorische Krankenversicherung der Hausgehilfen beseitigt und diese auf die veralteten und unzureichenden Bestimmungen der Dienstbotenordnung zurückwirft. Aus diesen Entscheidungen geht die Tendenz der Gerichte hervor, jede Lücke im Gesetzestexte, der klaren Absicht des Gesetzgebers zuwider, zu benützen, um die Rechte der Arbeiter zu kürzen. Dieweil erwächst der Gesetzgebung die dringende Aufgabe, diese Lücken durch eine klare Ergänzung des Gesetzes auszufüllen, um diese Kategorien von Arbeitern und Angestellten vor den Auslegungskünsten der Gerichte zu schützen.

Wir fragen daher den Herrn Minister, ob er bereit ist, sofort bei Beginn der Herbstsession der Nationalversammlung Gesetzentwürfe vorzulegen, durch welche die obligatorische Krankenversicherung der Hausgehilfen und die obligatorischen Betriebsauschüsse für alle Unternehmen ohne Unterschied, ob sie der Erzeugung dienen oder nicht, eingeführt werden!

Inland.

Das Wüten der Zensur. Durch die Enthüllungen über den Wahlschwindel im Karpathorussischen Gebiet, sind einige der waderen tschechoslowakischen Zensoren aus dem Häuschen geraten. Den Vogel schloß der Teplitzer Zensor ab, der in der gestrigen

„Sozialismus und Weltgemeinschaft.“

Die Flut von Schriften, in denen das durch den Krieg veränderte Weltbild zum Anlasse der verschiedensten Betrachtungen gemacht wird, ist noch nicht verreckt. Fast jeder Tag bringt neue Betrachtungen politischer, sozialer oder moralischer Art. Aber nur wenig ist geeignet, den Tag der Geburt zu überleben. Unso begrüßenswerter ist es, wenn eine Schrift tiefer schürft. Heinrich Ströbel's neuestes Buch*) verdient diese Anerkennung. Es behandelt mit stiller Leidenschaft und kritischer Tiefe das sozialistische Grundproblem unserer Tage. Es sind Betrachtungen eines kritischen Sozialisten, die uns in seinem Buche begegnen. Und wenn sie auch, an der traditionellen Auffassung des Sozialismus gemessen, bisweilen feyerlich anmuten, so zwingen sie zum Nachdenken auch dort, wo sie Widerspruch wecken. Es ist ein Buch wider die Gewaltpolitik, auch wo diese im Namen des Sozialismus auftritt. Der erste Teil handelt von der Gewaltpolitik nach außen. Er beginnt mit einer erschütternden Bilanz des Weltkrieges, führt uns die Verluste an Menschen, an materiellen und moralischen Gütern vor Augen, stellt dem läugerischen Illusionismus der Kriegsheber die erschütternd tragische Wirklichkeit gegenüber. Im nächsten Kapitel wird die aus dem Militarismus der Friedensschlichter erwachsene neue Kriegsbedrohung aufgezeigt. Er sieht sie mit Recht darin, daß das Ausdehnungsbedürfnis der Sieger-

staaten und das Angstgefühl Frankreichs zur Schaffung von neuen Staaten geführt hat, durch die natürlich und geschichtlich Zusammengehöriges auseinandergerissen und schwerer Konflikstoff in die neuen europäischen Staaten hineingetragen wurde. Auch in Deutschland ist trotz des bösen Ausganges des Kriegsabenteuers der Aberglaube an die Machtpolitik noch nicht geschwunden. Sie findet ihre Bewunderer in deutschen Gelehrten. Ströbel zeigt dies an dem Werke Cartellieris (Grundzüge der Weltgeschichte), Lenz (Staat und Marxismus) und vor allem an Spenglers „Untergang des Abendlandes“. Des letzteren weitauholende Pseudogelehrsamkeit beleuchtet Ströbels scharfsinnige Kritik; er zerstückelt die mit falscher Vergangenheitsanalogie zustandekommenden Schlussfolgerungen dieses falschen Propheten. Es komme darauf an, ob man die brutale, bornierte Herrenmoral Spenglers oder die Moral der zum Menschheitsbewußtsein gereiften Vernunft zum Maßstab der Geschichte macht. Die für einen Sozialisten klare Entscheidung ist durch die schiefe geschichtliche Betrachtung getriebl worden. In den folgenden Kapiteln behandelt Ströbel das Verhältnis des Sozialismus zum Kriege, die Beschlüsse der internationalen Kongresse, die Stellung von Marx, Engels und Lassalle zur Kriegsfrage. Deren Stellungnahme zu den Kriegen ihrer Zeit wird bestimmt durch die revolutionären Wünsche und Hoffnungen, die sie an den Ausgang der Kriege knüpften, wobei sich diese Hoffnungen vielfach als trügerisch erwiesen, da die Kriege nicht den gewünschten revolutionären Ausgang nahmen, sondern dynastisch-imperialistische Eigenkräfte auslösten. Ströbel erinnert an Bebel's und Liebknecht's Verhalten und hält ihnen die Kriegsozialistischen Ideologien Kenners und Cunow's entgegen. Diese Kriegsideologie sei die Ursache für die stärkere Betonung des Nationalis-

mus auf sozialistischer Seite gewesen und die Vermischung des Unterschiedes zwischen dem Staat als einer Herrschafts- und Ausbeutungsorganisation und der Gesellschaft als einer Verwaltungsorganisation, welche Unterscheidung durch das ganze marxistische Gedankenstystem hindurchgegangen sei. Freilich übt Ströbel an der nationalistischen Geschichtsauffassung selbst auch Kritik. Er legt ihre Bedeutung herab, wenn er sie zu einem bloßen Hilfsmittel der Geschichtserkenntnis und zu einem Leitfaden für praktische Politik macht, wenn er neben dem Reiche der Notwendigkeit ein solches des Zufalls statuiert, wenn er bei der immerhin strittigen Frage der Abwendbarkeit des Krieges von einer fatalistischen Einstellung des „Pseudomarxismus“ spricht. Das Verhältnis von Ökonomie zur Ideologie bestimmt er in Konsequenz seines Standpunktes zur materialistischen Geschichtsauffassung als ein weniger streng kausales, er will seine Geschichtsphilosophie mehr auf Kant als auf Hegel stützen. Zwar gibt er die Möglichkeit zu, zu einer materialistisch und sozial bedingten Moral zu gelangen, der er eine absolute Geltung geben will, formuliert dieses Gesetz der Moral aber mit der christlich-kantischen Maxime: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Darin liegt wohl die Ablehnung einer Ableitung der sozialistisch-ethischen Prinzipien aus ökonomischen Tatsachen. Er will nur ein Sittengesetz mit absolutem Charakter gelten lassen, spricht von einer machiavellistischen Doppelmoral, die er auch noch in der Klassen- und Parteimoral der Sozialdemokratie gegeben sieht, durch deren Ueberwindung wir uns vor dem Verfall in Barbarei bewahren würden. Im Schlusssatz des ersten Teiles tritt Ströbel für den Völkerverbund ein, in dem er mit einem in den Tatsachen wenig begründeten Optimismus den Gegensatz zum Imperialismus sieht. Er glaubt

an einen Weg vom Sozialismus zum Völkerverbund, der über den Völkerverbund führt. Anders erscheint der Völkerverbund als eine mehr oder weniger geschickte ideologische Verschleierung der im Kapitalismus lebendigen Kräfte, woran auch seine Ausdehnung auf Amerika, Rußland und Deutschland nicht viel ändern dürfte.

Der zweite Teil von Ströbels Buch behandelt die Gewaltpolitik nach innen. Er enthält die denkbar schärfste Ablehnung aller Gewaltpolitik, aber auch der vom russischen Bolschewismus genährten Revolutionsromantik der deutschen Kommunisten. Die Betrachtungen über die große französische Revolution und über die Pariser Kommune, in denen er die Vorbilder des Bolschewismus sieht, führen ihn zur Behauptung von der Demoralisation aller Gewaltpolitik. Der Bolschewismus ist ihm das abschreckende Beispiel roher Gewalttätigkeit, die besonders deutlich aus der Revolutionierung Afrikas zu erkennen sei. Die durch den Bolschewismus künstlich beschleunigte „Freiung“ der asiatischen Völker eröffne eine Ära nationalstiftender und imperialistischer Kriege. Sie werde illustriert durch den bolschewistischen Imperialismus, dessen Opfer unter anderen das sozialistische Georgien geworden sei. Der sozialistische Aufbau der Welt sei nur durch friedliche Mittel möglich. Der Kommunismus steht dem organisatorischen Problem der Revolution ohne Erfahrung gegenüber, an Stelle der durch Erfahrung vermittelten Einsicht sehe er die Dekretierung. Die soziale Revolution sei zum Unterschiede von der bürgerlichen als eine Frage der Organisation zu erkennen und könne nur in friedlicher gesetzlicher Weise vollzogen werden. Die Einsicht dafür sei bereits vorhanden, aber man müsse mit der Praxis beginnen. Die Sozialisierung sei bisher nirgends über theoretische Leistungen hinausgekommen. Marx selbst war kein Organi-

*) „Sozialismus und Weltgemeinschaft“ Herausgegeben von „Aufbau und Werden“, Gesellschaft für praktische Volksaufklärung und Steigerung der nationalen Arbeitskraft, Verlag „Fica“, Br.-lin.

Nummer der „Freiheit“ den Leitartikel von der ersten bis zur letzten Zeile samt dem Titel vollständig konfiszierte. Die fortwährenden Konfiskationen unserer Parteipresse sind ein Hohn auf die täglich gepredigte Demokratie in diesem Staate und sie sind außerdem in ihrer Wirkung lächerlich, da sich ja beispielsweise im vorliegenden Falle der betreffende Zensor doch dessen bewußt sein muß, daß das Urteil über den karpathorussischen Wahlbetrug, der nunmehr schon im Inlande und Auslande bekannt ist, durch nichts geändert werden kann. Im Gegenteil, struppellose und willkürliche Konfiskationen erhöhen nur das Urteil, das sich die Arbeiterschaft über die karpathorussischen Wahlverhältnisse in besonderer und über die demokratischen Methoden in diesem Staate im allgemeinen gebildet hat.

Berücksichtigung des tschechoslowakisch-polnischen Verhältnisses. Die Kundgebung des polnischen Ministerpräsidenten Seyda über die Bedingungen einer polnisch-tschechoslowakischen Einigung wurde von der politischen Öffentlichkeit Polens sehr kritisch aufgenommen. Es haben sich auch Blätter gefunden, wie z. B. der „Kurjer Polski“, welche den ersten Schritt Seydas als unglücklich ansehen und den polnischen Außenminister als leichtsinnig bezeichnen. „Kurjer Polski“ meint, es sei klar, daß Herr Seyda mit der Tschechoslowakei ein zweifaches Spiel treibt, denn auf der einen Seite trägt er eine offizielle Kundgebung für eine Einigung mit der Tschechoslowakei vor (gemeint ist hier Seydas Antisemitismus), deren Veröffentlichung in Polen aber unterdrückt wird, während er auf der anderen Seite eine Rede hält, die sowohl durch ihre Form als auch durch ihren Inhalt, wie die seit letzter Zeit vom Außenministerium informierte „Tribuna“ meint, in der Tschechoslowakei nur ein ungünstiges Echo wecken kann; denn ihre Tendenz ist wiederum gegensätzlich. So weit man aus den Berichten der polnischen Presse ersieht, lauten in der neuen Regierung wieder Gegensätze auf, die zur Demission des Finanzministers Grabski führten. Es geht um verschiedene Standpunkte programmativischen Charakters und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch die anderen Zweige der polnischen Staatsverwaltung sehr bald die Krise des neuen Regimes spüren werden. Die Polen nennen auch schon als Nachfolger Seydas eine Person, die sich angeblich größerer Beliebtheit im Ausland erfreut, den Herrn Roman Dmowski, den polnischen Dr. Kramar. — Ob Dmowski eine Besserung der tschechoslowakischen Beziehungen einzuleiten imstande ist, ist jedenfalls mehr als fraglich. Dmowski ist zwar ein Anhänger der sogenannten „slawischen“ Orientierung Polens, aber dabei genau so tschechenfreundlich wie sein tschechoslowakischer Gegenpartner Dr. Kramar polenfreundlich ist.

Karpathorussischer Aufstand. Aus der karpathorussischen Opposition soll von Dr. Franz Lenberger eine regierungsfreundliche Mehrheit gemacht werden. Dieser Organisator des landwirtschaftlichen Rates für Karpathorussland, der seit kurzer Zeit auch Vorsitzender des landwirtschaftlichen Rates in Uhorod ist, hat offenbar eine politische Sendung. Wie nämlich die „Ridove Noviny“ melden, haben seine mit der Opposition geführten Verhandlungen einen befriedigenden Erfolg gehabt und werden zu einer Umgruppierung der politischen Kräfte Karpathorusslands führen und zwar so, daß aus der Opposition auf fixe Weise ein Regierungsbild hergestellt wird. Ministerialrat Frankenberg weist gegenwärtig in Prag, wo er neue „Instruktionen“ erhält. Die Regierung scheint es eben vor den Wahlen plötzlich eilig zu haben.

fator, sondern der große Systematiker der Theorie, der überragende Agitator. Unter diesem von Marx übernommenen negativen Erbe leidet noch heute der Sozialismus. Die organisatorische Unfähigkeit gefährdet die deutsche Republik. Schon sei dieses veräußert und verpaßt worden. Den Unterlassungen Deutschlands stellt Ströbel gegenüber, was andere Staaten seit dem Kriegsende in der Ordnung von Finanz und Wirtschaft geleistet hätten. Er nennt als Beispiel Amerika, England und — die Tschechoslowakei. Das letzte Beispiel ist wohl einer nicht kritisch nachgeprüften Auslandspropaganda zu verdanken. Es bedarf in manchem Punkte einer wesentlichen Korrektur.

Die Aufgabe des Sozialismus, der vor allem als organisatorisches Problem zu behandeln sei, erfordert die Heranziehung jener Schichten, die bisher die stärkste Stütze des kapitalistischen Systems gebildet hätten, der Schichten des Mittelstandes, und der Intellektuellen. Nach dem Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates stand diese Schichte dem Sozialismus feindselig gegenüber, doch hat sie sich seitdem enttäuscht vom Sozialismus abgewandt. Die politischen und wirtschaftlichen Wirren, Bürgerkrieg und Parteispaltung, die Herabdrückung des Lebensstandards ins Unterproletariat, das Ausbleiben der sozialistischen Aktivität, dies alles hat die Mittelständigen der Bevölkerung veranlaßt, das Nachsehen der kapitalistischen Reaktion auf das Schuldkonto des Sozialismus zu legen. Der Mittelstand, durch den Sozialismus zugrunde gerichtet, verbindet sich dennoch mit den Todfeinden des Proletariats wider den Sozialismus. Die Schwäche des Staates gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung, die durch Ekelerei und Spaltung bewirkte Ohnmacht des Sozialismus haben in Italien dem Faschismus den Boden geebnet, dem Faschismus, der eine allgemeine europäische Drohung sei. Erst

Soldatenshinder Beuer, der kommunistische Parteisekretär.

Der Reichenberger Kreissekretär der kommunistischen Partei, Leutnant Beuer, als Soldatenshinder gerichtlich gebrandmarkt.

Am letzten Samstag fand vor dem Bezirksgericht Agram die Schlussverhandlung in dem Prozeß statt, den der kommunistische Kreissekretär und ehemalige k. l. Leutnant Beuer gegen drei Teilnehmer einer Gemeindevollerversammlung im Jahre 1921 angestrengt hatte, in der diese gegen ihn den Vorwurf erhoben, daß er während des Krieges ein Soldatenshinder war. Beuer behauptet in der Anklage, daß ihn die Angeklagten Adalbert Hartl, Heinrich Feig und Otto Bleil, sämtliche aus Grottau, in der Versammlung auch „Ganner“ und „Schweinchund“ nannten, was jedoch Bleil und Feig in Abrede stellten, während Hartl zugab, neben dem Ausdruck Soldatenshinder auch das Wort „Ganner“ gebraucht zu haben. Bezüglich des Vorwurfs Soldatenshinder erklärten sich die „Angeklagten“ bereit, den Wahrheitsbeweis zu liefern. Sie haben nicht zu viel behauptet, denn dieser Beweis ist ihnen im Verlaufe der Prozeßverhandlung restlos gelungen. Aus den Aussagen der Zeugen, die gegen Beuer aufmarschierten, geht unwiderleglich hervor, daß Beuer, der heutige Oberkommunist, während des Weltkrieges zu jenen Offizieren gehörte, die nicht nur, den Befehlen von oben streng gehorchend es der Mannschaft gegenüber an jeder Rücksicht fehlen ließen, sondern auch ihre Nachstellung bezu ausnützten, die Untergebenen zu kettieren, zu schikanieren, zu hungern und zu mißhandeln. Wir haben vor mehreren Tagen bereits die Aussagen wiedergegeben, die von den Zeugen gegen Beuer in der vorletzten Verhandlung in der Juniwoche vorgebracht wurden. Zu jener Verhandlung war Beuer nicht erschienen, sodas sie auf den 30. Juni vertagt werden mußte. Doch schon vor der letzten Verhandlung, die am Samstag stattfand, bestand über das Urteil, das Beuer verdient, kein Zweifel. Während des ganzen Prozesses stand Beuer, der formelle Ankläger, tatsächlich als Angeklagter vor dem Gericht und vor der Öffentlichkeit und weit mehr noch, als die richterliche Entscheidung stellt das Urteil, das sich insbesondere die gesamte Arbeiterschaft nunmehr über Beuer bilden muß, dessen völlige moralische Verurteilung dar.

In der Verhandlung am Samstag traten neben mehreren Belastungszeugen gegen Beuer auch einige „Entlastungszeugen“ für ihn auf. Die Aussagen der letzteren aber verrieten, daß sie nicht imstande waren, ihre Berufung zu erfüllen. Selbst die sogenannten Entlastungszeugen mußten insgesamt erklären, daß Beuer die Mannschaft von oben herab behandelte und bei ihr wegen seiner Streiche „unbeliebt“ war, daß er bei Übungen (wohlgemerkt, im Felde), die nach seiner Meinung nicht klappen, die Mannschaft fast regelmäßig nachgezerrten ließ und daß diese Übungen oft länger dauerten, als es nach der Meinung der sogenannten Entlastungszeugen notwendig war. Der dienstführende Feldwebel Beuers, ein Arbeiter, auf dessen Aussage die höchst verlegene kommunistische Presse besonders stolz ist, erzählte, daß er von keinem seiner 24 Kompaniekommandanten so untergeordnet behandelt wurde, wie von Beuer. Mit Ausnahme der Mitteilung dieser „Entlastungszeugen“, daß Beuer immer inspiziert habe, ob die Menge in Ordnung ist, daß er sich lebhaft um die Lage seiner Soldaten kümmerte, wußten jene, die ausserkoren waren, ihn zu retten, ihm nichts Schmeicheles nachzusagen. Die Aussagen jener aber, welche gegen Beuer zeugten, „harmonisieren“ mit den Aussagen der Zeugen von

wenn der Sozialismus wieder schöpferische Gestaltungskraft beweist, wird er starke Schichten des Mittelstandes wiedergewinnen und Gebiete, die heute vom monopolistischen Kapital beherrscht werden, ins Interesse des Proletariats und des Mittelstandes der Sozialisierung zuführen können. Im Schlusssatz verweist Ströbel auf den Weg zur Weltgemeinschaft mit Hilfe des Pazifismus. Krieg und Bürgerkrieg haben zur Verrohung der Menschheit geführt, sie haben die antisozialen und antisittlichen Tendenzen des Kapitalismus verstärkt, haben neue starke Elemente der Weltverunreinigung geschaffen, die Realität um die Hegemonie auf dem europäischen Kontinent und der Faschismus sind hinzugekommen. Der Sozialismus ist die einzige Macht, die dauernd Frieden schaffen kann, wenn er, den Gedanken der Gemeinwirtschaft verwirklichend, die Menschheit von der kapitalistischen Unrast und von deren nationalstiftenden Ideologie befreit. Doch ist das Ideal des Völkervertriedens mit rein wirtschaftlichen Mitteln nicht zu verwirklichen, es bedarf der Unterstützung durch den Pazifismus. Mit der Aufforderung zu weltbürgerlicher Gesinnung, zum Kampfe für den Völkervertriedens schließt Ströbel sein Buch. Den scharfsinnigen Befenner des historischen Materialismus hat das aufreißende Erlebnis des Krieges und seiner Folgen zum leidenschaftlichen Prediger eines stillen Idealismus, zum Mahner zu einer sozialistischen Aktivität gemacht. Er hat die ihm eng dünkenden Grenzen verlassen, die dem Proletariat die bisherige Auffassung des historischen Materialismus gezogen hat. Wer wollte da, mag manches der am Marxismus geschulten Kritik unklar oder lehrförmig erscheinen, Regierertreue treiben gegen ein Bekenntnisbuch, das aus stärkster sozialistischer Geisligkeit und Sittlichkeit geboren wurde.

J. B.

der vorletzten Verhandlung. Ein Juris Kandidat Werner aus Prag gab an, daß

Beuer die Mannschaft einmal solange exerzieren ließ, daß sie vor Ermüdung den Dienst verlagte und daß die Leute damals gegen Beuer gemunter hätten, wenn er nicht den Befehl zum Einrücken gegeben hätte.

Ein Ofenfeher namens Dreher sagte aus, daß er

von Beuer beschimpft und geschlagen worden sei.

Beuer, der „Ankläger“, suchte sich zu verteidigen, so gut es eben ging. Wie es um seinen Rechtfertigungsversuch steht, geht schon daraus hervor, daß der „Vorwärts“, der über die Schlussverhandlung in mehr als vier vollen Spalten berichtet, den ehrenwerten Herrn Beuer selber nur mit vierzig Zeilen zu seiner Verteidigung zu Wort kommen läßt.

Nach den Plaidoyers des Vertreters Beuers und der Vertreter der „Angeklagten“ verkündete der Verhandlungsvorsitzende das Urteil:

Die Angeklagten wurden wegen des Ausdrucks „Ganner“ und „Schweinchund“ zu einer bedingten Arreststrafe von 24 Stunden mit einjähriger Bewährungsfrist und zum Erlas der auf dieses Strafverfahren sich beziehenden Kosten verurteilt. Dagegen werden sie

wegen des Vergehens gegen § 491 St.-G., begangen durch die Bezeichnung „Soldatenshinder“ freigesprochen und Beuer verurteilt, die diesbezüglichen Kosten zu ersetzen.

In der Begründung dieses Urteiles heißt es unter anderem:

„Der Wahrheitsbeweis für den Ausdruck „Soldatenshinder“ gilt nach Anschauung des Gerichtes als erbracht. Der Begriff Soldatenshinder ist weiter zu fassen, als dies seitens des Privatanklägers geschehen ist. Es sind nicht nur Mißhandlungen und Drangsalierungen, sondern alle jene Fälle darunter zu zählen, wo bei der Behandlung der Mannschaft, bei den Übungen, beim Exerzieren über das notwendige Maß hinausgegangen ist. Desgleichen sind Drangsalierungen erfolgt, wie aus den Aussagen der Zeugen Feig, Bernhard, Janisch, J. u. C. Werner und Dreher hervorgeht. Im Falle des Zeugen Hahnel ist erwiesen, daß der Ankläger Beuer ein ehrgeiziger Mensch gewesen ist und es ist anzunehmen, daß Beuer aus Ehrgeiz, um eine „stamme“ Kompanie zu haben, mehr getan hat, als notwendig war. Daß er viel schärfer gegen die Mannschaft vorgegangen ist, als die übrigen Offiziere, ist von Zeugen bestätigt worden, selbst von dem vom Ankläger geführten. Entscheidend für das Gericht war auch, daß der Kläger Beuer, in unnützer Weise, über das gebotene Maß hinaus, die Leute drangsalieren hat. Das Gericht erachtet daher den Wahrheitsbeweis für gelungen und spricht die Angeklagten frei.“

Der Vertreter Beuers meldete gegen den Freispruch die Berufung an.

Nicht so sehr durch das Urteil, welches das bürgerliche Gericht fällte, als vielmehr durch die Aussagen von mehr als einem Dutzend Zeugen ist für die gesamte Arbeiteröffentlichkeit der Beweis erbracht worden, daß der derzeitige Kreissekretär der kommunistischen Partei in Reichenberg, einer der prominentesten Führer der deutschen Kommunisten in diesem Staate, während des Krieges einer jener verhassten und gefürchteten Soldatenshinder war, deren Namen im Gedächtnis bei der Mannschaft, die unter diesen gefühllosen, großwahnsinnigen Offizieren dienen mußten, zeit ihres Lebens verwahrt bleiben. Es fällt uns nicht ein, die kommunistische Partei für diesen Mann und für das verantwortlich zu machen, was er sich zu einer Zeit zuschulden kommen ließ, da er dieser Partei noch nicht angehörte. Immerhin aber ist es charakteristisch, daß Beuer, eine jener Offiziersgestalten, die dem blutigen militaristischen System der Habsburger so teuer waren, es in kurzer Zeit zu einer führenden Stellung in einer proletarischen Partei bringen konnte, die den Klassenkampf auf ihre Fahne geschrieben hat und die glauben machen will, daß nur sie die wahre Vertreterin des revolutionären Proletariates sei, während sie sich nicht genug davon inn kann, in Jahrzehnten bewährte Führer der sozialistischen Arbeiterschaft als „Sozialpatrioten“ und „Verwäter“ zu beschimpfen. Nicht genug damit aber, daß dieser Beuer, dessen traurige Vergangenheit schon vor zwei Jahren — die betreffende Wollerversammlung fand am 27. Juni 1921 statt — ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt wurde, bis heute seine führende Stellung in der kommunistischen Partei behielt, wirft diese Partei sich auch heute noch, nachdem Beuer durch die Aussagen der Zeugen und das Urteil des Gerichtes für immer gebrandmarkt ist, noch zu seinem Verteidiger auf. Wir begreifen die ungeheure Verlegenheit, in der sich die Reichenberger kommunistische Partei durch den Verlauf und den Ausgang des Beuerprozesses befindet, daß ihr daran gelegen ist, das schwer geschädigte Ansehen der Reichenberger kommunistischen Arbeiterschaft wiederherzustellen. Es ist aber eine Privatität sondergsichen, daß der Kreis-

vollzugsausschuß der Reichenberger kommunistischen Partei, statt den Soldatenshinder von sich abzuschütteln, ihn noch in Schutz nimmt. Der Vollzugsausschuß des sechsten kommunistischen Kreises hat in einer Sitzung, die nach Schluß des Prozesses noch am selben Tage stattfand, zwar unter anderem auch festgestellt müssen, daß Beuer „als Kompaniekommandant sich so benommen hat, wie ein Mensch, der das Interesse der Kriegführung wahrzunehmen bestrebt war, was selbstverständlich der Gesinnung und den Grundsätzen eines Kommunisten nicht entspricht.“ Aber dieser faule Vollzugsausschuß tröstet sich und die Arbeiterschaft damit, daß Beuer bis zum Zusammenbruch bürgerlicher Gesinnung war und daß er nachher stets seine Pflicht als Sozialist und Kommunist erfüllt hätte. Daher besteht kein Anlaß, Beuer, der bis zum Urteil der Partei dieser seine Funktion zur Verfügung gestellt hat, das Vertrauen zu entziehen oder einzuschränken! Ein Parteigericht, dem das ganze Material unterbreitet wird, soll hier entscheiden und dieses Parteigericht soll einer öffentlichen Volksversammlung berichten. Wir haben so eine ungefähre Vorstellung, auf welcher Weise das Parteigericht verfahren wird, der Vergangenheit des Herrn Beuer ein schönes Gesicht zu geben. Möglich, daß die kommunistischen Arbeiter, die zu jener öffentlichen Volksversammlung erscheinen werden, sich mit dem zufriedenen geben werden, was man ihnen dort berichtet. Wenn ihnen aber dort jemand in Erinnerung zurückrufen wird, was die ehemaligen Soldaten, die das Unglück hatten, unter Beuer zu dienen, über diesen Soldatenshinder zu berichten wissen, so können wir nicht annehmen, daß die Reichenberger Arbeiterschaft diesen ihren Führer nicht zum Tode jagen wird. Ein Mensch, der Soldaten wie Hunde behandelt, sie beschimpft, der seine Mannschaft exerzieren ließ, während der Gegner die Stellungen beschoß, der bei der ganzen Mannschaft als Soldatenshinder verhasst und gefürchtet war, der Leuten, die darauf Anspruch hatten, den Urlaub verweigerte, der Mannschaftsoperionen beim geringsten Versehen auf dem Exerzierplatz mit der Reitpeitsche über die Hände schlug, dessen Benehmen den Arbeitern in aufgezogenen Waffenrock gegenüber so rohr war, daß sie schon bei seinem Erscheinen zitterten — ein solcher Mensch hat wohl für immer das Recht verwirkt, anständigen Arbeitern unter die Augen zu treten, geschweige denn, ihr Führer zu sein. Wenn die kommunistische Partei in Reichenberg noch irgendwie auf Anstand und Würde hält, muß sie zwischen sich und dem Soldatenshinder Beuer ein für allemal den Trennungstreich ziehen. Tut sie das nicht, so fällt ihr, die schon so vieles auf dem Gewissen hat, auch noch das zur Last, was ihren jetzigen Kreissekretär moralisch vernichtet.

Ausland.

Italien erwacht.

Am 24. Juni fand in Rom eine faschistische Versammlung statt, in der Mussolini sprach. Der offizielle Bericht darüber weist merkwürdige Lücken und Widersprüche auf. Er verschweigt nämlich, daß der Diktator, als er von der Solidarität des Volkes mit der Regierung sprach, von stürmischen und dauernden Stufen aus der Mitte seiner „Kämpfer“ unterbrochen wurde: „Es lebe die Freiheit! Es lebe das freie Italien!“ Mussolini, verblüfft, antwortete nach einer Pause: „Ergeben wir uns nicht unnützen Schreierien und Träumen! Niemand greift die Freiheit des italienischen Volkes an!“ Worauf sich die Rufe verstärkt erneuerten.

Während des Abzuges der Versammlung wurde ein Aufruf verteilt, in dem es heißt:

In ihrer Empörung wollen viele in Rom zusammengekommene Brüder sagen, daß nicht das ganze Volk, das den Krieg wollte und führte, es übernimmt, Werkzeuge des Despoten zu sein, der, wie Franz von Bourbon, Unterthanen, aber nicht Bürger will; daß jetzt die Stunde der Disziplin aber für alle ist, vor allem für die herrschenden Klassen; die Stunde der Rache zur eifrigen Welterbauarbeit und nicht mehr für bewaffnete Parteien. Sie wollen ausdrücken, daß das Opfer eines Volkes nutzlos und idiotisch wäre, wenn das Italien Dantes, Michelangelos, Piccos, Galileis, Verdis und Rossinis, das Italien der Kommunen und der Wiedererhebung, das Italien der Kultur und der stolzen republikanischen Traditionen zurückgeschraubt würde auf die Regierungsmethoden eines Cäsar Borgia oder Franz von Modena, die engtätig in der ruhmvollen Geschichte der Jahrhunderte begraben sind. Sie wollen das unveräußerliche Recht der Nation verlangen, aus ihrem Schoße in den von der Kultur erworbenen Formen ihre Regierung zu bestimmen, und die Pflicht der Bürger, das Vaterland auf der Grundlage der Gleichheit und Gerechtigkeit aufzubauen. Sie wollen Sturm laufen gegen den Versuch, Italien den Italienern zu entreißen.

Am selben Tage ereigneten sich folgende faschistische Handlungen: Ein Republikaner wird von einem faschistischen Hauptmann Paganini grundlos aus dem Kommissariat gebracht und dort furchbar verprügelt.

In Piacenza wurden unter behördlicher Aufsicht schwere Gewalttaten vollbracht, blutige Demonstrationen wegen Geldsammlungen für das sozialistische Blatt „Giustizia“. Drei Bürger erhielten das Verbannungsdekret. Sie mußten sofort flüchten.

Der kontrevolutionäre Blanquismus beginnt sich auszuwirken. W. E.

Die Arbeiterfront gegen die Dynamitpolitik.

Berlin, 3. Juli. (Eigenbericht.) Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß heute, von der Reichsregierung eine ungewöhnliche Stellungnahme zur Dynamitpolitik zu fordern. Im Kleinsten Ausschuß hat der sozialdemokratische Vertreter verlangt, daß noch im Laufe dieser Woche eine politische Debatte im Reichstage stattfinde, um der Regierung Gelegenheit zu einer entsprechenden Erklärung zu geben. Wenn die Regierung schon früher von den deutschnationalen Dynamitverbrechern abgerückt wäre und alles getan hätte, um neue Attentate zu verhindern, dann wäre die außerpolitische Stellung Deutschlands ohne Zweifel viel besser. Ebenso wäre dann das Attentat auf der Duisburger Brücke wohl unterblieben. Insofern hätte sich die Reichsregierung eine außerordentlich peinliche Positionierung durch den Papst zuzuzogen. In einem Briefe an den Berliner Nuntius habe der Papst darauf hingewiesen, daß gerade jetzt, wo alles vermieden werden müßte, was eine Verständigung erschwere, sich im besetzten Gebiet Sabotageakte und Verbrechen ereignen. Von der deutschen Regierung werde erwartet, daß sie ein für allemal einen solchen verbrecherischen Widerstand verurteile. Die Sozialdemokraten sind nicht geneigt, sich mit einer platonischen Verurteilung des nationalistischen Verbrechertums zu begnügen, sondern fordern, daß alle Machtmittel des Staates zu seiner Unterdrückung angewendet werden.

Die Häupter der Salenkreuzer festgenommen.

München, 3. Juli. (Wolff.) Die Erhebungen in der Angelegenheit der Ermordung des Studenten Bauer haben nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft außer zur Festnahme des Täters Jwengauer noch zur Verhaftung der Brüder Johann und Ernst Berger in München und des Privatdozenten Dr. Nunge aus Heidelberg, derzeit gleichfalls in München, geführt. Die Hauptverhandlung wird im Monate August stattfinden.

Ruffiani über den Ruhrkonflikt.

Rom, 3. Juli. (Tsch. B.) Mussolini eröffnete im heutigen Ministerrat u. a. die Ruhrfrage. Die Lage an der Ruhr habe sich in den letzten Tagen verschlechtert. Einerseits dauere der passive Widerstand fort, andererseits sei die Besetzung ausgedehnt und verschärft worden, durch Maßnahmen, die immer mehr politischen und militärischen Charakter annehmen. Das so ebedmütige Eingreifen des Papstes im Interesse Europas und der Menschheit habe die Lage nicht verändert. Unmittelbar darauf sei die vom französischen Senat einstimmig gebilligte Rede Poincarés gefolgt und es habe sich ein Sabotageakt ereignet, der zahlreichen belgischen Soldaten das Leben gekostet habe. So nach sei keine Entspannung, sondern eine Verschlechterung der Lage eingetreten. Nach Lösung der belgischen Krise könne die diplomatische Aktion wieder aufgenommen werden. Italien beteilige sich an ihr unmittelbar und werde sich auch künftig nicht fernhalten, sofern das Problem auf den Weg einer vollständigen Lösung im Sinne der Vorschläge des Londoner Memorandums gebracht würde, nämlich Verbindung des Reparationsproblems mit dem der interalliierten Schulden ausreichendes Moratorium für Deutschland, Festsetzung eines endgültigen Zahlungsbetrages durch einen Plan der vernünftigen Zahlungen und erneute Bürgschaften enthielte und den Verzicht Frankreichs auf die Besetzung der Ruhr in Aussicht nehme. Was den passiven Widerstand anlange, so glaube Italien, daß Deutschland kein Interesse daran habe, ihn zu verlängern, da es nicht daran denken könne, Frankreich zu überwinden.

Die Regierungserklärung Theunis.

Brüssel, 3. Juli. In Verlesung der Erklärung seines Ministeriums führte Ministerpräsident Theunis aus, daß die Regierung daselbe Programm aufrechterhalte, wie die vorhergehende Regierung und entschlossen sei, an der bisher verfolgten Politik festzuhalten, die vom Parlament dauernd gebilligt wurde. Die Regierung wird sehr energisch handeln bei Bestrafung der Täter des Crefelder Attentates. Was die Reparationsfrage betrifft, wird Belgien auf seiner früheren Politik bis zu dem Augenblicke beharren, wo seine Forderungen erfüllt werden.

Tages-Neuigkeiten.

Die Grenze.

Von Heinrich Minden (Dresden).

Ein Zöllhäuschen am Fahrweg, zwei oder drei Wächter davor. Ein Schlagbaum, etliche bunt bemalte Pfähle. Jemandem Wagen, der ankäuft. Rings walbige Umgebung. Die Grenze. Also hier berührt sich Staat mit Staat. Auge und Verstand müssen die Einbildungskraft zu Hilfe nehmen. — Diesseits Bäume, jenseits Bäume. Die nämliche Straße führt hinüber, ohne Unterbrechung. Nicht einmal ein Bach trennt die Gebiete.

Schweres Eisenbahnunglück.

Bukarest, 3. Juli. (M.) Bei einem Zugzusammenstoß auf der Straße Bukarest-Jassi wurden dreißig Personen getötet und mehr als fünfzig Personen verletzt.

Eine Konferenz der Kleinen Entente.

Bukarest, 3. Juli. (M.) Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Duca machte an Journalisten die Mitteilung, daß im Laufe des Monats Juli in Sinaja unter Teilnahme der Ministerpräsidenten eine Konferenz der Kleinen Entente stattfinden wird, die sich mit der Lösung jener außenpolitischen Fragen beschäftigen wird, welche den Interessen dieser Staaten gemeinsam sind. Später soll in Sinaja eine zweite Konferenz stattfinden, bei der auch Polen vertreten sein wird.

Wieder einmal Mobilisierung der Türken.

London, 2. Juli. (Havas.) Das Reutersbüro meldet aus Konstantinopel, daß die alliierten Behörden die Ausschiffung von Waffen und Kriegsmaterial wie auch türkischer Offiziere in der Nähe von Konstantinopel konstatieren. Die auf dem europäischen Ufer des oberen Bosphorus liegenden Befestigungen wurden mit türkischer Besatzung versehen. Die alliierten Oberkommissare protestierten bei den türkischen Behörden gegen solche Maßnahmen, die eine grobe Verletzung des Abkommens von Mudania darstellen.

Der ganze Reichstag für Fehrenbach.

Berlin, 3. Juli. (Eigenbericht.) Im Reichstage wurde heute die Debatte über den Fall Fehrenbach zu Ende geführt. Es ist bemerkenswert, daß der Zentrumredner das Urteil scharf ablehnte und für die Volksvertretung das Recht in Anspruch nahm, den richterlichen Fehlspruch zu korrigieren. Man solle nicht durch ein Gnadengesuch und Einholung eines Reichstagsrats seitens des bayerischen Oberlandesgerichtes die Sache verschleppen, sondern Fehrenbach unverzüglich in Freiheit lassen. Sogar der Redner der Deutschnationalen hatte einige Bedenken gegen das Urteil. Am Schluß der Debatte sagte Gen. Radbruch, daß der Reichsjustizminister als Mann des Rechtes in dieser Angelegenheit eingreifen müsse. Mit einer Begnadigung Fehrenbachs sei dem Recht nicht Genüge geschehen. Dieser Prosch könnte leicht für Deutschland daselbe werden, wie der Fall Dreifuh für Frankreich. Schließlich wurde ein Antrag des Zentrums, der die Reichsregierung ersucht, die Reform des Strafprozesses zu beschleunigen, einstimmig angenommen.

Weshalb da soviel aufhaltende Schwierigkeiten? Warum solch hochnotpeinliches Verhör, dies nicht endemwollende Tausenddurchstöbern? Sucht sich der Nachbar vorm Nachbarn zu schützen? Der Gegner vorm Gegner? Mitten in die friedliche Stille der fast und-rührten Landschaft trug Menschenwollen eine künstliche Scheidewand. Natur sonst, soweit das Auge schweift. Und diese Unnatur?

Dennoch — — — ein Zauber umweht die Grenze, der nirgendwo anders zu finden ist. Anorische Stämme formen sich zu einem Gehege von Spulgestalten. Die Blätter der Buchen raunen von Schleichpfaden, Verstecken, von Abenteurern. Die Moosbärte der Tannen und der lang herabwallende graue Bart des Försters scheinen fogenhaftes Alter zu künden. Buntfedern des Spechtes und des Eichelhäfers flimmern durch Gezweig wie Festschmid bewimmelter Herklichkeiten. Und der rottrübe Fliegenpilz lockt gleich einem glänzenden Irrlicht.

In Knabenjahren war mit die Grenze Magnet. Und ich dat meinen Vater allsonnentlich, zum Ferienaufenthalt einen Ort recht nahe von ihr zu wählen. Dann blühten die Glodenblumen und meine Traumgebilde dicht nebeneinander auf tausendfältige Weise. Der Abendhauch, der Morgenwind läutete sie. Ihr nimmermüder Einklang verriet tausendfältige Geheimnisse, niemals aber meinen Stolz über gepaschte Streichhölzer und durchgeschmuggelte Süßigkeiten.

Die Luft war erfüllt von Honigdust, Vienen flogen von Blumenfeld zu Blumenfeld. Und ich flatterte mit ihnen, vorbei am Zöllwärtchändchen, froh, leichtbeschwingt — ins andere Land. Der Schlagbaum sollte mich schrecken, zurückhalten, hindern gar? Mir schien es, er hätte mich aus der heimischen Spielstube begleitet, Bestandteil meines Bankettsens oder meiner Eisenbahn.

Ich fragte damals nicht nach Paß und Paßgebühr, der Begriff Sichtvermerk hatte weder Sinn noch Bedeutung für mich. Nie und nimmermehr ahnte ich, welche Gefahren solche Schranke in sich bergen könnte. Mir war es unbekannt, daß er nur eines Krieges bedürfte, um sie tausendmal fester einzuräumen, sie ins Ungemessene wachsen zu lassen. Nicht leicht trennt sich der Mann von trauten Kinderbildern. Indes: ich wollte jegliche Grenzlandstunden im Strom des Vergessens versenken, nähmen sie den Schlagbaum mit, an dem einst mein Jungenherz hing.

Könnte ich freilich ein Märchenbuch schreiben: die Hand eines Künstlers müßte ihn mit farbigem Stift aufs Titelblatt werfen.

nigen und eine vollständige Rechtseinheit für Deutschland herbeizuführen, einstimmig angenommen.

Die Staatsverpflichtung zur Begnadigung Fehrenbachs.

Der bayerische Gesandte erwog im deutschen Reichstag die Möglichkeit, daß Fehrenbach auf ein entsprechendes Gesuch hin begnadigt werden könnte. Doch wäre dies keine Gnade, sondern das gute Recht Fehrenbachs, denn als im bayerischen Landtag am 5. Juli 1919 beschloffen wurde, gegen das Urteil der „Volksgerichte“ keinerlei Rechtsmittel zuzulassen, gerietente der Justizminister Müller-Meinungen, ein Demokrat, die vorgebrachten Bedenken durch folgende feierliche Erklärung:

„Ich habe entsprechend meiner Zusage gestern im Ausschusse folgende Erklärung abgegeben: Die Begnadigung ist gerade in einem Freistaate dazu bestimmt und geeignet, Härten und Unbilligkeiten bei der Handhabung der Strafrechtspflege auszugleichen. Nach dieser Richtung soll das Begnadigungswesen in Bayern bei der im Staatsministerium der Justiz schon im Angriff genommenen Reform noch weiter ausgebaut und die Begnadigung mehr zu einem Akte der Rechtspflege gemacht werden. Schon bisher sind Begnadigungsgesuche in vollen und standgerichtlichen Sachen besonders sorgfältig gewürdigt worden. Ich werde dafür sorgen, daß dies auch in Zukunft geschieht und zu diesem Zwecke anordnen, daß bei der Behandlung der Begnadigungsgesuche in vollen gerichtlichen Sachen Einwendungen gegen die Richtigkeit des Urteils gründlich nachgegangen wird und nachträglich aufgetretene Zweifel an der Schuld des Verurteilten soweit irgend möglich aufgeklärt werden. Sollte sich bei der Behandlung solcher Begnadigungsgesuche herausstellen, daß ein Fehlspruch vorliegt, so wird dies in der Begnadigungsent-scheidung in einer Form zum Ausdruck gebracht werden, die geeignet ist, dem Verurteilten volle Genugtuung zu geben. Es kann dies insbesondere in der Weise geschehen, daß mit dem Erlasse der Strafe auch die Löschung im Strafregister angeordnet und für eine etwa ungerechtfertigte Strafvollstreckung eine angemessene Entschädigung gewährt wird.“

Die von Müller-Meinungen gestellten Bedingungen treffen vollkommen zu, die Ueberzeugung von der völligen Verschtheit des Urteils ist, wenn man von den Salenkreuzern absieht, allgemein. Die Begnadigung Fehrenbachs ist also einfach Pflicht und Schuldigkeit!

Die Salenkrenz-Mordbuben.

Ein politischer Mord bei Wien.

Im Neufengbacher Wald bei Wien wurde vor einigen Tagen die Leiche des 19-jährigen Konrad Karger aufgefunden, der in der Nacht zum 15. Juni auf einer Waldlichtung ermordet und beraubt worden war. Als Täter wurde nun von der Polizei ein Freund des Ermordeten, der 19-jährige ehemalige Gymnasiast Rudolf Nowosad festgenommen. Nowosad, der bereits vorbestraft ist, hat die Ermordung des Karger eingestanden, doch gehen seine Angaben über die Beweggründe der Tat auseinander.

Ueber den bisherigen Stand der Untersuchung wird uns aus Wien gemeldet: Der Mord im Walde von Neufengbach scheint sich auf eine große politische Angelegenheit hinauszuspähen. Die Polizei gibt zwar an, daß sich bis jetzt noch kein vollkommen klares Bild gewinnen lasse, weil der Mörder Nowosad jeden Augenblick seine Verantwortung ändert, aber sie verlaunbart, daß beide — Nowosad und Karger — Mitglieder einer nationalsozialistischen „Ordnungstruppe“ waren und daß es einerseits möglich sei, daß Nowosad den Karger deshalb ermordet hat, weil er befürchtete, dieser könne ihn aus seiner Stellung verdrängen, andererseits, daß ein politisches Moment die Triebfeder der Tat war. Die Polizei gibt weiter die Namen von zwei Nationalsozialisten, die, wie man jetzt erfährt, mit Nowosad verhaftet wurden, vorläufig nicht bekannt, weil sie die Untersuchung unbeeinträchtigt durchzuführen will. Es kann aber mitgeteilt werden, daß die Polizei bei einer Reihe von Nationalsozialisten Hausdurchsuchungen durchgeführt hat. — Der Vater des Ermordeten, Paul Karger, ist zweiter Obmann des Kampfausschusses. Er schildert seinen Sohn als unruhigen Geist, der bereits viermal das Haus verlassen hat, um einer nationalsozialistischen Kampftruppe beizutreten. Er habe seinem Sohne, der wiederholt zum Eintritt aufgefordert wurde, verboten, einer Kampftruppe beizutreten. Das letzte Mal habe er das Verbot ausdrücklich wiederholt und es ist möglich, daß er (der Ermordete) den Austritt angemeldet und dadurch Verdacht erregt hat. — In dem Hause, wo Nowosad wohnte, erschien gestern ein junger Mann, der nach den Angehörigen Nowosads fragte. Als ihm erklärt wurde, daß dies nicht zu Hause seien, sagte er einem Nachbarn, er möge den Angehörigen ausrichten, daß sie den Mitteilungen der Blätter über einen politischen Hintergrund der Tat nicht glauben schenken

sollen. Der Name dieses jungen Mannes ist nicht bekannt, doch nimmt man an, daß er von den Salenkreuzern geschickt wurde.

Ein Proletarierdichter gestorben. Im Judenviertel von New-York ist im Alter von einund-sechzig Jahren der jüdische Proletarierdichter Morris Rosenfeld gestorben. An der Nähmaschine hat dieser Flüchtling der zaristischen Judenpogrome der Schneider aus Pofschan und Warschau, in London und New-York seine leidenschaftlichen, von grausamen Erlebnissen inspirierten Lieder geschrieben und auch in den Arbeitsfalten vorgetragen. Der verfolgte russische Jude, der ausgebeutete Arbeiter, das Leid der politisch und wirtschaftlich Machtlosen ist das immer wieder neu geformte Motiv einer ursprünglichen Dichtkunst. Prachtlich und Gorkis Ueberlegungen ins Politische und Russische, auch eine unter dem nicht ganz zutreffenden Titel „Lieder des Ghettos“ erschienene deutsche Auswahl, haben den Poeten vor Jahren einigermaßen bekanntgemacht. Weiteren Kreisen ist der ostjüdische Lyriker kaum vertraut geworden. Und doch war Morris Rosenfeld ein echter, hochbegabter Proletarierdichter.

Olmütz und Karlsbad. Das Olmüzer tschechische Theater versuchte bekanntlich, es durch ein Diktat von oben durchzusetzen, daß in der zweiten Hälfte Juli die tschechische Olmüzer Oper im Karlsbader Stadttheater ein Gastspiel absolviert. Dieser Versuch, die tschechische Bühne in Karlsbad gerade zur Zeit der Hochsaison gastieren zu lassen, würde natürlich eine schwere Schädigung des dortigen Kunstbetriebes bedeuten. Die Direktion des Olmüzer Theaters begnügte sich aber nicht nur mit diesem Versuch, sondern unternahm es auch, auf dem Wege über das tschechoslowakische Pressbüro die Ueberlassung des Karlsbader Stadttheaters an das Olmüzer tschechische Theater noch als gerechtfertigt hinzustellen, indem es durch diese amtliche Stelle die Nachricht verbreiten ließ, daß die Direktion des Olmüzer Theaters diese Bühne den Deutschen zur unentgeltlichen Benützung übergibt, so daß sich die Ueberlassung des Karlsbader städtischen Theaters nur als ein Akt der Reziprozität darstellt. Hier „Wechselseitigkeit“ zu konstruieren, ist tatsächlich eine ganz besondere Dreistigkeit, denn in Olmütz bedeutet ja der Juli so wie sonst überall den schlechtesten Theaterrnionat — ganz abgesehen davon, daß das Olmüzer Theater ursprünglich ein deutsches Institut war — während in Karlsbad der Ausfall der Theateraufführung gerade in der Hochsaison ein schwerer Schaden ist. Eine besondere Unbilligkeit besteht darin, daß sich das tschechische Pressbüro dazu hergibt, die Wünsche und Ansichten des Olmüzer Theaterdirektors zu vermitteln. Bei der geistigen Vorfassung einer Vertretung des Verbandes deutscher Theaterdirektoren beim Minister des Innern Malypetr wurden diesen auch diese Tatsachen zur Kenntnis gebracht und Minister Malypetr anerkannte die vorgebrachten Beschwerden als berechtigt. Die Gelegenheit soll in der Weise geregelt werden, daß die Olmüzer Oper in Karlsbad an fünf Tagen spielt und der Karlsbader Direktion eine Entschädigung bezahlt. Während der fünf Gastspieltage der Olmüzer Oper wird das Karlsbader Theater im Ruhestand spielen.

Astronomie und Internationalität. Der Vorstand der Deutschen Astronomischen Gesellschaft hat an Stelle des im vorigen Jahre verstorbenen berühmten holländischen Astronomen Kapteyn als Vorstandsmittglied den Präsidenten der Italienischen Astronomischen Gesellschaft, Professor Cerulli, kooptiert. Es ist sehr zu begrüßen, daß in der Astronomischen Gesellschaft die internationalen Beziehungen nach wie vor gepflegt werden. Wie sehr vom Gesichtspunkt des internationalen Charakters der Wissenschaft gerade die Wahl Cerullis eine glückliche zu nennen ist, zeigt die Rede, die dieser bei der letzten Versammlung der von den Astronomen der Ententeländer gegründeten „Union Astronomique Internationale“ in Rom gehalten hat. Er sagte dort u. a.: „Lebensbedingung für unsere Union ist die Univerfalität. Es ist unerlässlich, daß die Union sich auszudehnen suche auf alle Kulturvölker. Die Unterscheidung zwischen: Ihr angehörenden und ihr nicht angehörenden Ländern muß verschwinden... Wir sollen nicht nur unsere Augen über die irdischen Räume, sondern auch unsere Geister über die menschlichen Fehler erheben. Die menschlichen Fehler und Schwächen führen notwendig zu nationalen Rivalitäten, zu nationalem Haß. Wir Astronomen aber pflegen neben unserer angeborenen Nationalität eine solche der Wahl, eine Supernationalität, die uns für immer mit Vanden der Brüderlichkeit vereinigt und keine Ausnahmen kennt.“ Wohl-tuend haben sich diese Ausführungen ab von dem nationalitätlichen Gebaren mancher deutscher Professoren, z. B. des Heidelberger Physikers Lenard, der in der Kriegspshose im August 1914 der Londoner Royal Society die ihm verliehene goldene Medaille zurückgab, und der sich auch heute noch nicht in die für einen Vertreter der Wissenschaft normale Geistesverfassung zurückfinden konnte.

Die Bekämpfung jüdischer Blätter in Paris. Die Pariser Buchdrucker haben den Kampf gegen die jüdische „Action Francaise“ mit dem Erfolg aufgenommen, daß dieses Schmutzblatt seit mehreren Tagen nicht mehr erscheint. Es wurde zuletzt in einer kleinen Quetsche von Gelben notdürftig hergestellt. Die Organisation der Buchdrucker setzte es durch, daß die Gelben entlassen wurden. Die „Action Francaise“ hatte die Zerstückung von Drudereien der Linkspreffe durch ihre Anhänger ausdrücklich gutgeheißen. — Wir hoffen, so schreibt der Berliner „Vorwärts“ zu dieser Meldung, daß

die Schutzecken, die gegen unser Parteiorgan in München verübt wurden, die einzigen in Deutschland bleiben und damit Gegenmaßnahmen wie in Frankreich sich als überflüssig erweisen.

Handgranatenwurf im Budapester Klubkaffee. Aus Budapest wird gemeldet: Samstag nach Mitternacht schenkte ein unbekannter Täter eine Handgranate in das um diese Zeit bereits sehr schwach besuchte Café Klub. Es wurde niemand verletzt, da die Handgranate, deren Zündschnur feucht war, nicht explodiert ist. Die polizeiliche Untersuchung wird energisch betrieben. — Die Sachverständigen stellten in der Angelegenheit des Handgranatenattentates im Klubkaffee fest, daß die Granaten 120 Detagramm wiegen und mit Nägeln und Eisenstücken gefüllt waren, so daß im Umkreis von zwanzig bis dreißig Meter kein Mensch am Leben geblieben wäre, wenn die Granaten explodiert wären. Die Explosion ist unterblieben, weil die Zündschnur vom Regen durchnäßt wurde. Die Angelegenheit hängt wahrscheinlich mit dem Krasitzbund zusammen. Die Oberprokuratoren des Krasitzbundes, „Unser nationale Vergangenheit“ waren Erzherzog Josef und der italienische Oberst Romanelli. — Aus Budapest wurde uns gestern abends dazu gemeldet: Die Polizei hat heute zwanzig „erwachende“ Ungarn, die wegen des Attentats im Klubkaffee bereits verhaftet, aber wieder freigelassen wurden, neuerdings vorgeladen und acht hievon wieder verhaftet. Unter ihnen befinden sich auch zwei Mörder, die seinerzeit verurteilt, aber von Horstby begnadigt worden waren. — Die Polizei hat auch im Laufe der letzten Nacht eine Razzia unternommen, bei der über hundert Personen zum Kommissariat gebracht wurden. Es handelt sich meistens um Freischärler und Banditen, die an der Bondenbewegung im Burgenland teilgenommen, aber damals von der Polizei, die nach ihnen forschte, als Freischärler nicht festgenommen werden konnten.

Ein Mord bei Schlau. Am 27. Juni wurde in Klobouk bei Schlau die Frau des Viehhändlers Josef Slapnickel ermordet aufgefunden. Der Verdacht richtete sich zuerst gegen den Fleischhauer Mikoslav Tuelak aus Eban, der auch am 28. Juni verhaftet wurde. Tuelak konnte jedoch kein Mißbilden nachweisen und lenkte die Aufmerksamkeit der Gendarmen auf den in Cernochov lebenden Fleischhauergehilfen Brauchfeld, der Tuelak sehr ähnlich sieht, sich in Geldverlegenheit befindet und einen schlechten Leumund hat. Brauchfeld, der am 27. Juni eine Schuld von 7000 K hätte bezahlen sollen, wurde verhaftet und gelang nach zwei Tagen in der Kerkerhaft beim Bezirksgericht in Schlau, die Tat begangen zu haben. Er habe die Ueberfallene im Zimmer mit einem Stod niedergeschlagen und ihr dann mit einem Messer den Hals durchgeschnitten. Als er dann die Wohnung nach Geld durchsuchte, fand er mit neun Kronen in der Tasche der Ermordeten.

Steuererleichterungen für die von Elementarschäden Betroffenen. Ueber Einschreiten des Landwirtschaftsministeriums hat das Finanzministerium nach einer Meldung des „Prager Abendblattes“ einen Erlaß mit den erforderlichen Weisungen an die Finanzlandesdirektionen herausgegeben. Es werden die bisherigen Erlasse betreffend die Steuerermäßigungen und Abschreibungen den Steuerämtern in Erinnerung zu bringen sein und über individuelle mit einer ausführlichen Darstellung und Belegen versehenen Gesuche der Steuerträger und Gemeindevorstellungen Ratenzahlung und in besonders berücksichtigenswerten Fällen völlige Moratorien gewährt werden. Bei der Vermögensabgabe sollen wohlwollend Zahlungserleichterungen gewährt werden. Gesuche um Zinsermäßigung oder Nachsicht sind der Oberinstanz vorzulegen.

Aus der nationalsozialistischen Häuslichkeit.

Der Abgeordnete Laube als Denunziant entlarvt.

Prag, 3. Juli. Am 15. Juni fand, wie wir seinerzeit berichteten, vor einem Einzelrichter in Prag die erste Verhandlung in dem Ehrenbeleidigungsprozeß statt, den der nationalsozialistische Abgeordnete Rudolf Laube gegen den gemeinsamen Redakteur des „České Slovo“, Josef Rozal, angestrengt hatte. Rozal hat nämlich Laube in einer öffentlichen Versammlung beschuldigt, daß dieser als damaliger Direktor der Prager Krankenkassa der Schneidergenossenschaft im Jahre 1915 ihm mißliebige Leute „einrückend gemacht“ habe. Anfangs Mai 1915 wandten sich nämlich die Militärbehörden an das Wirtschaftsreferat des Prager Magistrats mit der Aufforderung, tüchtige Schneider für Uniformreparaturen zu nennen, die militärisch eingezogen werden könnten. Der Magistrat leitete den Auftrag an die Krankenkassa weiter und der seine Herr Direktor begrüßte ihn als die „Peitsche, mit der man die Bande aus dem Felde schlagen könne“. So äußerte sich Laube zu dem ehema-

ligen Abgeordneten Hrizyl, seinem Adlatus in der Krankenkassa, und nachdem Hrizyl seine moralischen Bedenken rasch besiegt hatte, lieferten sie zuerst einen gewissen Franz Jostera und dann den Schneidergehilfen Bejcel dem Militär aus. Beides geschah in Schriftstücken ohne Unterschrift und Jabs, so sehr waren sich die sauberen Brüder der Niedertracht ihrer Handlungsweise bewußt. Das ganze niederschmetternde Material unterbreitete heute der Hrizyl selbst vor Gericht, eine Aussage des Magistratsrates Wl. vermochte nichts Wesentliches zu entkräften. Folgerichtigerweise wurde Rozal freigesprochen, weil ihm der Wahrscheinlichkeitsbeweis gelungen sei, der Ehrenmann Laube aber ist gerichtet. Und soch ein Subjekt wagte es, über Brdenstly zu Gericht zu sitzen und ihn, der seinem Gewissen folgte, unehrenhafter Motive zu bezichtigen! Die Ehrbegriffe innerhalb der nationalsozialistischen Partei scheinen sich, demnach in einer höchst seltsamen Verwirrung zu befinden.

Die Naturalisierung der Einwanderer in Amerika. Nach den letzten Nachrichten des Bundesdepartements der Vereinigten Staaten vom Jahre 1920 waren in denselben 6,928,452 männliche Kolonisten über 21 Jahre, von denen 3,314,910 — also 47.8 Prozent — naturalisiert waren. Eingewanderte Frauen über 21 Jahre gab es 5,570,268, von denen 2,893,787, also 52 Prozent, naturalisiert sind. Von den Eingewanderten waren 335,330 Tschechoslowaken, hievon naturalisiert 158,335, also 44.2 Proz. Das größte Kontingent der Eingewanderten stellen Deutsche, mit 1,818,888 Köpfen, naturalisiert 73.5 Prozent. Die größte Zahl der naturalisierten Tschechoslowaken lebt in Texas, 9459 Köpfe. Die Deutschen stehen hier an erster Stelle, naturalisiert sind 20,963.

Tod durch Grubengase. In Oberleutenstorf fand bei Deffnung des geschlossenen Paul-Schachtes der Bergmann Hermann Löb den Tod infolge Vergiftung durch Grubengase. Sein Kamerad Ferdinand Köhler, der bewußtlos wurde, konnte wieder zum Leben gebracht werden.

Die Leitmeritzer Jugendfiedlung sandte uns zum Abdruck nachstehende Zeilen: Mit Ende des heutigen Schuljahres verlassen wieder viele Jungen die Volksschulen, welche durch ihre geistige Befähigung zum Mittelschulstudium geeignet wären und auch gern studieren möchten. Es fehlt aber einerseits an der Gelegenheit zum Besuch der höheren Schulen, denn die Schulstadt ist zu weit entfernt, um täglich hingehen oder fahren zu können. Andererseits können die Eltern das Geld für Wohnung und Verpflegung in der Schulstadt nicht aufbringen. Für solche Jungen wurde vor nunmehr zwei Jahren die Leitmeritzer Jugendfiedlung errichtet. Für einen Kostbeitrag von 200 Kronen monatlich erhalten die Jungen volle Verpflegung, Wohnung (einschließlich Beheizung und Beleuchtung) und teilweise auch Kleidung und Wäsche. Auch genießen die Siedler noch eine ganze Reihe von weiteren Begünstigungen (Dampfbad, freie Vorträge, Rudern und Schwimmen im Ruderverein Biling, kostenlose ärztliche Behandlung in Krankheitsfällen). Die Jungen sind verpflichtet, täglich ungefähr eine Stunde für die Siedlung, je nach Bedarf im Garten, Heim oder Werkstatt zu arbeiten. Sie haben dadurch teil am Wachsen und Werden des ganzen und die Siedlung wird ihnen mehr als ein Kostort. Dazu trägt auch das Gemeinschaftsleben, das Auseinanderangewiesensein bei. Bedingungen für die Auf-

nahme sind: Nachweis der Tauglichkeit zum Studium, körperliche und sittliche Eignung für das Gemeinschaftsleben im Rahmen der Siedlung. Die Schulen, welche besucht werden können, sind: Realschule, Lehrerbildungsanstalt, Gymnasium, Ackerbauhschule. Die Zahl der freiverwendenden Plätze ist beschränkt, deshalb müssen Anmeldungen rechtzeitig erfolgen. Nähere Auskünfte erteilt die Zwingerkanzlei, Leitmeritz, Zwinger 2. (Bei dieser Gelegenheit verdient erwähnt zu werden, daß die Leitmeritzer Jugendfiedlung ein Werk des Genossen Prof. Mchener ist. Anmerkung der Redaktion.)

Die Frau zu einer Verzweigungsstat getrieben. In der vergangenen Woche kam es in Gneis in Salzburg zu einem Familiendrama, das mit einer Verzweigungsstat der Frau und der Verhaftung ihres Mannes, des Arzcosinvaliden Stingelmayr, seinen vorläufigen Abschlus fand. Der Kriegsinvalid Stingelmayr, der seit längerer Zeit arbeitslos ist, verriet oft mit seiner Frau in Streit, da er in einem Gasthause Essen ging und die Reche schuldig blieb. An einem Tage in der Vortrache holte ihn seine Frau wieder aus einem Gasthause ab und ermahnte ihn, zu Hause die Gartenarbeit zu verrichten. Stingelmayr kam jedoch erst spät am Nachmittage heim, geriet mit seiner Frau, da diese wegen Unwohlseins seine ärztlichen Anträge ablehnte, in Streit und drohte schließlich der Frau, sie zu erstechen, falls sie nicht vorziehe, aus dem Fenster des ersten Stockwerkes zu springen. Die Frau sprang in ihrer Verzweiflung aus dem Fenster heraus. Der Mann eilte ihr jedoch noch in den Garten, wo sie liegen geblieben war, nach und verpackte ihr mehrere Messerstücke. Die Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus überführt. Ihr Zustand ist infolge großen Blutverlustes besorgniserregend. Stingelmayr wurde verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

Einbruch in das Arbeiterheim in Krahau. In der vergangenen Woche wurde im Arbeiterheim in Krahau ein nächtlicher Einbruch verübt, bei dem den Tätern 7880 K, die für die Unterführungen von Arbeitslosen bestimmt waren, in die Hände fielen.

Die Tätigkeit des Prager Krematoriums im Monate Juni. Die Leichenbestattungsanstalt der Hauptstadt Prag teilt mit, daß in der Zeit vom 1. bis 30. Juni 1923 im Prager Krematorium 129 Personen eingesehrt wurden und zwar 79 Männer, 48 Frauen, ein Knabe und ein Mädchen. Der Religion nach waren 72 Katholiken, 21 Angehörige der

tschechoslowakischen Kirche, ein Orthodoxer, sechs Evangelisten, drei Israeliten und 28 Konfessionslose. Der Zuständigkeitsbereich waren 81 Bewohner von Groß-Prag und 48 Personen aus der Provinz.

Der Kampf gegen den Wucher in Prag. Wie von der Prager Staatsanwaltschaft mitgeteilt wird, wurden in der ersten Hälfte des Monats Juni in Groß-Prag zehn Personen wegen Kriegswucher bestraft und zwar fünf Personen wegen Vergehen und fünf Personen wegen Uebertretung des Wucherers. Für diese Delikte wurden nachstehende Strafen diktiert: wegen Vergehens je sechs Monate verschärften Arrest und 10.000 K Geldstrafen, wegen Uebertretung je 14 Tage verschärften Arrest und Geldstrafen von 500 bis 1000 K. In derselben Zeit sind 22 Anzeigen wegen Wucher bei der Staatsanwaltschaft eingetroffen.

Die Prager Banken und Sparkassen am Freitag geschlossen. Ebenso wie die Banken bleiben auch die Sparkassen Groß-Prags am 6. d. M. geschlossen.

Ausbeutung prähistorischer Gräber bei Pilsen. Vor kurzem sind unmittelbar hinter Grünhof (bei Pilsen), unweit der Straße 75 Einzelgräber entdeckt worden, die nun unter Aufsicht der Pilsener Museumsverwaltung bloßgelegt werden. Vier Gräber wurden bereits erforscht, wovon das interessanteste ein Weiberleib in hodender Stellung enthielt, mit reichlichen Grabfunden, bestehend aus Bronze Schmud und Tongefäßen zur Aufnahme von Nahrung. Die Grabfunde wurden in das Pilsener Museum gebracht.

Der kälteste Juni in der Nordschweiz seit 100 Jahren. Aus Zürich wird vom 2. Juli gemeldet: In der Nordschweiz ist der verfloßene Juni seit ungefähr 100 Jahren der kälteste gewesen. Nach dem Befunde der Meteorologischen Zentralstation erreichte das Wärmefizit nahezu 4 Grad C. Die mittlere Monatsstemperatur betrug für Zürich 12.6 Grad, was niemals da gewesen ist, solange diese Aufzeichnungen existieren.

Tödliche Unfälle bei einer Autowertungsfahrt. Donnerstag um Mitternacht begann in Graz die Wertungsfahrt des Steirischen Automobilclubs. Die für Freitag vorgesehene Clappe betrug 344 Kilometer und führte über Graz, Mürztal, Kapellen, Preinergscheid, Dirschwand, Schwarzau, Döbbsattel, Hohenberg, Littenfeld, St. Völten, Mell, Anstetten, Enns, Linz nach Wels. Zwischen St. Völten und Mell überschlug sich auf bisher unauferklärte Weise an einer allerdings sehr scharfen Kurve das Automobil des Teilnehmers Dr. Hermann Knechauerl, Zahnarzt in Graz, der das Fahrzeug, in dem sich auch seine Frau befand, selbst lenkte. Das Automobil überschlug sich zweimal, so daß es schließlich wieder auf den Rädern stand. Frau Knechauerl, die wohl aus dem Wagen gestürzt war, aber mit leichten Hautabwürfungen und Beulen am Kopfe davonkam, erzählte, daß sie das Gefühl hatte, der Wagen stürze um, dann habe sie die Bestimmung verloren und sei sehr verwundert gewesen, als sie, nachdem sie das Bewußtsein wieder erlangt hatte, den Wagen aufrecht dastehen sah. Dr. Knechauerl selbst lag regungslos neben dem Automobil. Er hatte einen Bruch der Halswirbelsäule erlitten und war sofort tot. In der Nähe der Unglücksstelle hatte sich kurz vorher ein zweites Unglück ereignet. Das Automobil des Grazer Fabrikanten Emil Jankl war ins Gleiten gekommen, so daß die Insassen herausgeschleudert wurden. Der Chauffeur Josef Stögner erlitt schwere Verletzungen am Kopfe und wurde ins Spital nach St. Völten gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag. Wie aus Wels berichtet wird, hat die Knechtung infolge des Unglücks die Wertungsfahrt abgebrochen.

Durch Unvorsichtigkeit verbrannt. In Bieltz wusch sich dieser Tage das Dienstmädchen Amalie Vojacek das Gesicht mit Spiritus. Durch unvorsichtiges Handeln mit einem Zündholz gingen plötzlich ihre Haare und ihr Kleid Feuer. Das Dienstmädchen erlag bald darauf den furchtbaren Brandwunden.

Die Ursache.

Roman von Leonhard Frank.

„Also, da fahren Sie in Ihre Heimatstadt.“
„Weil mir so furchtbar zumute war.“
„Besuchen unvorsichtigerweise Ihre Eltern ein Kaffeehaus und, wie sich vorhin herausstellte, den Optiker, nicht wahr?“

„Ja.“
„Dieser unlieblichen Zeugen wegen reisen Sie, obwohl Sie schon vor des Lehrers Tür standen, mit dem nächsten Zuge wieder zurück nach Berlin.“

„Sie wußten nicht, daß der Angeklagte verweist war?“
Keine Ahnung habe sie gehabt, antwortete die Wirtin aufgebracht, sah den Dichter an, den Vorsitzenden: „Und mein Herr Doktor hatte ja auch die Kammer mitgemietet.“

„Nachdem Sie Ihrer Wirtin beigebracht hatten, gar nicht verreist gewesen zu sein, gehen Sie zu dem Mädchen, lassen sich zwanzig Mark für die Reise geben und fahren in derselben Nacht wieder in Ihre Heimatstadt, schleichen — diesmal ohne Zeugen — ungeschen durch die noch dunklen Gassen direkt in die Lehrerdwelling. Eine Stunde später wird der Lehrer vor seiner durchwühlten Schreibtischlade gefunden. Das geraubte Geld bei Ihnen ... Was können Sie dazu sagen.“

Während der ganzen Rede hatte der Dichter den Vorsitzenden in kaltem Entsetzen angeblickt: nur stotternd konnte er hervorbringen: „Es ist alles so weit entfernt vom Tatsächlichen, was Sie und der Herr Staatsanwalt von mir sagen, daß ich kein Wort mehr mitreden kann.“
„Sie hatten offenbar weitaus mehr vorzufinden erwartet, bei Ihrem Lehrer, der als sparsamer, vermöglicher Mann bekannt war.“

Da stemmte der Dichter die Handballen unter die Achselhöhlen, daß die Kette über seiner Brust spannte, brüllte: „Ihr Lügner!“ und stieß dabei die Hände nach vor, wandte sich um zu den vielen hundert, wie auf einem Riesenpräsenzierteller liegenden Gesichtern: „Alle Menschen, die im Saale sind, müssen bemerken, daß das Gericht nur eine Seite sehen will und alles dahin zusammenträgt.“ Und zum Gerichtshof: „Man will mich viel schlechter machen, als man selbst glaubt, daß ich bin. Man lügt! Und mein Verteidiger verachtet mich.“

Der Vorsitzende hatte die Hand erhoben. Der Dichter sah an ihm vorbei, lobend zum klärenden Auge des Geschworenen:

„Gelogen wird in den Gerichtsfällen! Am sächlichen Geschehen vorbeigesehen! Die Ursachen liegen tief. Man will sie nicht sehen. Man will nicht ... Weil man sonst erkennen müßte, daß man mitschuldig ist.“

Die zwei Gerichtsdiener an seinen Seiten drehten die Köpfe auf ihn zu, scharf ins Profil; ihre Augäpfel lagen in der Nasennacke. So blieben sie griffbereit stehen.

Auffallend ruhig sagte der Einäugige: „Ich sehe keinen Beweis dafür, daß dieser Mann den Lehrer wegen des Hundertmarkscheines getötet hat. Die Gründe, die er dafür angibt, erscheinen mir viel glaubhafter ... Sie erscheinen mir jetzt glaubhaft.“

Der Vorsitzende unterbrach: „So etwas können Sie ... mir im Geschworenenzimmer äußern.“

Scheinbar zu allen Sprechend, sagte der Staatsanwalt zum Einäugigen — und Ueberzeugung pulste kräftig in seinen Worten: „Da könnte ja jeder Mensch mit Recht seinen Lehrer ermorden ... jeder Sohn seinen Vater!“

Noch eine Sekunde lang hielt die neue Anklage, die sich der Einäugige erst im Laufe der Verhandlung erkämpft hatte, der des Staats-

anwaltes stand. Dann wurde sie von dessen schlagkräftigem Anruf wieder zertrümmert.

Er senkte ratlos den Blick.
Der Vorsitzende sagte, plötzlich nachdenklich und ernst: „Können Sie selbst denn daran glauben, daß Sie Ihren Lehrer deshalb umgebracht haben, weil er Sie vor zweieinzwanzig Jahren ... sagen wir: falsch behandelt hat? ... Wirklich, wir können damit nichts anfangen.“

„Er allein ist ja nicht an meinem Unglück schuld,“ sagte der Dichter unwillig.

„Und trotzdem haben Sie ihn umgebracht.“
Da redete der Dichter plötzlich die gefesselten Hände senkrecht empor. „Der Dünst der Schulen, der falschen Erziehung, der Eltern, Fräulein, der Lüge, des ganzen sinkenden europäischen Moralgeschwürs bildet furchtbar drohend das Wort „Ursache“ weithin sichtbar am Himmel. Der europäische Mensch ist zum kranken, türkischen, reißenden Tier geworden. Gott, die Menschenliebe, die Güte, die Wahrheit zogen sich entsetzt zurück vor dem vom Wahnsinn gezeichneten europäischen Gesicht!“

Ein Geschworener beugte sich zu seinem Nebenmann. „Bei mir hat er sich oft Zigaretten gekauft ... In meinem Ekladen.“

Der Vorsitzende betrachtete den Dichter sinnend.

Der ließ die Hände sinken, fiel zusammen und begann mit noch bebender Stimme: „Auf allen Wegen starren dem Menschen offen und verstedt Messerspitzen entgegen, denen er nicht ausweichen kann ... Trotz aller Anstrengung konnte ich mich nie erinnern, was mir in dem Hohlweg widerfahren ist ... Ich träumte öfters von einer Leiche, die in dem Hohlweg lag. Sie war schon ganz verwest. Ameisen krabbelten ihr in Augen und Ohren hinein, aus Mund und Nase heraus. Die Leiche lachte furchterlich, weil die Ameisen sie kitzelten ... Aber ich weiß bestimmt, daß keine Leiche im Hohlweg lag ...“

Etwas Grauenhaftes muß mir da geschehen sein.“

Der Vorsitzende hatte den Dichter fortwährend grübelnd angesehen. Jetzt richtete er sich auf. Auch die Geschworenen bewegten sich.
„Mittagspause,“ sagte der Vorsitzende unerwartet, stand auf. „Wir unterbrechen bis drei Uhr,“ sagte er, mit der Uhr in der Hand.

Sechstes Kapitel.

Die Zuschauer gebrauchten List und Ellenbogen, um schneller durch die Flügeltür hinaus auf den Gang zu kommen, den der Dichter passieren mußte.

Ein scharfes Bismort fiel. Man lachte lächtig, drängte energisch weiter. Und mauerte sich an den beiden Wänden entlang, vollkommen still geworden. Denn des Staatsanwaltes schwarze Robe erschien ganz unerwartet und bewegte sich feierlich durch die Menge.

Auf ihn zu kam, vom Treppenaufgang herunter, ein kleiner, lesehender, mit einem Klemmer und Leberfleden im zerhaunenen Gesicht. „Es hat sich noch ein Belastungszeuge gemeldet.“

„Ah! Wer? Wo ist er?“

„Eine Zeugin. Sie hat angegeben, daß der Schreibmeister, der seinem Sohne die Augen zuleimte, ihn in diesem Zustand auch bloßfüßig auf die heiße Herdplatte gestellt hat ... Dann heizte der Meister tüchtig nach.“

„Also nichts Neues zum Fall Seiser.“

„Nein. Da kann man dir ja gratulieren. Sichere Sache!“

„Ein komplizierter Fall.“
Der kurzfristige Kleine kroch in die Staatsanwaltsrobe hinein.

„Wieso? Ist es nicht ganz klar erwiesen, daß er es wegen dieses Hundertmarkscheines getan hat?“
(Fortsetzung folgt.)

Als zweiter und letzter Debattereder protestiert Senator Pruda (Rom.) gegen die tendenziöse Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes. Nach den Schlussworten der Berichterstatter wird die Vorlage unverändert angenommen. Das Haus schreitet zur Behandlung des Gesetzes über den

Arbeitslosencredit.

Nach dem Berichterstatter führt

Senator Genosse Feder

die Abhängigkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge vom Finanzministerium aus, die nur den Arbeitslosen Schäden zuführt, weil das Ministerium die Unterstüßungen nicht im Sinne des Gesetzes auszahlen kann.

So kommt es selbstverständlich zu einer Drosselung der Arbeitslosenunterstützung. Was ist denn eigentlich vom Gesetze noch übrig geblieben? Das Gesetz sagt, daß jeder, der unverschuldet arbeitslos geworden ist, in Städten über 7000 Einwohnern 10 Kronen, in Städten unter 7000 Einwohnern 8 Kronen, erwerbsfähige Familienmitglieder 5 Kronen, Kinder und Frauen, die im gemeinsamen Haushalt wohnen, 2 Kronen täglich erhalten sollen. Wir haben gesehen, daß die Arbeitslosenunterstützung auf eineinhalb Jahre verlängert wurde. Aber wir sehen auch, daß weder die Höhe der Unterstützung noch auch die Dauer der Unterstützung eingehalten werden. Wie wir alle wissen, sind sogar in letzter Zeit bestimmte Richtlinien herausgegeben worden, daß die Arbeitslosenunterstützung auf 50 Prozent gedrosselt werden soll.

Die Ziffern, mit denen die Regierung beweist, daß die Arbeitslosigkeit abgenommen hat, sind falsch, vom Anfang bis zu Ende. Wenn sie zu der Regierungsziffer diejenigen dazu zählen, die keine Unterstützung mehr erhalten, werden sie finden, daß diese Ziffern ganz falsch sind. So kann man die Arbeitslosigkeit „abschaffen“; ja man könnte auf diese Weise die Arbeitslosenunterstützung einstellen und dann dem Ausland sagen: In der Tschechoslowakei sind wir auch in bezug auf die Wirtschaftslage so konsolidiert, daß wir keinen einzigen Arbeitslosen mehr haben. Das Ministerium für soziale Fürsorge ist auf Gnade und Ungnade dem Finanzministerium ausgeliefert. Ob das Finanzministerium auch die Anforderungen, die das Landesverteidigungsministerium stellt, in diesem Sinne drosselt? Alle Erfahrungen, die wir haben, beweisen, daß dem nicht so ist. (Lebhafter Beifall.)

Senator Dr. Hilgenreiner (Deutsch. christlich-soz.) weist darauf hin, daß nach den Ausweisen kaum die Hälfte der Arbeitslosen eine Unterstützung erhält. Einer der Gründe der Arbeitslosigkeit sei Frankreich, welches Schuld daran ist, daß Europa nicht zur Ruhe kommen kann.

Senator Pruda (Rom.) nennt die Politik der Regierung ein fortwährendes Flidwerk.

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters wird die Vorlage angenommen.

Der Senat behandelt sodann das Ermächtigungsgesetz betreffend den

Handelsverkehr mit dem Ausland.

Hierbei bemerkt

Senator Genosse Hladik

die Gelegenheit zu einer Kritik der Handelspolitik der Regierung.

Es wäre dringend notwendig, daß wir endlich dazu kommen, daß in diesem Staate eine positive Handelspolitik gemacht werde. Wir Sozialdemokraten stehen nicht auf dem Standpunkt, daß es nicht notwendig wäre, Handelsbeziehungen mit den übrigen Staaten anzuknüpfen, im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß es nicht zu jener Wirtschaftskrise in diesem Staate gekommen wäre, wenn die Regierung es verstanden hätte, bei Zeiten Handelsbeziehungen, vor allem mit jenen Staaten anzuknüpfen, die für unsere Produkte als Absatzgebiete in Frage kommen. Wir sind der Meinung, daß eine Zoll- und Handelspolitik gemacht werden soll, die eine Besserung der miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Staate herbeiführt. Weder von dieser, noch von einer vorhergehenden Regierung ist irgend etwas unternommen worden, um diese schreckliche Zustände zu beseitigen. Obwohl verschiedene Vorschläge zu verschiedenen Zeiten gemacht worden sind, hat sich die Regierung nicht bemüht gesehen, Schritte zwecks Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu unternehmen. Es scheint so zu sein, daß sich die maßgebenden Faktoren in diesem Staate sagen: Wir haben eine aktive Handelsbilanz und deshalb ist es nicht notwendig, die Handelsbeziehungen mit jenen Staaten, soweit sie noch vorhanden sind, aufrecht zu erhalten, die neue Absatzgebiete für unsere Produkte wären. Es ist allerdings zu betonen, daß von hervorragender Seite die Ziffern der sogenannten aktiven Handelsbilanz angezweifelt wurden und die Dinge liegen heute so, daß es immerhin möglich ist, daß nicht alle Ziffern, wie sie in der Handelsbilanz enthalten sind, vollkommen den Tatsachen entsprechen. Aber mag dem sein wie immer. Ob alles richtig oder unrichtig ist, wäre es Pflicht der Regierung, Vorsorge dafür zu treffen, daß wir wirtschaftlich nicht zu Grunde gehen. Die Regierung dürfte vor allem eine Politik nicht unterstützen, deren Endziel die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands ist, nach welchem Lande wir bekanntlich mehr als die Hälfte unserer Waren verkaufen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf verweisen, daß es z. B. nicht mehr möglich ist, unter den heutigen Verhältnissen Holzwaren nach Deutsch-

land zu exportieren, weil durch die von Frankreich inaugurierte Politik, die von der Tschechoslowakei unterstützt wird, die Kaufkraft in Deutschland bedeutend gesunken ist und weil die Marktwertung mit dazu beigetragen hat, daß Deutschland die tschechoslowakischen Glaswaren vom Weltmarkt verdrängt hat; heute ist der Export nach Deutschland gleich Null. Das Gleiche trifft auch Frankreich zu. Wohl haben wir heute noch einen Vertrag mit Frankreich, aber er geht seinem Ende entgegen und wir sind auch heute nicht in der Lage, nach Frankreich Glas zu exportieren. Es ist also so, daß wir uns auf unsere Freunde nicht verlassen können. Frankreich gehört ja zu jenen befreundeten Staaten. Ich spreche wohl in ihrem Sinn, meine Herren von der Majorität, wenn ich Frankreich als Freund der Tschechoslowakei bezeichne. Aber die Dinge liegen so, daß Frankreich von diesem Freundschaftsverhältnis zur Tschechoslowakei gegenüber in wirtschaftlicher Beziehung nichts merken läßt. Ich möchte das Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich auf eine ganz kurze Formel bringen. Politisch bedeuten wir für Frankreich nach meiner Meinung eine Meßstuh und wirtschaftlich befinden wir uns Frankreich gegenüber in der Rolle eines Stiefkinder. Frankreich trachtet nur darnach, aus der Tschechoslowakei möglichst viel herauszuholen, während es an sich nicht dazu bequemen kann, irgend welche Unterstützung von wirtschaftlicher Bedeutung diesem Staate einzuräumen. Der Vertrag mit Frankreich geht in den nächsten Tagen zu Ende. Frankreich wird nicht einmal mehr auf ein Meistbegünstigungsverhältnis mit der Tschechoslowakei eingehen. Belgien und Holland haben ein Einfuhrverbot gegen die Tschechoslowakei erlassen, das weiterhin auch Rumänien. Man sollte meinen, daß alles versucht werde, mit diesen Ländern die Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten, weil es doch jedem einzelnen klar sein muß, daß die Tschechoslowakei nicht mehr irgendwelche Absatzgebiete verlieren kann. Ansonsten tritt ein Zustand ein, in dem es nie mehr möglich sein wird, die Arbeitslosenunterstützung zu beseitigen: das Elend der arbeitenden Massen wird dadurch selbstverständlich immer größer werden. Es wäre die Pflicht des Handelsministeriums gewesen, die Gelegenheit zu benützen und heute herzukommen, um anlässlich der Einbringung dieses Gesetzes über die eventuell schwebenden Vertragsverhandlungen zu berichten. (Lebhafter Beifall.)

Senator Harill (deutschslav.) protestierte gegen das Ermächtigungssystem in der Gesetzgebung.

Der Berichterstatter des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Dr. Krupka, erklärte in seinem Schlusswort, er habe es nicht nötig, mit den deutschen Rednern zu polemisieren, da sie Angehörige von Parteien sind, die sich gegenüber dem Staate des Hochverrates schuldig machen. Es ist dies die neueste und zugleich bequemste Art eines Berichterstatters, der in seinem Schlusswort die Pflicht hat, auf die Ausführungen der Debattereder zu reagieren.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Gesetze über die Errichtung eines

Fonds für Elementarschäden

sprach

Senator Genosse Starl.

Obwohl wir für das vorliegende Gesetz stimmen werden, ist es dennoch notwendig, unsere Bedenken zu äußern. Ein Beispiel hierfür bietet das Gesetz zur Entschädigung von Viehschäden, zu welchem Zwecke 45 Millionen bereitgestellt waren. Aber nur ein Bruchteil dieses Betrages gelangte in die Hand der landwirtschaftlich Schwachen, während der größere Teil dieser Summe anderen Zwecken zugute kam, worüber am besten die großen Herren von Holm und Albr. Kuffschuk geben können. Wir müssen demnach auch bei diesem Fonds von 50 Millionen Kronen unserem Bedenken Ausdruck verleihen und verlangen, daß dieser Fonds vor allem den wirtschaftlich Schwachen und kleinen Landwirten zugute kommt, also nicht wieder als Entschädigung für Unfälle verbraucht wird. Das von uns gestellte Verlangen ist nicht unbillig, wenn man bedenkt, daß der kleine Landwirt, der nur wenige Strich Feld sein Eigen nennt, durch Elementarschäden zum Bettler werden kann. Dieser kleine Landwirt ist es, dem in erster Linie staatlicher Hilfe zugewendet werden muß. Die bisher vom Staate gewährten Steuerabreibungen haben so gut wie keine Wirkung, da solche in der Regel nur von den direkten Steuern gewährt werden, somit den kleinen Landwirten nicht zu Gute kommen. Man beachtet das Dasein des kleinen Besitzers viel zu wenig, und gerade dieser ist infolge der schlechten Lage seiner Grundstücke, die ihm vom Großgrundbesitzer oder vom Großbauer angedungen zu hohen Preisen überlassen wurden, Mißernten und Katastrophen viel mehr ausgesetzt. Hierzu kommt noch, daß man den kleinen Grundbesitzer mit verschiedenen Abgaben und Steuern perzentuell höher belastet als die großen und größten Grundbesitzer. Ebenso verhält es sich mit der Vermögensabgabe, die den kleinen Besitzer ungleich mehr und höher belastet als den großen Besitzer. Wenn die Regierung endlich einmal mehr Einsicht gegenüber den Zehntausenden kleinen Grundbesitzern walten lassen will, wozu sie übrigens verpflichtet ist, so würden wir der Regierung dringend ans Herz legen, endlich einmal die Vahnsucht für Futtermittelherabzusetzen, sowie den Abfluß von Futtermitteln im Auslande zu ermöglichen. Leider müssen wir mit Bedauern konstatieren, daß alle bisherigen Regierungen in diesem Staate immer nur ein williges Ohr und eine freimütige Hand für die besitzenden Klassen, für die Mächtigen hatten, während man für die Arbeiter, für die kleinen Ange-

stellten und Handwerker, wie auch für die kleinen Grundbesitzer, kurz für die Bedrückten, sehr wenig übrig hatte.

Wir verlangen von der Regierung eine genaue Rechnungslegung darüber, welche Teilbeträge für Zwecke der Versicherung zurückgehalten und welche Teilbeträge zum Ersatz der Elementarschäden verwendet wurden. Im großen und ganzen sind wir mit der Verstaatlichung dieser Versicherung einverstanden und haben diese von der Regierung des öfteren verlangt. Auch heute stellen wir wiederum das Verlangen, nicht nur die in Frage stehende Versicherung, sondern alle übrigen Versicherungen zu verstaatlichen. Wir werden trotz unserer Bedenken für diese Gesetzesvorlage stimmen, erwarten jedoch, daß die Regierung diese Gesetze in gerechter Weise jenem Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zukommen lassen wird, welche das Unglück hatte und Elementarschäden erleiden mußte. (Lebhafter Beifall.)

Senator Petrá (tschech. Soz.-Dem.) tritt ebenfalls für das Gesetz ein.

Nach der Annahme der Vorlage ruft Vizepräsident Dr. Soukup den Senator Harill nachträglich zur Ordnung, weil dieser über den Versailler Friedensvertrag in einer Weise gesprochen habe, die keine Kritik, aber die größte Beleidigung aller Sittlichkeit darstelle. Sodann wurde in die Beratung des Gesetzes über das

Militärische Disziplinar- und Strafrecht

eingegangen.

Senator Genosse Wiedowatz:

Nach dem Wehrgesetz vom Jahre 1920 ist das Landesverteidigungssystem der tschechoslowakischen Republik eine Miliz und bis zur Einführung dieser Miliz wird vorläufig auf unbestimmte Zeit das sogenannte Kadetsystem oder das stehende Heer beibehalten. Man hat der Öffentlichkeit Hoffnungen gemacht, daß dieses Uebergangsstadium nicht sehr lange dauern wird und es ist davon gesprochen worden, daß schon im Jahre 1925 die Milizeinführung durchgeführt werden. Nichts wäre einleuchtender, als wenn diese Zwischenzeit dazu benützt worden wäre, allmählich die militärischen Einrichtungen auszubauen, damit der Uebergang zur Miliz organisiert erfolgen könnte. Wir merken aber nichts hiervon. Im Gegenteil. Eine Betrachtung unseres öffentlichen Lebens ergibt, daß wir immer militäristischer werden.

Sie werden mir wahrscheinlich entgegenhalten, daß ja in Bezug auf die Leistung der militärischen Präsenzdienstpflicht Erleichterungen im Gesetze vorgesehen sind. Das ist wohl der Fall, aber in der Praxis werden die Erleichterungen durchaus nicht liberal gehandhabt.

Wenn wir das militärische Leben näher betrachten, so sehen wir, daß sich eigentlich gegenüber der Vorkriegszeit so gut wie gar nichts geändert hat und daß wir genau, wie vor dem Kriege, hier und da Ausbrüche der Brutalität wahrnehmen müssen, wie sie schließlich mit jedem Militarismus verknüpft sind. Ich erinnere Sie an das schreckliche Verbrechen im Oktober v. J., wo ein Kommandant einen fußmaroden Soldaten, der nicht mehr mitkonnte, hat anbinden lassen und noch von der übrigen Mannschaft verlangt hat, daß sie während dieses Strafaktes die Staatshymne zu singen habe. (Hört! Hört!) Die Mannschaft hat das verweigert und der Betreffende ist zwar gestraft worden, aber wir sehen aus diesem Beispiel, daß die Sachen im Wesen doch nicht anders geworden sind. In diesem Jahre stehen wir noch unter dem Eindruck der Selbstmorde in der Mährisch-Weißkirchener Kadettenschule, die bis jetzt noch nicht aufgeklärt sind und ich möchte den Kriegsminister fragen, wie lange wir noch auf den Bericht über die Untersuchung dieser Anstalt warten müssen.

Unsere Staatsverwaltung scheint im höchsten Grade nervös zu sein, in allem, was sich auf Militär und Krieg bezieht. Das scheint ihr empfindlichster Punkt zu sein und diese Nervosität führt manchmal geradezu zu grotesken antipazifistischen Erscheinungen. So ist es z. B. möglich gewesen, daß die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, welche in der Tschechoslowakei sowohl eine deutsche als auch eine tschechische Sektion gegründet hat, ihre Statuten nicht früher bewilligt erhalten hat, als bis sie aus den Statuten den Passus „unter die Aufgaben der Liga gehöre die Bekämpfung des Krieges“ strich (Hört! Hört!). Das war nicht gestattet, sondern es durfte nur von Unterstützung des Friedens die Rede sein. Aber aktive Bekämpfung des Krieges, das ist für unsere Staatsverwaltung zu viel. Etwas ähnliches ist jüngst wieder vorgekommen. Es existiert eine ganz harmlose, vollkommen utopische Verbindung, die sogenannte Selbstabrüstung. In keinem Staate hat man ihr Schwierigkeiten entgegengesetzt. Hier wurde der betreffende Person, welche die Erklärung dieses Bundes in Druck gegeben hat, wegen eines Aufrufes, der gleichlautend ist mit denen, die in Frankreich, England und Holland bewilligt worden sind, zur Verantwortung gezogen. Sie wurde wegen Uebertretung des Schutzes angeklagt. Auch ist es ein Zeichen des Militarismus, daß es den Abgeordneten nicht mehr gestattet ist, wie früher die Kasernen zu besuchen und sich selbst augenscheinlich zu überzeugen, wie die Soldaten leben und behandelt werden. Abgesehen davon wird die öffentliche Meinung bei jeder Gelegenheit militaristisch haranguiert. Ich erinnere kurz an die militärischen Paraden, ich erinnere daran, wie man es der fortschrittlichen Studentenschaft übel genommen hat, daß sie sich nicht an dem Empfang von Marshall Foch beteiligte hat.

Senator Pollach: Des Pazifisten Hoch!

Des großen Pazifisten, wie er offiziell genannt wurde. Ein wenig muß ich auch darauf zurückkommen, daß im Wehrausschusse gerade ein Vertreter des geistigen Standes, der ja für Frieden und Völkerverständigung kämpfen sollte, das Referat über diese rein militärische Sache übernommen hat. (Lebhafter Beifall.)

Senator Dr. Spiegel (d.-dem. Frp.) verabschiedet sich nicht gegen die Vorzüge des Gesetzes, in dessen Bestimmungen er den Versuch erblickt, wenigstens den Militärangestellten ihre rechtliche Stellung zu sichern. Dennoch nimmt Redner gegenüber dem Gesetze eine ablehnende Stellung ein und findet namentlich die Bestimmung über die Stellung des militärischen Kommandanten, sowie auch die Sonderbestimmungen für die Legionäre unannehmbar.

Der Berichterstatter des Wehrausschusses Dr. Prochazka erklärt in den Ausführungen Wiedowatzs, daß Senator Baloušek als Vertreter des geistlichen Standes nicht ein militärisches Referat hätte übernehmen sollen, eine „Beleidigung, die unbedingt zurückgewiesen werden muß“. Senator Genosse Wiedowatz wiederholte in einer tatsächlichen Berichtigung diese „Beleidigung“ und verwahrte sich gegen den Angriff Prochazkas.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage gegen die Stimmen sämtlicher deutschen Sozialdemokraten und drei (!) Deutschbürgerlichen angenommen. Die Kommunisten waren wieder einmal bei einer wichtigen Abstimmung in der Restauration des Senates.

Nach der Wahl der Mitglieder des ständigen Ausschusses (Dr. Soukup, Dr. Vesely, Trška, Riehnert, Dr. Siegel, Javoral, Dr. Horáček, Dr. Franka, Ersatzleute: Cholek, Dedic, Chlumecny, Jarolim, Dr. Vetter-Lilie, Dr. Karas, Frubny, Dr. Brabec) schloß der Vorsitzende mit den üblichen Ferialwünschen die Sitzung.

Der Ständige Ausschuh beider Häuser der Nationalversammlung wurde für Montag, den 9. Juli 2 Uhr nachmittags einberufen.

Ausland.

Das Reparationsproblem und die Union der Völkerbundigen.

Die Resolutionen, die der Wiener Kongreß der Union der Völkerbundigen in bezug auf das Reparationsproblem einstimmig beschloß, haben folgenden Wortlaut:

I. Die Union der Völkerbundigen ist der Ansicht, daß die Organisation des Völkerbundes in Tätigkeit gesetzt werden müsse, um unter Mitwirkung Deutschlands und, wenn möglich, auch der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine allgemeine Regelung der untrennbar zusammenhängenden Fragen der Reparationen, der interalliierten Schulden und der Sicherung der Grenzen durchzuführen.

II. Die Union der Völkerbundigen macht die Öffentlichkeit auf die Tatsache aufmerksam, daß eine Organisation, die wie der Völkerbund eine hohe internationale Autorität darstellt, diese Probleme sowohl in ihrer Gesamtheit als auch im einzelnen leichter und mit größerer Unparteilichkeit untersuchen kann, als es den einzelnen Regierungen allein möglich wäre, und daß sie schneller und mit größerer Zuverlässigkeit die folgenden Punkte sicherstellen kann:

1. Die Erhebung der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands;
2. die Anwendung des Prinzips, die von Deutschland geleisteten Zahlungen vor allem zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete zu verwenden;
3. die entsprechenden Maßnahmen, um in Deutschland jede internationale Kontrolle zu gewährleisten, die zur Lösung des Problems für notwendig erachtet wird;
4. die Ruhebarmachung des internationalen Kredit.

III. Die Konferenz empfiehlt allen Völkerbundigen, sie mögen, jede in ihrem Bereiche, sowohl in nationaler als auch in internationaler Beziehung ihr Möglichstes tun, um den vorstehenden Vorschlägen unter Hinzuziehung einer möglichst breiten Öffentlichkeit ihren vollen praktischen Erfolg zu sichern.

Der Völkerbundrat sabotiert die Abrüstungs Idee.

Genf, 4. Juli. (Tsch. P.-B.) Der Völkerbundrat nahm gestern mehrere Berichte Salandras über die Beschränkung der Rüstungen entgegen. Er beschloß, vorderhand keine Maßnahmen zur Durchführung des Antrages der Völkerbundversammlung auf Beschränkung der Ausgaben für die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft bis auf die Höhe der diesbezüglichen Ausgaben im Jahre 1923 zu treffen, jedoch der Völkerbundversammlung die Bemerkungen der gemischten temporären Kommission zu dieser Frage zu übermitteln. Ferner beschloß der Völkerbundrat, die Regierungen erneut zu ersuchen, den ihnen am 1. März d. J. zugestellten Fragebogen über die Rüstungen in Friedenszeiten baldmöglichst dem Sekretariate ausgefüllt zurückzugeben.

Gegen die Dynamitpolitik.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Nichts konnte der Politik Poincarés willkommen sein, als das Bombenattentat auf den Bräuer von Duisburg, die Tötung von zwanzig oder mehr belgischen Soldaten. Es ist im Grunde genommen nur Heuchelei wenn der französische Regierungschef seinem Kollegen in Belgien des herzlichsten menschlichen Beileids versichert; denn welche Rolle spielen die paar Menschenleben, um die es sich hier handelt, gegenüber den anderen Millionen, die am Wahnsinn des Weltkriegs zugrunde gingen, gegenüber den anderen Millionen, die im Europa der Nachkriegszeit an Unterernährung, an Krankheit, an Arbeitslosigkeit sterben oder verderben. Diese belgischen Soldaten starben Herrn Poincaré, wie Moettier dem Grafen Leichter in Schillers Tragödie, sehr gelegen, und triumphierend kann er die Zweifler im eigenen Lande und das übrige Europa, das seine Gewaltmethoden bis zum Halbe hinauf satt hat, auf den bösen Willen und die Hinterhältigkeit Deutschlands hinweisen. Nun steht es ja noch garnicht fest, ob es sich in Duisburg um einen nationalsozialistischen Anschlag oder viellecht um ein selbstverschuldetes Unglück des belgischen Militärs handelt. Aber die bisherigen Sabotageakte deutschvölkischer Abenteurer lassen es erklärlich erscheinen, daß die französische Regierung auch diesen Fall aus deren Konto setzt, ohne erst das Ergebnis einer vorurteilsfreien Untersuchung abzuwarten. So bestätigt sich wieder die Wahrheit des Wortes, daß der Nationalismus auf der einen Seite den Nationalismus auf der anderen Seite herausfordert. Jede deutschvölkische Dummeheit, jedes neue Verbrechen der deutschen Geheimorganisationen ist eine Unterstützung der Absichten der französischen Gewaltpolitik.

Die Duisburger Explosion schafft Poincaré und den Seinen gleich zwei Vorteile auf einmal. Sie gibt den Befehlungsbehörden die erwünschteste Gelegenheit, den Druck auf das Ruhrgebiet weiter zu verschärfen und zugleich der Welt zu sagen: seht her, wir sind die Angegriffenen, wir müssen uns der deutschen Heimtücke erwehren. In der Tat geht man jetzt aufs gründlichste vor, um die Kapitulation Deutschlands noch vor Beginn der alliierten Verhandlungen zu erzwingen; das besetzte Gebiet wird vom unbefestigten Deutschland vollkommen abgeschnitten, die vielen Millionen Bewohner im Rheinland und Ruhrgebiet befinden sich, vorläufig auf vierzehn Tage, wie in einer belagerten Festung, nur daß ihnen noch die notwendige Lebensmittelversorgung gelassen ist. Die Erschließung harmloser Straßenpassanten, die Festnahme von Geiseln, die Austreibung von Beamten und Eisenbahnern häufen sich in entsetzlichen Zahlen. Das Bewußtsein aber ist doch, daß Poincaré hoffen kann, die Duisburger Explosion werde ihm gegenüber dem englischen Partner eine wesentlich günstigere Position verschaffen. „Poincaré“ so schreibt ein Pariser Blatt, „befand sich in ziemlich schlechter diplomatischer Position, als dieser seine Wort ein neues Kraut für seine Politik gab. Die Engländer sind nicht mehr in der Lage, von Deutschlands gutem Willen zu sprechen. Die Vorkämpfer der Gewalt in Deutschland haben wieder einmal den Vorkämpfern der Gewalt in Frankreich Ruhen gebracht.“

Die deutsche Sozialdemokratie hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Untätigkeit des Kabinetts Cuno gegenüber den deutschvölkischen Verbrechen der französischen Gewaltmethoden nur ständig neue Nahrung liefert. Noch in seiner jüngsten Rede in Barmen hat der Kanzler nur allzu jaghaft die Anwendung von Dynamit gegen die Besatzungstruppen verurteilt. Kein Wort davon, daß endlich mit äußerster Energie dem nationalsozialistischen Terror zusehe gegangen werden soll. Kein Wort gegen die Schandbuben, die das sozialdemokratische Zeitungsgebäude in Münster in die Luft sprengten, trotzdem diese Untat nicht allein die stärkste Partei Deutschlands, sondern überhaupt das Rückrad des passiven Widerstandes, die deutsche Arbeiterbewegung, traf. Kein Wort auch über die Mordtaten der deutschvölkischen Feme in Weckburg, in Bayern und in anderen Gegenden des Reichs.

Unsere Partei wird verlangen, daß Herr Cuno unambiguität erklärt, wie er zu dem deutschvölkischen Verbrechen steht und was er zu tun gedenkt, um ihm ein Ende zu machen. Wenn allerdings in Paris von der Gesamtheit der Alliierten die Beseitigung der jetzigen deutschen Regierung verlangt wird, so muß die deutsche Sozialdemokratie dazu erklären, daß das deutsche Volk die Regelung seiner innerpolitischen Verhältnisse selbst besorgen wird. Die deutsche Arbeiterklasse insbesondere muß es entschieden ablehnen, sich eine „bessere“ Regierung von einem Frankreich, das Poincaré an der Spitze hat, bringen zu lassen. Nur darin muß man den außerdeutschen Kritikern zustimmen, daß jetzt endlich auch im Innern Deutschlands die Voraussetzungen für eine fruchtbare Auseinandersetzung mit seinen früheren Kriegsgegnern geschaffen wird. Deutschland kann kein Sonderabkommen gebrauchen, denn es wünscht eine Verständigung aller europäischen Völker, die unter Wahrung der wirtschaftlichen Bedürfnisse ihre politischen Beziehungen in feste und erträgliche Formen bringt.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Coupal zu 18 Jahren schweren Kerfers verurteilt.

Der Attentäter auf Dr. Rašin vor dem Staatsgerichtshof. — Coupal bekennt die Kompetenz des Ausnahmegerichtes und verweigert jede Aussage. — Nach achttündiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt: Coupal wird des Mordes schuldig gesprochen und zu 18 Jahren schweren Kerfers verurteilt.

Prag, 4. Juli. Heute um 9 Uhr vormittags begann vor dem Staatsgerichtshof die Verhandlung gegen Josef Coupal, der am 5. Jänner d. J. das Attentat gegen den Finanzminister Dr. Rašin verübt hatte. Der Staatsgerichtshof bestand aus dem Senatspräsidenten Dr. Josef Ruzicka als Vorsitzenden, dem Rat des Obersten Gerichtes Moriz Müller, dem Rat des Landesgerichtes in Prag Ladislav Brunclik, dem Vizepräsidenten des Obersten Landesgerichtes Johann Wiza, dem Brünner Advokaten Dr. Sullin und Dr. Ruzicka als Beisitzenden. Die Anklage vertrat der erste Staatsanwalt Brouza, die Verteidigung des Angeklagten führte Dr. Vleha.

Nachdem der Angeklagte seine Personalkarte abgegeben hatte, wurde die

Anklageschrift

verlesen. Sie lautete auf Mord und führt aus: Der Versicherungsbeamte Josef Coupal, geboren 1903 in Deutsch-Brod, dorthin zuständig, konfessionslos und ledig, schoß am 5. Jänner 1923 zweimal gegen den Finanzminister Dr. Alois Rašin, als dieser sein Haus in Prag II, Korngasse 6, verließ, um sein Auto zu besteigen und ins Ministerium zu fahren. Nach der Tat ergriff Coupal die Flucht und wurde in einem Hause einer Seitengasse, wo er sich im Keller versteckt hatte, aufgefunden und verhaftet. Dr. Rašin, der nach dem ersten Schuß zu Boden gesunken war, wurde in das Podoler Sanatorium überführt, wo er am 18. Jänner seinen Verletzungen erlag. Bei seiner Einvernahme auf der Polizei legte Coupal ein volles Geständnis ab, in dem er erklärte, daß er die Absicht hatte, Dr. Rašin zu ermorden. — Zur Zeit, als er die Handelsschule in Deutsch-Brod besuchte, sei er schon organisiertes Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen und dann im Jahre 1920 zur kommunistischen Partei übergetreten. Im September 1922 verließ er auch diese Partei, weil er mit ihnen, die individuelle Aktion ablehnenden Standpunkt nicht übereinstimmte. Damals sei er Anarchokommunist geworden. Angeheilt war er zuerst bei der Versicherungsanstalt „Praha“ in Deutsch-Brod und dann bei der Slowakischen Versicherungsanstalt in Prag, die ihn in ihrer Königsgraber Filiale anstellte. Am 3. Jänner fuhr Coupal zu seinen Eltern nach Deutsch-Brod und am nächsten Tage nach Prag, mit dem letzten Voratz, Dr. Rašin zu ermorden. In Prag wohnte er im Hotel „zur goldenen Gans“. Am 5. Jänner, dem Tage der Tat, ging er vor 8 Uhr früh in die Korngasse und wartete dort vor dem Hause, bis Dr. Rašin heraustrat. Als Dr. Rašin aus dem Hause trat, feuerte er aus einer Entfernung von ungefähr fünf Schritten gegen den Rücken Dr. Rašins den ersten Schuß ab. Dann trat er zwei Schritte vor und schoß nochmals nach seiner Ansicht gegen die Schulter Dr. Rašins. Coupal hat dann weiter bei dem Verhöre erklärt, daß er sich im Hinblick auf Rašins politische Tätigkeit schon lange mit der Absicht getragen habe, Rašin zu ermorden.

Er habe Rašin als den Vertreter der tschechoslowakischen Republik angesehen, der mit Dr. Preis in erster Linie die Interessen seiner Volksgenossen und der Zivnostenska banka vertrat. Coupal wollte mit seiner Tat der Arbeiterklasse helfen, indem er die Reaktion einschüchtern glaubte.

Die Worbabsicht habe er gleich nach der Ernennung Rašins zum Finanzminister gefaßt. Er habe sich daher schon am 12. Dezember ins Finanzministerium begeben, um eine Audienz bei Rašin zu erwirken und ihn bei dieser Gelegenheit zu besichtigen. Im Ministerium sei ihm mitgeteilt worden, daß die allgemeinen Audienzen erst einige Tage später stattfinden. Er habe im Ministerium aber gewartet, da er Dr. Rašin im zweiten Stockwerke bemerkte. Als dann Dr. Rašin um die Mittagsstunde das Gebäude verlassen wollte, trat eine Dame zu ihm und Coupal mußte seine Absicht ausgeben, da er sonst die Dame verlegt hätte.

Als Coupal in das Strafgericht eingeliefert wurde, leugnete er seine im Polizeirapport niedergelegten Aussagen und erklärte, daß er Dr. Rašin nur aus dem politischen Leben beseitigen, beziehungsweise ihn für eine weitere politische Tätigkeit unschädlich machen wollte. Er habe auch beim Polizeiverhör stets nur von „Beseitigen“, nie aber von „Ermorden“ und „Töten“ gesprochen. Coupal bezeichnete sich auch während der gerichtlichen Einvernahme weiterhin als ein Anarchokommunist.

Als er gefragt wurde, ob er aus der kommunistischen Partei deshalb ausgetreten sei, um ihr mit seiner Tat nicht zu schaden, verneinte er.

Dr. Rašin sei in seinen Augen der gefährlichste Feind der Arbeiterklasse und der Republik gewesen.

Nach der Annahme der Novelle über die Staatsanstellungsgesetze habe sich Coupal endgültig entschlossen, Rašin zu beseitigen. Die Tat sollte die Reaktion einschüchtern, weil diese demokratische Gesetze nicht durchgeführt habe und reaktionären Verordnungen zur Annahme verhehle.

Die Anklageschrift kommt dann auf die Aussagen des Bankbeamten Slam zu sprechen, demgegenüber sich Coupal im Oktober 1922 in Pilsen äußerte: hatte, daß es zu einem Umsturz kommen müsse. Coupal habe damals über Dr. Rašin gesagt: „Wenn ich ihm so begegnen würde, würde ich ihn ohne weiteres mit Vergnügen umbringen.“ Coupal hat an diesem Tage seinem Freunde auch den Bro-

ning gezeigt und hinzugefügt, daß noch andere umgebracht zu werden verdienen. Die Anklageschrift berichtet dann weiter über Schießübungen, die Coupal in einem Walde bei Pilsen ausgeführt hat und bei denen er sich äußerte: „Wenn Dr. Rašin vor mir stünde, so würde ich ihm den Kopf durchbohren.“ Coupal hat dann weiter während einer Tanzstunde im Arbeiterheim in Deutsch-Brod die Absicht geäußert, Dr. Rašin zu erschließen. Er habe sich immer gerühmt, daß er eine sichere Hand besitze und immer dorthin treffe, wohin er wolle.

Die Anklage befaßt sich zum Schluß noch mit der Beschaffenheit der Waffe und mit der gerichtlichen Obduktion der Leiche Rašins. Nach dem Gutachten der Gerichtsärzte ist der Tod Dr. Rašins auf die durch die Rückenmarkzertrümmerung entstandenen krankhaften Veränderungen zurückzuführen, wobei eine allgemeine Blutvergiftung die wichtigste Rolle gespielt hat. Der Tod Dr. Rašins war durch keinerlei Hilfe zu verhindern.

Coupal anerkennt nicht das Staatsgericht und verweigert jede Antwort.

Nach der Verlesung der Anklageschrift, die fast eine Stunde in Anspruch nahm, wendete sich der Vorsitzende an den Angeklagten mit der Frage: „Sie haben die Anklage gehört, bekennen Sie sich schuldig?“

Angeklagter: „Nein!“
 Vorsitzender: „In keiner Hinsicht?“
 Angeklagter: „Nein! Ich bin nicht schuldig! In keiner Hinsicht!“
 Vorsitzender: „Wie kommen Sie zu dieser Anschauung? Sie haben also diese Tat nicht ausgeführt, Sie haben auf Dr. Rašin also nicht geschossen?“
 Angeklagter: „Bevor ich antworte, will ich erklären, daß...“
 Vorsitzender: „Antworten Sie auf meine Frage.“
 Angeklagter: „Nein, solange ich nicht erklärt habe, was ich...“
 Vorsitzender: „Antworten Sie mir endlich!“
 Angeklagter: „Ich anerkenne nicht die Kompetenz des Staatsgerichtes und lehne daher alle Antworten ab!“

Vorsitzender: „Lassen Sie hier solche Bemerkungen. Ich frage Sie nochmals, ob Sie antworten wollen. Überlegen Sie sich Ihre Antwort gut.“

Angeklagter: „Vor diesem Ausnahmegericht werde ich nicht auslagern, da ich dieses reaktionäre Gesetz und den geschlossenen Staatsgerichtshof nicht anerkenne.“

Vorsitzender: „Was die Frage der Kompetenz des Staatsgerichtshofes anbelangt, wurde bereits diesbezüglich eine Entscheidung gefällt. Weder das alte, noch das neue Gesetz kennt einen Protest gegen die Entscheidung dieses Gerichtshofes. Ich weiß nicht, ob Sie sich durch ihre vernünftige Antwort einen Dienst erwiesen haben.“

Angeklagter: „Ich wünsche etwas in diesem Sinne zu erklären. Ich kann...“

Vorsitzender: „Nein. Sie haben es abgelehnt zu antworten. Sie können daher hier auch nichts erklären.“

Angeklagter: „Ich bitte nochmals hier erklären zu können...“

Vorsitzender: „Zehen Sie sich!“

Der Verteidiger über die Anzuständigkeit des Staatsgerichtes.

Nach dieser Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten, die im Justizsaalraum große Erregung hervorgerufen hat, erhebt der Verteidiger des Angeklagten Dr. Vleha ums Wort und führt aus:

Der Beschluß des dreigliedrigen Senats dieses Gerichtshofes vom 7. Juni 1923, mit dem der Staatsgerichtshof als zuständig erklärt wurde, möge von dem Plenarsenat überprüft und in dem Sinne abgeändert werden, daß sich das Staatsgericht als nicht zuständig erklärt und den öffentlichen Ankläger antweist, binnen acht Tagen beim zuständigen Gerichte eine neue Anklage zu überreichen.

Zur Begründung dieses Antrages führte Dr. Vleha aus, daß der angefochtene Beschluß dem Gesetze über das Staatsgericht und dem § 36 des Schußgesetzes widerspreche. Das Staatsgericht müsse sich an den Wortlaut des Schußgesetzes halten. Nach der Ansicht Dr. Vlehas widerspreche die Anwendung des Schußgesetzes der Verfassungsurkunde, besonders was die rückwirkende Wirkung des Schußgesetzes und die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes anbelangt, da dieses beim Zeitpunkt des Deliktes noch gar nicht bestanden hat.

Nach § 94 der Verfassungsurkunde wird bestimmt, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf. Die Bestimmung des § 36 des Schußgesetzes widerspricht dem Grundsatze: „Nullum crimen sine lege braevia“ und dem Grundsatze: „Nullum forum sine lege braevia“. Es sei das Verdienst unserer Gesetzgeber, daß sie zum erstenmal in der Rechtsgeschichte sich über diesen Grundsatze hinweggesetzt haben. Als gewissenhafter Verteidiger müsse Dr. Vleha darauf bestehen, daß durch den beanstandeten Beschluß das Schußgesetz und das Gesetz über den Staatsgerichtshof verletzt wurde. In der Begründung seines Beschlusses beruft sich nämlich der dreigliedrige Senat darauf, daß dem Staatsgerichtshof die Aburteilung

der im § 7 des Schußgesetzes angeführten Verbrechen obliege. Im § 7 ist jedoch das Verbrechen des vollbrachten Mordes nicht angeführt. Der Staatsgerichtshof konkludiert jedoch seine Zuständigkeit aus dem Motivberichte zum Schußgesetz. Es braucht nicht ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß der Motivbericht keine Gesetzeskraft hat und daß für den Staatsgerichtshof keine Analogie und keine Interpretation gilt, da die Schlussfolgerung „a minori ad majus“ jeder Logik widerspricht. Tatsache ist, daß im § 7 der Tatbestand des vollbrachten Mordes, begangen an Mitgliedern der Regierung bei oder wegen Ausführung ihrer Amtsbefugnisse nicht auffindbar ist. Weder durch logische noch durch grammatische Interpretation könne man zu dem Schluß gelangen, daß der vollbrachte Mord vor dem Staatsgerichtshof gehört. Wenn der Staatsgerichtshof sich mit dem Motivbericht befaßt hat, so hätte er sich auch die Regierungsvorlage in ihrer ursprünglichen Fassung durchlesen sollen, in der im § 36 ausdrücklich gesagt wurde, daß der Staatsgerichtshof über das Verbrechen des Mordes entscheide. Da dieser Punkt des § 36 bei der endgültigen Gesetzesfassung weggelassen wurde, so muß daraus geschlossen werden, daß die Gesetzgeber dieses Verbrechen nicht vor dem Staatsgerichtshof bringen wollten. Das ist auch aus der Debatte ersichtlich, die in beiden Kammern der Nationalversammlung über das Schußgesetz abgeführt wurde und in der der Kampf zwischen Anhängern und Gegnern der Todesstrafe mit einem Kompromiß endete. Die Anhänger der Todesstrafe verzichteten auf die Einführung des vollbrachten Mordes im Gesetze und die Gegner der Todesstrafe hatten dadurch die Gewähr, daß dieses schwere Verbrechen auch weiterhin vor das Gericht des Volkes, das nach der Verfassungsurkunde der Urquell jeder Macht im tschechoslowakischen Staate ist, zu kommen hat. Dieser Auffassung hat sich der Ankläger selbst angeschlossen, da er die Anklage wegen Mordmordes laut §§ 134, 135 und 152 des St.-G. und nicht wegen des Verbrechens des Mordes, begangen an einem Mitglied der Regierung gemäß § 7 des Schußgesetzes erhob.

Der Verteidiger ist überzeugt, daß der Gerichtshof ohne Rücksicht auf das politische Prestige und ohne Rücksicht darauf, daß die lex Coupal wegen der überhöhten Arbeit der Gesetzgeber auf Coupal selbst keine Anwendung findet, keinem Klienten gewähren wird, sich vor dem einzig zuständigen Gerichte, dem Schwurgerichte zu verantworten.

In Beantwortung des Antrages Dr. Vlehas führte der Staatsanwalt aus, daß der Antrag hinsichtlich sei, da der § 7 des Schußgesetzes überhaupt keine neuen Tatbestände festsetze, sondern nur Strafen bestimmte für Tatbestände, die nach den herrschenden Strafgesetzen nicht genügend bestraft sind.

Ablehnung des Antrages des Verteidigers.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zu einer Beratung zurück und gibt dann bekannt, daß dem Antrag Dr. Vlehas nicht stattgegeben wird, da über die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes bereits eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Brünn gefällt wurde und es dem Senat nicht zusteht, diese Entscheidung zu überprüfen.

Vorsitzender zum Coupal: „Beharren Sie auf ihrer Weigerung auszusagen?“
 Angeklagter: „Ja.“

Die Protokolle über Coupal.

Darauf wird zur Vorlesung des Konstituts des Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter und der Protokolle geschritten. Aus dem Protokoll ist ersichtlich, daß die Familie Coupals stets mit Ernährungsbeschwerden zu kämpfen hatte, und daß sie deshalb Coupal nicht die Ausbildung angebeihen lassen konnte, die seiner Intelligenz entsprochen hätte. Nach dem Besuch der Bürgerschule trat Coupal in eine Fabrik ein, wurde später Reisender in Schneiderartikeln und ersparte sich während dieser Zeit 1200 K. Mit diesem Gelde bezahlte er das Schulgeld für die Handelsschule und kaufte sich die notwendigen Schulbücher. Als ihm dann später das Geld ausging, mußte er dann des öfters aus der Schule weglassen, um sich notwendig den Lebensunterhalt zu verschaffen. Das Polizeiprotokoll hebt hervor, daß Coupal ein Vorliebe für Bücher Tolstois und Dostojewskis sowie für die Werke Marx und Kautskys gezeigt habe. Schon frühzeitig sei er ein begeisteter Sozialist gewesen. Aus der kommunistischen Partei sei er, wie schon in der Anklageschrift angedeutet wird, deshalb ausgetreten, weil diese Partei den Standpunkt der individuellen Aktion ablehnte. Coupal ist tuberkulös und hat schon in früherer Jugend Injektionen bekommen. Sein Verhalten in der Schule war bis zum zehnten Lebensjahre tadelloß. Dann bekam er, wie das Konstitut ausdrücklich zu erzählen weiß, schlechte Bittennoten, weil er die anderen Schulkinder zu Bibernereien anstiftete. Im allgemeinen aber bezeichnete alle Menschen, die mit Coupal, sei es als Vorgesetzte oder Bekannte, etwas zu tun hatten, ihn als korrekten Menschen.

Der Vorsitzende bringt auch ein Protokoll Dr. Rašins zur Verlesung, das am 5. Jänner mit

Raslin aufgenommen wurde und in dem Raslin erklärt, daß er sich dem Strafverfahren gegen Soupal nicht anschließe.

Die Zeugenaussagen.

Vorsitzender zu Soupal: „Sie haben das Recht, zu den Aussagen der Zeugen ihre Bemerkungen zu machen, und eventuelle Aussagen richtigzustellen.“

Angeschuldigter: „Ich verlange nochmals, vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden.“

Vorsitzender: „Diese Wiederholungen haben hier keinen Zweck.“

Als erster Zeuge wird der Kellner Alois Satorra einvernommen, der während des Attentates sich in der Nähe der Tat aufhielt und schildert, wie Soupal geschossen hat. Er hat sich auch dann an der Verfolgung Soupals beteiligt und dem Wachmann das Haus gezeigt, in dem sich Soupal versteckte.

Eine Reihe von Zeugenprotokollen, die hierauf vorgelesen werden, unter ihnen auch das des Chauffeurs Dr. Raslins Felix Brunner und das Dr. Weiskbergers, der Dr. Raslin die erste Hilfe erteilte, bringen im wesentlichen nichts Neues.

Zeuge Bohumil Dvořak, Oberwachmann, gibt an, wie die Festnahme Soupals erfolgt ist. Soupal gab bei seiner Festnahme an, daß er indifferenter sei und keiner Partei angehöre. Der Oberwachmann Biele, der dann einvernommen wird, war gleichfalls bei der Festnahme Soupals anwesend.

Zeuge Polizeirat Vachásek führt aus, daß Soupal bei seiner Einvernahme erklärt habe, daß er Raslin ermorden wollte. Auf eine Frage eines Beisitzers gibt der Zeuge an, daß er selbst auch den Eindruck gehabt habe, daß Soupal Raslin tatsächlich ermorden wollte.

Verteidiger Dr. Vleha: „Ich ersuche, festzustellen, daß im Polizeiprotokoll niemals der Ausdruck „zu töten“ vorkommt, sondern daß es dort nur immer heißt „zu beseitigen“ oder dergleichen.“

Der Vorsitzende erklärt, daß im Polizeiprotokoll niemals der Ausdruck „zu töten“ vorkommt.

Der nächste Zeuge, Polizeikommissar Rals, hat Soupal auf dem Polizeikommissariat verhört. Er erklärt, daß Soupal den Ausdruck „erschießen“ und nicht den Ausdruck „beseitigen“ gebraucht habe. Es sei ausgeschlossen, daß der Ausdruck „erschießen“ ins Protokoll hineingekommen wäre, wenn ihn Soupal nicht gesagt hätte. Soupal sei nach Prag gekommen mit der Absicht, Raslin zu erschießen. Er habe bei seiner Einvernahme auch das Wort „ermorden“ gebraucht.

Der Vorsitzende unterbricht hierauf — um dreiviertel 1 Uhr mittags — die Verhandlung und vertagt sie auf halb 4 Uhr nachmittags.

Die Nachmittagsverhandlung.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlung — um halb 4 Uhr nachmittags — wird der Hausmeister Ketil einvernommen, der in dem Hause angeht, in dem sich Soupal nach der Tat versteckte. Ketil schildert die Festnahme Soupals im ähnlichen Sinne wie die Wachleute und gibt an, daß Soupal bei der Festnahme erklärt hat, er habe Dr. Raslin erschießen wollen.

Zeuge Slama, Versicherungsbeamter, berichtet über die Schicksalungen Soupals in dem Wädhchen bei Bilsen. Er kann sich nicht mehr erinnern, ob Soupal die Worte „erschießen“ oder „beseitigen“ gebraucht hat. Er habe aber auch Kramak und Beneš genannt.

Vorsitzender: „Auch diese wollte er beseitigen?“
Zeuge: „Soupal hat gesagt, es würden mehr Leute es verdienen.“

Vorsitzender: „Wann haben Sie sich an all das erinnert?“

Zeuge: „Erst bei der Polizei.“

Vorsitzender: „Nicht gleich nach der Tat?“

Zeuge: „Nein. Erst bei der Polizei.“

Der nächste Zeuge, Versicherungsbeamter Rudolf Váňa und die als Zeugin einvernommene Versicherungsbeamtin Vlasta Třebická erzählen, wie eines Tages Soupal zur Versicherungsgesellschaft gekommen sei und sich erkundigt habe, ob der Generaldirektor der Gesellschaft, Jaroslav Raslin, vielleicht der Finanzminister Raslin sei. Die Zeugen schließen daraus, daß Soupal nur deshalb eine Stelle bei der Gesellschaft haben wollte, um dem vermeintlichen Finanzminister nahe zu sein.

Eine Reihe von Protokollen einiger Ministerialbeamten, die dann vorgelesen werden, geben über die Bemühungen Soupals Auskunft, sich eine Audienz bei Raslin zu verschaffen. Weitere Zeugenprotokolle berichten dann über einen Versuch Soupals am 12. Dezember 1922, sich in der Wohnung Raslins eine Audienz zu verschaffen.

Die Mitschuldigen Soupal, Rahule, Valoun und Netušil, die unter Anklage gestellt wurden, weil sie von der Absicht Soupals gewußt, sie aber nicht verhindert haben, und die als Zeugen einvernommen werden sollen, entschlagen sich der Zeugenaussage, da sie als Mitangeklagte dazu das Recht haben.

Der Gerichtshof stimmt diesem Entschlusse der Zeugen zu und bringt dann die ärztlichen Gutachten über die Verletzung und die Todesursache Raslins zur Verlesung. Als das Protokoll des Untersuchungsrichters verlesen werden soll, verwahrt sich der Verteidiger Dr. Vleha dagegen, da dieses Protokoll nur Eindrücke, aber keine Tatsachen enthalte. Der Gerichtshof läßt jedoch die Verlesung dieses Protokolls zu. Er billigt auch die Verlesung des Protokolls der Klattauer Gendarmarie, das über das Vorleben Soupals Auskunft gibt.

Der Verteidiger beantragt dann weiter die Verlesung einiger Dr. Raslins behandelnder Ärzte, da sich zwischen den während der Brandzeit Dr. Raslins ausgegebenen Bulletins und dem Gut-

achten der Gerichtsarzte ein großer Widerspruch ergibt. Während die Gerichtsarzte erklären, daß die Verletzung Dr. Raslins tödlich gewesen sei, hieß es in den Bulletins zu wiederholten Malen, daß sich das Befinden Dr. Raslins bessere und daß er gefunden werde. Dieser Widerspruch müsse aufgeklärt werden.

Der Staatsanwalt erklärte die Zulassung dieser Zeugen als belanglos, da die Bulletins so ausgegeben werden mußten, wie es die politischen und parlamentarischen Rücksichten verlangten.

Der Gerichtshof lehnt nach kurzer Beratung die Verlesung der Ärzte ab, da die Ausstellung der Bulletins eine private Sache ist. Im übrigen schließt sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwaltes an.

Vor Beendigung des Verfahrens macht der Vorsitzende den Angeklagten nochmals darauf aufmerksam, daß er das Recht habe, zum Verfahren Antworten zu geben. Er fragt ihn nochmals, ob er auf keiner Weigerung, nicht zu antworten, besthe, was Soupal bejaht.

Die Blaidoners.

Staatsanwalt Groufa:

Der Schutz gegen Dr. Raslin hat nicht nur diesen Mann, sondern auch die Demokratie in diesem Staate getroffen. Es war die Tat eines jungen, politisch unerfahrenen Mannes, der auf seine Weise revolutionär wirken wollte. Gewalttätige Revolutionen sind aber, von wem sie auch immer gemacht werden, eine Hemmung des Fortschrittes, des sozialen Fortschrittes. Die Entwicklung unserer Zeit hat es mit sich gebracht, daß solche Jünglinge, angefüllt mit leeren Phrasen, sogar vor dem Morde nicht zurückschrecken, wenn der Mann, gegen den sie die Waffe erheben, etwas unternimmt, was ihnen nicht paßt. Infolge der geistigen Einstellung dieser Jünglinge ist es auch denkbar, daß sie ihre Taten für ein gutes Werk halten. Sie wissen nicht, daß sie, verdrorben durch die Unmoral des Krieges und der Nachkriegszeit, durch ihre Vergehen nur Unheil und keine Besserung der Menschheit bringen können. Ihre Gewalttaten sind darum, wie die Tat Soupals frivoll zu nennen. Soupal, der politisch unerfahrene Jüngling, hat einen politisch bedeutsamen Mann kaltblütig niedergestreckt. Der Effekt der Tat Soupals blieb aus. Denn wenn auch Tausend Männer das tun, was Soupal getan, so werden sie nichts erreichen. Und dazu hat Soupal feige gehandelt. Von rückwärts trat er an sein Opfer heran, schoß es nieder. Und dann leugnete er alles, was zu leugnen ging. Raslin hat seinem Volke alles geopfert, er war ein großer Mann. Und sein Schicksal: Ein Fanatiker, der hin Wirken nicht zu werten und würdigen verstand, hat ihn umgebracht. Dieser Jüngling ist ein schreckliches Bild der sittlichen Verrohung, die seit den Schüssen von Sarajewo über die Woffengräber des Weltkrieges hinweg von der Menschheit Besitz genommen hat. Leben und Ehre des Nächsten haben ihren Wert verloren für manche Menschen, die sich zu Verbessern der Geschichte der Menschheit berufen fühlen. So fiel Raslin, so fiel Dr. Raslin. Diese beiden Nationalökonomien, die wußten, was die Welt verlangte, was die Wirtschaft und deren Gefundung fordere, griffen unerbittlich in die Verhältnisse ein, da sie diese als krank und ihr Vorgehen als richtig erkannt hatten. Und weil sie beide nicht Rücksicht nahmen auf phrasendreschende Jünglinge, mußten sie fallen. Ihre Mörder waren so eingeschlossen in ihre Ideologie, daß sie, obzwar sie das Leben nicht kannten, richtig gehandelt zu haben glaubten. Ich will Raslin und seinen Mörder Soupal kurz charakterisieren. Raslin war und rechnete, um den Staat finanziell ins Gleichgewicht zu bringen. Soupal wollte all das unmöglich machen. Sein Wort ist keine politische Tat, da ein Mord niemals als eine politische Tat gewertet werden kann. Die Verdrigung Soupals, daß er Dr. Raslin nur als Politiker beseitigen, ihn aber nicht ermorden wollte, ist nicht stichhältig. Sie ist nur eine bloße Ausrede. Soupal möge die Strafe erhalten, die er verdient.

Nach Schluß der Rede des Staatsanwaltes erhebt sich stellenweise Beifall im Publikum. Der Vorsitzende mahnt energisch zur Ruhe. Hierauf fordert er Soupal auf, von seinem Verteidigerrechte Gebrauch zu machen. Soupal erklärt, daß er die Verteidigung seinem Verteidiger überläßt. Nur das eine betont er, daß er nicht die Absicht hatte, Dr. Raslin zu ermorden.

Verteidiger Dr. Vleha:

Im Weltkriege hat man die jungen Leute ins Feld geschickt, hat sie das Morde gelehrt. Jahrelang wurde gemordet, ohne daß sich ein Richter gefunden hat. Wir dürfen uns daher nicht wundern, daß Soupal im Kriege aufgewachsen, in diese Mordeideologie hineingelassen, hineingeworfen wurde.

Doch ist bei der Tat Soupals wohl darauf zu achten, was er über die Tat sagt und was ihm zur Last gelegt wird. Er wollte Dr. Raslin sicher nicht ermorden. Wie haben zummindest keine Anhaltspunkte, daß er es hätte tun wollen. Die Protokolle der Polizei stellen sich in das rechte Licht, wenn man erwägt, welche Affäre die Polizei aus dem Morde macht. Ein weit verzweigter Mordplan wurde „aufgedeckt“, Mütter gefunden, bis sich der Staatsanwalt schließlich genötigt sah, das Verfahren gegen einige Personen einzustellen, weil die Polizei wieder einmal zu weit gegangen war. Wir müssen bedenken, aus welchen Verhältnissen Soupal aufgewachsen ist. Er sah die Not seiner Landsleute im böhmisch-mährischen Höhenzug, das Schicksal der hungernden Weiber ging ihm zu Herzen. Und dann hörte er von Attentaten — Sarajewo, Jaures, Stürgkh, Rathenau — und konnte auch lesen, daß die einen die Täter verherrlichten, während sie die andern verurteilten. Und darum: Solange wir Menschen nicht jeden Mord rückwärts verurteilen, solange müssen wir es für möglich halten, daß ein junger, unruher Mann dann nicht

weiß, was erlaubt und was nicht erlaubt ist. Der Gerichtshof möge den Angeklagten nach dem Rechte verurteilen. Da Soupal es abgelehnt hat, sich selbst zu verteidigen, so bringe ich ein Schreiben zur Verlesung, das seine Verteidigung enthält. Es lautet (Wir bringen das Schreiben auszugeweiht. Anmerk. der Red.):

Ich bin das Werkzeug des Schicksals geworden und ich schäme mich nicht dafür. Die Schuld der Menschen entspringt nicht nur aus der Geschichte, sondern auch aus Perioden harter und gewalttätiger Barden, in die die Zeit geschlagen wird. Der steigende Nationalismus und der rasch aufgeblühte tschechische Kapitalismus haben auf uns solche Ketten geworfen. Wir Jungen wuchsen empor aus einer Zeit großer Aufregungen. Wir erlebten es, daß Millionen im fremden Dienste starben und daß niemand die Mörder richtete. Ich träumte von einem großen und schönen Leben des befreiten Volkes. Und ich glaubte durch den Schutz gegen Raslin eines der Hindernisse hinwegzuräumen, das dem Aufleben des tschechischen arbeitenden Volkes im Wege stand. Meine Richter werden sagen, daß ich einen Mensch ermordet habe, meine Freunde, daß ich einen Fehler getan. Ich wollte jedoch nicht morden. Die Zukunft wird erst zeigen, ob ich durch meine Tat ins Rad der Weltgeschichte eingegriffen, oder nur in das Leben eines Einzelnen. Was habe ich aus meiner Jugend gemacht? Ich habe aus ihr ein Gefängnis gemacht, ich machte aus ihr einen Schmerz. Ich wollte nicht Raslin, ich wollte die Zinobant ermorden. Ich zielte gegen einen Menschen, der rücksichtslos über menschlichen Kummer und menschliche Tränen schritt, aber ich wollte das vernichten, was er repräsentierte: Den Kapitalismus, der Tausende meiner Brüder würgte. Das war mein Wille und meine Schuld. Ich bebauere Dr. Raslin, wenn er starb und kein System geblieben ist. Nicht mich Richter, das zweitemal wird mich die Geschichte richten!

Tages-Neuigkeiten.

Der Alte.

Jeden Morgen bringt sie ihn sorgsam im alten abgenutzten Fahrstuhl gefahren. Das Alter hat ihr den Rücken gekrümmert; fünfzig Jahre sind sie zusammen durchs Leben gegangen in schwerer Fron. Beide haben geschafft und gespart und vom fargen Lohne im Laufe der Jahre ein Stämmchen aufgespart, das ihnen den Lebensabend erleichtern helfen sollte. Wie stolz waren sie beide auf das kleine Kapital gewesen! Und heute ist's aufgebraucht bis auf den letzten Papierschein und leer und freudlos sind die Tage der beiden Alten geworden.

Mit ihren schwachen Kräften hebt die Alte, den Fahrstuhl mühsam rückwärts ziehend, das kleine Rad des Fahrstuhls auf den Bürgersteig, die Last des Wagens nachziehend. Unter einer breit ausladenden Kastanie, dicht an den Stamm, stellt sie den Wagen, glättet noch einmal die Decke, wickelt die Füße des Alten gut ein und streichelt ihm mit den zitternden, gichtischen Händen die faltigen Wangen.

Dann steigt der alte Arbeitsinvalide, die Riste mit den Streichholzschäften auf dem Schoß, den Blick ins Leere gerichtet, allein im Schatten der Kastanie. Es ist eine vornehme Gegend, wo sein Fahrstuhl steht. Das Leben der Großstadt flutet vorüber; leichtfüßig und sorglos, stierend und schwaugend, lärmend und lachend, als ob eitel Sonnenschein alle Welt erfülle, zieht die glücklichere Welt dem nahen Parke zu, wo Vergnügen und Zertrümmerung loden. Gedankenlos gehen Tausende an dem Alten vorüber, mancher wirft gönnerhaft und nachlässig eine Münze in die abgegriffene Zigarrenkiste. Es sind Almosen, die sauer sind als sauer verdienter Lohn. Und mit dem Einbruch der Dämmerung kommt wieder das Mitternachten, läßt den Wagen, als ob er Zerbrechliches enthielte, sorgfältig auf den Fahrbaum gleiten und fährt ihren alten Kameraden heim, eine Wegstunde in die Vorstadt.

Und am nächsten Morgen steht sein Wagen wieder dort — Tag für Tag, in endlosem, gleichmäßig, bis zum Ende...

Das neue Europa.

Infolge der endgültigen Festsetzung der neuen Grenzen und der Vornahme von Volkszählungen in fast allen Staaten ist es nunmehr möglich, ein statistisches Bild des neuen Europa zu geben, wie es aus all den Dutzend Verträgen und Abkommen hervorgegangen ist. Die Fläche und die Bevölkerungszahl der einzelnen Staaten ist folgende:

Table with 4 columns: Country, Area (km²), Population, Population per km². Includes Russia, Germany, France, Italy, Spain, etc.

Das Urteil.

Nach dem Plaidoyer Dr. Vlehas zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und verkündete um 8 Uhr 15 Min. das Urteil:

Josef Soupal ist des Mordmordes schuldig und wird zu 18 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die Kerkerhaft wird verleşrt durch eine Feste vierteljährlich und Duntleşaft am 5. Jänner jedes Jahres. Gleichzeitig wird der Verlust des Wahlrechtes und die Verpflichtung zum Ersatz der Kosten des Strafverfahrens ausgesprochen.

In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß Soupal die Mordabsicht bei seiner Tat gehabt habe. Teils habe er diese Absicht selbst eingestanden, teils sei sie aus den Beweggründen ersichtlich, die ihn zur Tat geführt haben. Das Gericht habe beim Strafausmaß nicht das Schutzgele in Anwendung gebracht, sondern sich an die bestehenden Strafgese gehalten. Ausgeschlossen für dieses Vorgehen sei gewesen, daß die Tat Soupals vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutz der Republik geschahen sei. Beim Strafausmaß war der große Schaden, den die Republik erlitt, belastend.

Nach der Verkündung des Urteils erklärte der Angeklagte, der völlig ruhig blieb, daß er mit seinem Verteidiger beraten werde, ob er das Urteil annehmen solle oder nicht.

Im Zusauertraume wurden bei der Urteilsverkündung Stimmen des Entsetzens über die Höhe des Strafausmaßes laut.

Die Abendblätter des „Ceske Slovo“ und „Pravo Lidu“ verließen der Verlesung, weil sie ein Bild Soupals brachten, was nach § 16 des Schutzgesetzes verboten ist. Wegen die beiden Blätter wird das Strafverfahren eingeleitet werden.

Neben diesen 30 souveränen Staaten (Zsland ist nur als Dominion mit dem britischen Weltreich, Zsland nur durch Personalunion mit Dänemark verbunden), existieren noch einige Gebiete unter der Oberhoheit des Völkerrundes (Saargebiet: 1900 Quadratkilometer mit 676.000 Einw., Danzig 1900 Quadratkilometer mit 357.000 Einw.) und einige Kleinstaaten (Fiume mit 65.000, Monaco mit 23.000, San Marino mit 12.000, Liechtenstein mit 11.000 und Andorra mit 5000 Einw.). Kolonialgebiete in Europa besitzen England (Gibraltar und Malta, zusammen 300 Quadratkilometer mit 232.000 Einw.) und Italien (Rhodos und Dodekanes, zusammen 2600 Quadratkilometer mit 100.000 Einwohnern).

Ganz Europa zählt heute 442,5 Millionen Menschen, während es bei Beginn des Weltkrieges 467,5 Millionen waren. Der Rückgang beträgt also 25 Millionen.

Die deutsche Lehrerbildungsanstalt in Troppau bleibt bestehen. Wie bekannt, war nach der vor kurzem verfügte Einstellung der Aufnahme von Schülern in die deutsche Lehrerbildungsanstalt in Troppau diese vom Schulministerium zur endgültigen Auflösung bestimmt. Den Bemühungen des Schulausschusses des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper ist es gelungen, diese Anstalt zu erhalten. Nach den im Ministerium abgeschlossenen Vereinbarungen bleibt die deutsche Lehrerbildungsanstalt in Troppau bestehen und wird nach Wiedereintritt des Lehrbedarfs wieder zu einer vollständigen Lehrerbildungsanstalt mit vier Jahrgängen ausgebaut werden. Es erscheint dadurch die Gefahr beseitigt, daß Schlesien seine einzige deutsche Lehrerbildungsanstalt verliere. Eine weitere Gefahr drohte dem schlesischen Mittelschulwesen durch die im Ministerium geplante Auflösung des deutschen Gymnasiums in Weidenau. Auch hier gelang es, die Gefahr abzuwenden und die Erhaltung des deutschen Unterghmnasiums in Weidenau im Schulministerium zu sichern. Einen dritten Erfolg erzielte der Schulausschuß dadurch, daß es ihm gelang, im Schulministerium den Widerstand gegen die Errichtung deutscher Privatschulen in Sültzhiner Ländern zu beseitigen. Laut dem im Ministerium getroffenen Vereinbarungen werden die die Errichtung der Privatschulen behindernden Bestimmungen der Regierungsverordnung vom 4. Mai 1920 außer Kraft gesetzt. Es steht ferner zu erwarten, daß bereits mit Beginn des nächsten Schuljahres eine deutsche Privatschule im Sültzhin zur Eröffnung gelangt.

Fünf tschechische Spieltheater auch in Marienbad? Der Direktor des Ostrauer tschechischen Theaters teilte dieser Tage der Theaterleitung in Marienbad mit, er hätte von der Regierung die Bewilligung erhalten, vom 27. Juli bis 10. August, also durch 14 Tage, in Marienbad tschechische Vorstellungen zu geben. Auf den Protest der Marienbader Direktion hin reduzierte der Ostrauer Direktor dann seine Ansprüche auf fünf Tage, die aber auf, in die Hochsaison fallen sollen.

Klosterchwestern, die Grabsteine stehlen. Dieser Tage wurden, so berichtet die „Arbeiterzeitung“, zwei Klosterchwestern im Weidlinger Friedhof ertappt, als sie von Grabern Blumen entwendeten; die beiden Gottesdienerinnen wurden in die Verwaltungskanzlei des Friedhofes geleitet und dann von Wachorganen auf die Wachstube gebracht. Hier wurden sie nach ihren Namen befragt, sie gaben aber nur ihre Klosternamen an. Gefragt, warum sie Blumen von den Grabern der Armen entwendeten, gaben sie an, daß sie die Blumen zur Ausschmückung von Heiligenbildern brauchen. — Es ist eine nette Frömmigkeit, die in den Klöstern gedeiht, wenn die heiligen Damen, um dem Fettschmuck zu fröhnen, den sie mit den Heiligenbildern treiben und den sie für Frömmigkeit anzusehen erziehen werden, gar zur Bestehlung von Grabern greifen.

Für die Trennung der Kirche von Staat und Schule. Am 6. Juli, am Todestage Johann Sus', findet in Komotau eine Kundgebung für die Trennung der Kirche von Staat und Schule statt, die gemeinsam vom proletarischen Freidenkerbund, von der Bezirksorganisation der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, von der tschechischen sozialdemokratischen und sozialistischen Partei veranstaltet wird.

Radium-Diebstahl. Aus Budapest wird gemeldet: Dienstag wurden aus dem neuen Sankt Johannsspital zwei Milligramm Radium auf bisher unaufgeklärte Weise gestohlen. Das entwendete Radium, das erst vor kurzer Zeit aus Sochimstal hierher gebracht wurde, repräsentiert einen Wert von 10 Millionen Kronen.

Frauen dürfen Trauzeugen sein. Der § 75 des Allg. b. G. bestimmt, daß die feierliche Erklärung der Einwilligung vor dem betreffenden Seelsorger etc. in Gegenwart zweier Zeugen erfolgen muß. Analoges ist für die Ziviltrauung bestimmt. Auf eine Anfrage, ob diese Zeugen dem männlichen Geschlecht angehören müssen, antwortete nun die positive Landesverwaltung in Briinn, daß eine positive gesetzliche Bestimmung nicht besteht, die den Frauen die Fähigkeit der Zeugenschaft bei Trauungen absprechen würde.

Gute Ernte in der Ukraine und in Rußland. Aus Moskau wird gemeldet: Das Erntergebnis in der Ukraine verspricht den Durchschnitt zu überschreiten und wird auf 13,5 Millionen Tonnen geschätzt, von denen mehr als eine Million Tonnen als Exportüberschuß angesehen werden kann. Die heutige Ernte ist dank der fruchtbareren Jahre und der Vergrößerung der Saatlfläche um 1,5 Millionen Acres größer als im vergangenen Jahre. — Infolge Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den im vergangenen Jahre vom Hunger heimgesuchten Gebieten sowie infolge der Aussichten auf eine gute Ernte hat das allrussische Zentralerekutivkomitee die Kommission zur Liquidierung der Folgen der Hungerpest aufgelöst.

Präsident Masaryk ist Dienstag nachts von seiner Mittelmeerreise in die Republik zurückgekehrt und traf gestern abends in Lana ein.

Die Entforstung der Welt. Eine Uebersicht über die Fortbestände der Welt läßt keinen Zweifel darüber, daß die Verarmung der internationalen Waldwirtschaft geradezu rapide Fortschritte macht. Europa ist schon längst nicht mehr imstande, seinen Holzbedarf aus der eigenen Erzeugung zu decken, muß vielmehr Holz aus allen Erdteilen in großen Mengen einführen. Auch Asien ist im Vergleich zu seiner großen Ausdehnung arm an Wäldern. Es besitzt zwar in Sibirien noch einen gewaltigen Waldbestand, den man aber bereits stark abholzen beginnt. Von anderen Gebieten ist wenig zu erhoffen. Die Türkei, Persien, Turkestan, Arabien und Afghanistan werden im wahren Sinne des Wortes von Bäumen entblüht. Indochina und Annam leiden unter gewaltiger Dürre und infolge der Abholzung an regelmäßig wiederkehrenden Missernten. Die Mitte Asiens ist eine Wüste, China kann nur schwer seinen eigenen Bedarf decken und auch Japan sieht sich außerstande, Holz auszuführen; es muß Holz vielmehr in großem Umfang einführen. Afrika besitzt allerdings in seiner äquatorialen Zone noch verhältnismäßig große, im Urzustand befindliche Waldreserven, die sich über den Oberlauf des Nil, Dahomey und den Kongo westwärts bis zum Atlantik erstrecken. Der ganze übrige Rest aber ist bereits verwüßt. Ägypten lebt ausschließlich von Holzeinfuhr. In Ostafrika sind Wälder nahezu unbekannt und alle übrigen Staaten Südafrikas, das glatt ist wie der Rücken einer Hand, sind gezwungen, sich Holz von weither zu verschaffen. Sie beziehen ihr Bauholz selbst von Schweden. Australien ist in seinem mittleren Teil ebenfalls von Holz entblüht und überdies für die Aufforstung ungeeignet. In der Randzone ist es allerdings reich mit Wald bedacht, aber auch hier hat die Raubwirtschaft bereits ungeheure Schäden angerichtet. So ist es Amerika allein, das vor allem in Kanada über den größten Holzvorrat verfügt. Aber ein riesiger Ausfuhrhandel sorgt auch hier dafür, daß die Verarmung ständig Fortschritte macht. In dieser Beziehung braucht man nur darauf hinzuweisen, daß in zwei Jahrhunderten hier Holzungen verbraucht wurden, so groß, wie sie Europa kaum in 20 Jahrhunderten verbraucht hat. Das gilt auch für Südamerika und sein reichstes Holzland Brasilien.

Die Eichwalder Mordtat. Vor einigen Tagen wurde von der Prager Polizei ein Landstreicher aufgegriffen, der sich Reinhold Müller, zuständig nach Böhmen-Leipa nannte und bei dem auch eine Pfeiffersäge der Holzstraße Hainwald-Eichwald, mit einer ausführenden Spitze von Eichwald fand. Die Erhebungen ergaben, daß seine Angaben falsch und daß er mit einem der Berliner Kriminalpolizei wohl bekannten Schwerverbrecher namens Vinzenz

Matuszynski identisch sei. Es besteht auch der Verdacht, daß Matuszynski an der Eichwalder Mordtat beteiligt war. Er wurde dem Prager Kreisgerichte übergeben.

Einbruch in eine Gemeindefanzlei. In der Nacht auf Montag wurde in die Gemeindefanzlei in Steunowich bei Pilsen ein Einbruch verübt. Die bisher unbekannt Täter sprangen die eiserne Kassa und raubten daraus einen Betrag von 20.502 K und 11 Sparkassabücher. Ein Schulmädchen fand die Sparkassabücher und übergab sie der Gendarmerie. Auf diese Weise wurde der Einbruch überhaupt erst entdeckt.

Tödliche Unglücksfälle. Der in Teplich bei Weiskirchen zu Besuch weilende Quinlaner der Realschule in Olmütz Leop. Indraal aus Roklitz wollte ein Bad nehmen und sprang so unglücklich ins Wasser, daß er sich an einem Stein die Schädeldecke zerschmetterte. — In Loun spielte der 15-jährige Zimmermannslehrling Wenzel Benz mit einem geladenen Revolver, als plötzlich ein Schuß ertönte und der Sohn des Meisters, der 16-jährige Fr. Sevedil, mitten ins Herz getroffen, tot zusammenbrach.

Kleine Chronik.

Inseln aus ewigem Eis. Im ganzen Norden Sibiriens gibt es überall unter der Oberfläche des Bodens eine fest gefrorene, mit Eisblöcken untermischte Erdschicht, die niemals auftaut. Im nördlichen Teil des Landes zeigt dieses Phänomen seine höchste Intensität. So gibt es in Jakutsk, der am linken Ufer des Lena gelegenen Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, keine Brunnen. Die Einwohner sind genötigt, im Sommer ihren Durst aus dem Wasser des Flusses zu stillen und im Winter geschmolzenes Schneewasser zu trinken. Denn der Boden, auf dem diese kälteste Stadt der Welt steht, ist auch während des Sommers hartgefroren. Geht man noch weiter nach Norden, so findet man unter dem gestörten Boden eine Eisschicht, die in dem Grade an Stärke zunimmt, in der man sich dem Eismeer nähert. Auf dem Wasser des nördlichen Eismeeres selbst finden sich Eisschichten an, die mit Schichten gefrorener Erde wechseln. Noch eigenartiger aber sind die Eisseln in der Nähe der sibirischen Küste. Sie bestehen aus Lagerungen festen Eises, das mit einer dünnen Schicht Erde überdeckt ist, einer Schicht, auf der sich in dem kurzen arktischen Sommer eine in lebhaften Farben leuchtende Flora von Gras und Moos bildet. Man findet auf diesen Inseln Seen, auf deren Spiegel Eisbänke schwimmen, die niemals schmelzen. Die Küsten des Eismeeres sind überall von riesigen Eisbänken umsäumt. Es handelt sich dabei aber nicht etwa um treibende Eisberge, sondern um Eismassen, die sich an Ort und Stelle gebildet haben, um niemals zu schmelzen. Auf den Lialhowschen und auf den neubirischen Inseln erheben sich hohe, aus Eis gebildete Hügel, und zwar nicht nur an den Küsten, sondern auch im Innern. Tott, der diese Inseln in den Jahren 1886 und 1893 besucht hat, konnte feststellen, daß das Eis, aus dem sie gebildet sind, überall eine körnige Struktur zeigt und deshalb nicht aus Schnee entstanden sein kann.

Stropfversuche an Tieren. Im Gegensatz zu den Pflanzen, die den Bestrebungen des Gärtner-einzeln Teile eines lebenden Pflanzenkörpers auf einen anderen zu übertragen, sie zu „transplantieren“ und beide zum Verwachsen zu bringen, nur wenig Widerstand entgegenzubringen pflegen, ist eine solche Vereinigung in der Tierwelt viel schwieriger. Zwar macht die moderne Chirurgie durch die Transplantation lebenden Gewebes heute weitgehenden Gebrauch, aber es handelt sich hier entweder nur um Gewebe desselben Individuums, die von einer Zelle des Körpers auf eine andere übertragen werden, oder doch nur um kleinere Stücke lebender Zellmassen. Ein klassisches Versuchobjekt für solche Verwachsungsversuche ist ein harmloser Dunkelmann, unser Regenwurm, geworden. Zahlreiche Versuche aus früheren Jahren haben gezeigt, daß es unter Beobachtung der nötigen Vorsichtsmaßregeln möglich ist, zwei Kopfsenden und ebenso zwei Schwanzenden desselben Tieres zur Verwachsung zu bringen oder in das zerschnittene Tier ein neues Mittelstück eines Angehörigen derselben oder einer verwandten Art einzufügen oder die Bauchseite des Vorderendes mit der Rückseite des hinteren Teils zu vereinigen, und meist zeigte es sich, daß die so oder ähnlich behandelten Tiere noch monatelang, ja Jahre hindurch weiterlebten. Nur mit den aus zwei Kopfstücken oder zwei Schwanzenden zusammengesetzten Tieren hatte das aus begreiflichen Gründen seine Schwierigkeit. Hier setzten die Versuche E. Rudolfs ein, die im Archiv für Entwicklungsmechanik veröffentlicht wurden. Er schnitt zwei verschiedene Arten von Regenwürmern die Köpfe ab und vereinigte die beiden kopflosen Schwanzenden, was ohne Schwierigkeit gelang. Dann wurde das eine wieder gekürzt, und es bildete sich nach kurzer Zeit an der Schnittstelle ein neuer Kopf, so daß das Hinterende des früheren Wurmes zum Kopfende wurde. Ein zweiter Kopf entstand aus der Narbe der ersten Verwachsungsstelle, und beide dienten wahrscheinlich der Ernährung. Auf diese und ähnliche Weise hat Rudolfs etwa 1000 Würmer operiert; nicht immer zeigte sich bei diesen Experimenten die Fähigkeit des Weiterlebens gleich ausgebildet, und das ist ja auch erklärlich. Daß gerade unser Regenwurm eine so große Widerstandsfähigkeit gegen die geschäderten operativen Eingriffe zeigt, ist wohl daraus abzuleiten, daß es bei seinem Leben in der Erde oft vorkommen wird, daß einer seiner Feinde, vor allem der Maulwurf, manchmal Stücke des Tieres einfach abbeißt. Der Wurm wäre jedesmal dem Tode verfallen, wenn er nicht die Möglichkeit besäße, die verloren gegangenen Körperteile leicht wieder zu ersetzen.

Telegramme.

Die Bergarbeiter feiern am Hus-Tag. Mähr.-Ostrau, 4. Juli. Nach der Sozialdemokratischen Korrespondenz, hat der Bergarbeiterverband die Direktorenkonferenz des Ostrauer Karwiner Reviers ersucht, daß am 6. Juli (Hus-Tag) nicht gearbeitet werde. Dafür soll morgen (Cyrril und Method, mähr. Landesfeiertag) gearbeitet werden. Das Sekretariat erhielt eine ablehnende Antwort. Die Direktorenkonferenz verlangt, daß gemäß dem Kollektivvertrag an beiden Tagen gearbeitet werde. Wie die Korrespondenz erfährt, wird zufolge Beschlusses des Bergarbeiterverbandes am 6. Juli auf den Gruben nicht gearbeitet werden.

Das alte Lied. Paris, 3. Juli. (Tsch. P.-B.) Die heutige Kammerdebatte galt dem Budget der Ausgaben für den Wiederaufbau. Der Berichterstatter, Abg. Chymond, kündigte an, daß dieses Budget sich in diesem Jahre auf 13.316.824.493 Francs beläuft. Er sprach von dem schlechten Willen Deutschlands. Frankreich habe bis jetzt rund 100 und Belgien 50 Milliarden für das Konto Deutschlands vorgeschossen. Beide Nationen hätten noch die Hälfte ihrer Schäden zu reparieren. Die letzten deutschen Vorschläge seien eine Enttäuschung für alle Alliierten gewesen. Die von Deutschland angewendeten Methoden verfolgten den Zweck, ihm zu gestatten, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Der Berichterstatter nennt die Wirtschaftslage Deutschlands blühend (!). Deutschlands Produktion sei im fortgeschrittenen Steigen begriffen, seine Handelsflotte vermehre sich, der Reichtum der deutschen Großkapitalisten steige in dem Maße, in dem die Finanznot des Reiches sich vergrößere. Deutschland habe nicht nur keine Bemühungen unternommen, um sein Budget auszugleichen, sondern durch eine Inflation den Zusammenbruch der Mark herbeigeführt. Es tue nicht einmal das Erforderliche, um die Steuern einzusparen. Auch hier wird der Versailler Vertrag schändlich verletzt, da die französischen Steuerträger weit stärker belastet seien als die Deutschen.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung ergreift der Abg. Jughels (sozialistische Partei) das Wort. Bereits des öfteren habe er über die Benachteiligung der kleineren und mittleren Geschädigten bei der Regulierung durch die Regierung Beschwerde geführt. Eine weitverzweigte Organisation, die sogen. Vereinigung der Geschädigten, habe skandalöse Spekulationsverdienste erzielt. Der Wiederaufbauminister Reibel erklärte, daß er morgen auf sämtliche Angaben des Vortredners erwidern werde, er könne jedoch schon jetzt sagen, daß bis jetzt sämtliche von dem Abgeordneten angeführten Behauptungen untersucht wurden und keine einzige der Anklagen als berechtigt bezeichnet werden könne. Die Debatte wurde hierauf auf morgen vertagt.

Runtius Baccelli beim Reichszanzer.

Berlin, 4. Juli. Der Reichszanzer hat beim heutigen Empfang des päpstlichen Runtius Baccelli auf den Wunsch der Kurie nach einer Beurteilung der Sabotageakte im Ruhrgebiet durch die deutsche Regierung durchblicken lassen, daß die deutsche Regierung wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages diesem Wunsche Rechnung tragen wird. Wie der Vertreter des tschechoslowakischen Preßbüros erwidert, soll dies in einer Form geschehen, die zugleich die Verantwortung für den Fall in Duisburg überhaupt ablehnt. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst spricht die Befürchtung aus, daß die beabsichtigte allgemeine Erklärung gegen die Dynamitattentate nur formellen Charakter haben werde und verlangt eine politische Abgabe an die Verbrecher.

Die sozialdemokratische Fraktion beim Reichszanzer.

Berlin, 4. Juli. (Eigenbericht.) Der Reichszanzer empfing heute Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Erörterungen betrafen die letzten Ereignisse im Ruhrgebiet und namentlich die Sabotageakte. Die Sozialdemokraten ließen keinen Zweifel darüber, daß sie eine entscheidende Erklärung der Regierung gegen die nationalsozialistischen Attentate und Sabotageakte erwarten und noch im Laufe dieser Woche eine politische Debatte im Reichstage verlangen. Die Regierung ist einer außerpolitischen Debatte abgeneigt. Die Entscheidung wird der nächsten Rat des Reichstages Donnerstag fallen.

Gegen die Sabotage-akte.

Berlin, 3. Juli. (Eigenbericht.) Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat heute eine scharfe Erklärung gegen die Sabotage- und Attentatspolitik beschlossen. Er fordert von der Regierung die schärfsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Sabotageakte.

Verdoppelung der Lebenshaltung in Deutschland.

Berlin, 4. Juli. Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung stellt sich nach Feststellung des statistischen Reichsamtes im Durchschnitt im Monat Juni auf 7650 gegen 3816 im Mai. Die Steigerung gegenüber dem Vormonate beträgt somit 100,5 Prozent.

Der nationalsozialistische Banditenmord.

Vierzehn Hakenkreuzer verhaftet. — Das Konvikt der P. P. Nazisten als Unterschluß für Mordwerkzeuge.

Wien, 4. Juli. (Eigenbericht.) Die Polizei hat bisher im Zusammenhang mit der Ermordung des Hakenkreuzlers Karger vierzehn Personen verhaftet. Unter den Verhafteten spielt neben Nowosad ein etwa zwanzigjähriger junger Mann eine Rolle, der sich Heinrich Freund nennt. Es scheint aber, daß dies nicht sein wirklicher Name ist. Die Polizei hat festgestellt, daß in Wien drei nationalsozialistische Sturmgruppen vorhanden sind. Die erste ist die Schlagetergruppe, die zweite die Nowosadgruppe, und die dritte die Krügergruppe. Die Stoktruppe, die der Heinrich Freund leitet, wurde ursprünglich von einem gewissen Rössler gegründet, der ebenfalls verhaftet ist. Freund ist erst in der letzten Zeit nach Wien gekommen und hat es verstanden, in diesem Verband rasch eine führende Rolle zu spielen. Bei der Nowosadgruppe hat auch ein Zendinger Hilters namens Lechner eine Rolle gespielt, der aber vor kurzem von der Polizei ausgewiesen wurde. Im Zusammenhang mit dieser Mordtat wurde auch der Nationalsozialist Krüger verhaftet. Krüger war ein früherer Offizier und wohnte im Gebäude des Paristenkonvikts als Untermieter. Die Mutter des Nowosad sagte bei der Polizei aus, ihr Sohn habe ihr zu einer Zeit, als die Mordtat bereits aufgedeckt war, gesagt, er ginge zu Krüger, um sich bei diesem Rat zu holen. Darauf wurde Krüger verhaftet und man fand bei ihm neun Gewehre, eine Anzahl Revolver und Munition. Gleichzeitig mit Nowosad wurde auch der einundzwanzigjährige Privatbeamte Julius Brunner und der dreizehnjährige Student Karl Jugendfreund verhaftet. Ihnen gegenüber hat sich Nowosad wiederholt geäußert, er wolle Karger erledigen. Nach der Tat hat Nowosad dem Brunner den Dolch zur Verwahrung übergeben. Mit dem englischen Heinrich Freund wurde auch dessen Bruder, der Student Walter Freund, verhaftet, der ebenfalls in den Mordplan verwickelt war.

Eine Sowjet-Note an die Belgrader Regierung.

Moskau, 4. Juli. (M.) Die Sowjetregierung hat in einer besonderen Note die Aufmerksamkeit der Belgrader Regierung darauf gelenkt, daß General Wrangel zur Deckung seiner persönlichen Ausgaben sich des Inventars der Petersburger Sparkassa (im französischen Text der Depesche heißt es: „Caisse de prêts“) bedient, dessen er sich bei der Flucht aus Rußland bemächtigt hat und das zum Teile aus Forderungen von Privatpersonen, zum Teile aus staatlichen Wertpapieren besteht. Die Sowjetregierung konstatiert in ihrer Note, daß General Wrangel auf diese Weise die Besitzer der Pfandobjekte der Möglichkeit beraubt hat, die Verordnung der Sowjetregierung, zufolge der Klienten der Sparkassa unter gewissen Bedingungen das Recht zugesprochen wird, ihr verpfändetes Eigentum wieder zurückzuerhalten, für sich in Anwendung zu bringen. In der Note wird weiter erklärt, daß dem General nur dank der Untätigkeit der Belgrader Regierung der Verkauf dieser Werte ermöglicht wurde, und daß die russische Regierung deshalb die gesamte Verantwortung auf die Belgrader Regierung abwälzt. Gleichzeitig wird die Belgrader Regierung aufgefordert, etwa vorhandene Reste dieser Werte in Verwahrung zu nehmen und sie bei der nächsten Gelegenheit der russischen Regierung zurückzuerstatten.

Der Brief des Patriarchen Tichon.

Moskau, 4. Juli. (M.) Patriarch Tichon hat, wie bereits gemeldet, an die Geistlichkeit und die Gläubigen einen Brief gerichtet, in welchem er sich gegen die Führer der Reformation wendet und den Beschluß des Konzils, durch den er vom Patriarchat entbunden und des Mönchtums entseidigt wird, als nichtig erklärt. Tichon sagt in seinem Briefe u. a.: „Zeit meinen Angriffen gegen die Sowjetmacht hat sich viel geändert. Beispielsweise ist es gegenwärtig angebracht, die Sowjetregierung um Schonung der in Polen verfolgten orthodoxen Russen anzusprechen. Tatsächlich trägt die Gesellschaft, welche mich dazu anspornte, Schuld an den Verbrechen, die ich begangen habe. Ich erkläre allen Monarchisten und Weiskardisten im Inland und im Ausland, daß alle ihre Anstrengungen vergeblich sind, weil ich alle ihre Angriffe auf die Sowjetmacht verurteile. Mögen diese Leute begreifen, daß ich kein Feind der Sowjetmacht bin und daß ich das wahre Wesen der gegen sie gerichteten Verleumdungen begriffen habe. Die Behauptungen über meine Forderung sind gänzlich erlogen.“

Der Streit um Tanger.

London, 4. Juli. Die englisch-französisch-spanische Sachverständigenkonferenz über die Frage von Tanger wurde gestern auf unbestimmte Zeit vertagt. Die „Daily Mail“ sagt, entweder seien die Schwierigkeiten nicht beseitigt worden, oder es hätten sich neue ergeben. Auf jeden Fall seien die Sachverständigen gezwungen, ihre Regierungen um neue Instruktionen zu ersuchen.

Vollwirtschaft und Sozialpolitik

Abschluss des neuen Kollektivvertrages in der Papierindustrie!

Nach zweitägigen schwierigen Verhandlungen wurde gestern in den Abendstunden der neue Kollektivvertrag für die Papierindustrie der ganzen Tschechoslowakei abgeschlossen. An dem Vertragsabschluss waren seitens der Arbeiterschaft der Aufsteiger Verband der chemischen Arbeiter, ferner für die tschechischen und slowakischen Betriebe der kommunistische allgewerkschaftliche Verband und der tschechische sozialdemokratische Verband verschiedene Verufe beteiligt. Von den zahlreichen Forderungen, mit denen die Unternehmer zu den Verhandlungen anrückten, und die eine weitgehende Vertragsverschlechterung bezweckten, hebt wir hervor: Kürzung der Entlohnung für Überstunden und der Sonn- und Feiertagsarbeit, wesentliche Verschlechterung der Urlaubbestimmungen, Wegfall aller bisherigen Begünstigungen, sowie eine Reihe Forderungen prinzipieller Natur, wie zum Beispiel die Einschränkung der Rechte der Arbeitervertretungen in den Betrieben.

Es gelang den Arbeitervertretern, alle Vertragsbestimmungen im bisherigen Ausmaße aufrecht zu erhalten mit Ausnahme der Bezahlung der Überzeit. Die Bezahlung der Überzeitarbeit wurde, wie in fast allen Industriezweigen, mit einem 25 Prozent, die Sonn- und Feiertagsarbeit mit einem 50 bzw. 100prozentigen Zuschlag zum Stundenlohn festgesetzt. Die Urlaubsbestimmungen und alle anderen Begünstigungen, die der alte Vertrag vorgegeben hat, bleiben unverändert. Der neue Kollektivvertrag tritt am 16. Juli dieses Jahres in Kraft und löst vom 1. Juni 1924 nicht gekündigt werden. Mit Rücksicht auf die äußerst schwierigen Verhältnisse in der tschechischen Papierindustrie bedeutet dieser Vertragsabschluss, durch welchen das Arbeits- und Lohnverhältnis von über 12.000 Arbeitern geregelt wurde, einen anerkanntwertigen Erfolg der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen, vor allem unseres Aufsteiger Verbandes der chemischen Arbeiter, dem die Mehrzahl der in Betracht kommenden Arbeiter angeschlossen ist.

Vor einem Generalstreik in Deutschland.

Berufsstreit der Metallarbeiter und anderer Arbeitergruppen.

Die Berliner Funktionäre des Metallarbeiterverbandes haben Dienstag abends in einer Versammlung einstimmig beschlossen, den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch abzulehnen und die Ortsverwaltung zu beauftragen, unverzüglich die notwendigen Streikmaßnahmen zu treffen. Die Zimmerleute des Baugewerbes haben gleichzeitig für heute die Einstellung der Arbeit beschlossen. Unter den übrigen Bauarbeitern findet heute eine Abstimmung statt, die für oder gegen den Streik entscheiden soll. Eine spätere Meldung besagt, daß in der Metallindustrie der Generalstreik noch nicht ausgedehnt sei, doch seien bereits kleinere Teilstreiks in Berlin und im Vororte Oberschöneweide im Gange. Die Regierung bemüht sich aufs äußerste, den Ausbruch des Generalstreikes zu verhindern.

Leder- und Schuhwucherer gehen um! In den letzten Tagen konnte man in gewissen bürgerlichen Zeitungen eine Stimmungsmacherei für die sehr kühne Absicht unserer Lederindustriellen feststellen, die ihre trotz Krise sehr ergiebigen Bilanzsergebnisse durch eine Erhöhung der Lederpreise noch wesentlich aufzuräumen versuchen. Und zwar wollen die ehren- und dividendenreichen Lederwucherer zunächst um 10 Prozent mit einer zehnjährigen Preissteigerung vorlieb nehmen. Sie würden aber, scheint uns, mit sich reden lassen und unschwer den „Beweis“ erbringen, daß eine mehrprozentige Erhöhung für sie eine Lebensfrage bilde. Eine Verteuerung des Leders würde naturgemäß sofort eine Verteuerung der Schuhe und aller anderen Ledererzeugnisse zur Folge haben, und diese würde, da die nicht weniger schlauen Schuhindustriellen und -Händler es immer verstanden haben, an den Schuhen und an dem errechneten Teuerungszuschlag saftig zu verdienen, nicht eine zehnjährige, sondern eine doppelte und mehrfache sein. Es wäre die selbstverständliche Pflicht der zuständigen Behörde, also des Ernährungsministers, den Lederfabrikanten klarzumachen, daß sich deren wucherischem Aufschlag auf die Taschen der Bevölkerung keine Aussicht auf Verwirklichung bietet und noch mehr: daß jedem Berufs- und Handwerker, eine Verteuerung des Schuhwerks, dieses eminent wichtigen Volksbedürfnisgegenstandes, herbeizuführen, mit aller Schärfe begegnet würde. Wer in der Zeit furchtbarer Not, schredlichster Arbeitslosigkeit daran geht, die unumgänglichsten Lebens- und Bedarfsartikel leichtfertig zu verteuern, begeht ein Verbrechen an der ganzen Volksgemeinschaft. Man darf hoffen, daß es der organisierten Abwehr der Bevölkerung gelingen wird, die Pläne der Lederfabrikanten ebenso gründlich zu vereiteln, wie die ihrer gleichgesinnten Kumpans von der Zuckerbranche.

Die Einheitsfrontler am Werk. Die Kreisgewerkschaftskommission Krummauer hatte für den vergangenen Sonntag eine Versammlung einberufen, in welcher Genosse Bretsch (Kromtau) über die Betriebsauswahlgewahlen in der Papierfa-

brisk Pötschmühle sprechen sollte. Dieser Betrieb galt bisher als eine Hochburg der Kommunisten. Zeit weislich ist nun ein großes Abdröckeln der kommunistischen Organisation festzustellen, welche Tatsache im Verein mit der Mitgliederzunahme unserer Organisationen einen nervösen Zustand bei den Kommunisten erzeugte. Schon am Tage vor dem Stattfinden der Versammlung drohten die Kommunisten den Arbeitern, daß man es ihnen schon zeigen würde, wenn sie die Versammlung besuchen sollten. Raum eröffnete Genosse Kuppent die Versammlung, begannen schon unter Führung des als Soldatenschinder gekennzeichneten ehemaligen Leutnants und jetzigen kommunistischen Sekretärs Bauer einen wüsten Krakeel. Mit Bauer gab der Kommunist Hirsch das Signal, indem sie riefen: „Hier entscheiden wir, heute mißt ihr Euch unserem Terror fügen, wir sind die Mehrheit!“ Es war klar, daß es den Kommunisten um die Sprengung der Versammlung zu tun war. Als eine kleine Ruhepause eintrat, schilderte Bretsch in sachlicher Weise den Kampf der Sozialdemokraten um die Betriebsauswahlgewahlen, legte unsere Stellung und die der Kommunisten zu dem Geschehen dar und verwies in trefflicher Weise auf den Schaden, der dem Proletariat durch die kommunistische Taktik zugefügt wird. Bretsch Ausführungen waren den Kommunisten wiederum ein Anlaß zu Störungen. Nach Beendigung des einstündigen Referates brach ein ständiger Tumult los, der schließlich in Handgreiflichkeiten ausartete. Als Raubolde betätigten sich in besonders hervorragender Weise der kommunistische Stadtrat von Krummauer Zwieselhofer und die Kommunistin Kupp, welche die Genossen Rauba, Hilgert, Friedrich, Deigl und Daxler mit den Händen attackierten. Da der Tumult sich nicht legte, mußte Genosse Kuppent die Versammlung schließen. Die Hauptarrangements dieser wüsten Szenen und Versammlungssprenger waren der schon erwähnte Bauer, ferner seine Genossen Zwieselhofer, Jilau, Pospinger und Riba. Die Kommunisten haben den Krummauer Arbeitern eine Probe davon geliefert, was sie unter Einheitsfront verstehen. Sie glauben, ihre Mißerfolge und ihre Unfähigkeit nur durch brutale Gewalt, mit Stößen und mit Prügel wegzumachen. Es kann nicht übersehen werden, wenn sich die anständigen Arbeiter von Kommunisten von der Art der Krummauer Soldaten mit Abscheu abwenden und jeden Verkehr mit ihnen ablehnen.

Die Teuerungskatastrophe in Polen nimmt immer bedenklichere Formen an. Der Brotpreis wurde um 3000 Mark pro 1 Kilogramm erhöht. Der Inlandspreis für Rohle wurde um 80 Prozent erhöht. Fast in allen Industriezweigen sind neue Lohnkonflikte ausgebrochen. Der Streik der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Krakau und Stanislaw, den die sozialistische Presse einen „Hungerstreik“ nennt, dauert an. Als Nebenerscheinung der wachsenden Teuerung lasse sich neuerlich eine Verschärfung der Lage in der Industrie bemerken, welche hauptsächlich durch Bargeldmangel für Lohnauszahlungen hervorgerufen wird.

Wie in Schweden die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Aus Stockholm wird gemeldet: Die Zahl der Arbeitslosen hat sich vom Monat April auf den Monat Mai um 11.000 verringert und beträgt etwa 52.300 gegen 119.000 Arbeitslose im Monat Jänner. Etwa 14.000 Arbeiter wurden im Mai bei staatlichen Notstandsarbeiten beschäftigt. Der Kostenaufwand für diese Arbeiten betrug während fünf Monate 14,5 Millionen K. — Bei uns in der Tschechoslowakei wird nicht die Arbeitslosigkeit, sondern nur das Investitionsprogramm der Regierung abgebaut. Geld haben wir nur für Sanierungen verdrachter Koalitionsbanken und für die Bedürfnisse des Herrn Mittelhauser.

Wirkung des Achtstundentages auf den Alkoholverbrauch. Seit 1919 hat das französische Arbeitsamt Erhebungen über die Nutzung der Freizeit der Arbeiter angestellt. In Verbindung damit wurde festzustellen versucht, ob mit der Verkürzung der Arbeitszeit der Alkoholkonsum der Arbeiter zugenommen hat. Die Erhebungen ergaben jedoch eine entschiedene Abnahme des Alkoholverbrauchs bei der Arbeiterschaft, deren Interesse an Heimgärten, Sport, Berufsbildung und Bibliotheken infolge der längeren Freizeit wuchs. Zur Abnahme des Alkoholverbrauchs haben auch beigetragen: die bedeutende Preiserhöhung der alkoholischen Getränke, Herstellungs- und Verkaufsverbot für Abstinenz, Verbot der Eröffnung neuer Schänken, Verschärfung der Strafen bei öffentlicher Trunkenheit, Propagandatätigkeit durch Schulen und die Aufklärungsarbeit der Arbeiterorganisationen. Das Fernbleiben nach Sonn- und Feiertagen ist seltener und die Disziplin in den Betrieben ist seit Einführung des Achtstundentages besser geworden.

Organisation der Fabriksinspektion. Die Frage der allgemeinen Grundsätze für die Gestaltung der Fabriksinspektion wird auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz (zu Genf im Oktober 1923) verhandelt werden. In einem an die Regierung der Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation gerichteten Rundschreiben wird die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung dieses wichtigen Gegenstandes gelenkt und empfohlen, daß unter den beratenden Sachverständigen, die zu der Konferenz entsandt werden, auch ärztliche Fabriksaufsichtsbeamte und weibliche Sachverständige sein sollen. Im Statut der Internationalen Arbeitsorganisation ist bestimmt, daß wenigstens einer der beratenden Sachverständigen, die ein Staat zur Internationalen Arbeitskonferenz entsendet, dem weiblichen Geschlechte angehören soll, falls Fragen auf der Tagesordnung stehen, welche die

Frauen besonders betreffen. Ursprünglich war beabsichtigt gewesen, daß sich die Arbeitskonferenz von 1923 unter anderem auch mit der Frage der Gleichberechtigung einheimischer und fremder Arbeiter in bezug auf Unfallentschädigung befassen soll, doch wurde dieser Gegenstand, wie auch andere Angelegenheiten, auf die Konferenz von 1924 verschoben.

Devilskurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Wien	Chw. Krant	17.27.50
Berlin	Mark	4925.00
Wien	östr. Kr.	2120.00

Prager Kurse am 4. Juli.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1300 00	1304 00
10.000 Mark	1.82 50	2.82 50
100 belg. Franks	166.25 00	167.75 00
100 schweiz. Frant	574.75 00	577.25 00
1 Pfund Sterling	151.25 00	152.75 00
100 Lire	142.75 00	144.25 00
1 Dollar	38.15 00	38.50 00
100 franz. Franks	196.25 00	197.75 00
100 Dinar	36.25 00	36.75 00
10.000 ungar. Kronen	39.00 00	41.00 00
10.000 poln. Mark	3.10 00	3.60 00
10.000 österr. Kronen	4.50 00	5.00 00

Züricher Schlusskurse am 4. Juli.

	Gold	Ware
Paris	34.00 00	34.10 00
London	26.20 00	26.25 00
Berlin	0.60 34 00	0.60 38 00
Mailand	24.90 00	25.00 00
Sofia	224.00	224 75
Wien	0.00 81 00	0.00 81 50
Budapest	0.06 00	0.06 75
Braun	17.22 00	17.35 00
New York	5.73 00	5.75 00
Belgrad	6.10 00	6.22 50
Warschau	0.00 45 00	0.00 60 00

Kunst und Wissen.

Mozart-Jubel IV. („Figaros Hochzeit“, Neues deutsches Theater, 3. Juli 1923). Der diensttägige Operabend machte nicht nur unserem Theater Ehre, sondern auch unserer alten Prager Deutschen Mozart-Tradition. Das war endlich eine im Rahmen eines Jubel würdig aufgeführte Oper. Eine Aufführung von ebenso außerordentlicher stilistischer Geschlossenheit als musikalischer Sauberkeit und fast spielfähig hervorstechend nicht nur in der Besetzung der Hauptgesangsrollen, sondern auch der kleinen und kleinsten Nebenrollen. Ausgezeichnet waren vor allem die Damen: Frau Zichá als Gräfin von erlebter Stimmhöhe und Gesangskultur, Frau Schnitzing als ungemein stilanpassungsfähige, musikalisch und gefällig muttergütige Suzanne und Frä. Müller als warmherziger Poge Cherubin, dem wir es ob seiner besonders schön und empfindungsreich gesungenen beiden Arien diesmal noch verzeihen wollen, daß ihm die Apogee abermals verloren gegangen war. Unter den männlichen Darstellern ragte wie immer Herr Sterned (Figaro) hervor, während Herr Hagen als neuer Graf Almaviva dieser Partie nur darstellerisch und in der höheren Stimmhöhe gerecht zu werden vermochte. Als verantwortlicher Musikmeister des überaus stimmungsreichen Opernabends, an dem es sogar wiederholten Beifall des erstklassigen und zahlreich erschienenen Publikums bei offener Szene gab, waltete Alexander Zemlinsky seines Amtes, dem mit dieser Aufführung der Beweis gelang, daß wir unter seiner Führung der Oper um ein immer neues, trefflich zusammengestelltes Mozartensemble nicht bangen müssen. Hoffentlich ist diese Meister- und Musteroper in ihrer gegenwärtigen Besetzung und Aufmachung das nächste schöne Geschenk an unsere Prager deutsche Arbeiterschaft, für deren Bildung und Erbauung wir immer das Beste vom Besten zu reklamieren für unsere Pflicht halten. —ek.

Neues Theater. Heute Donnerstag Gastspiel Theo Straß „Lannhäuser“, Freitag „Die gestohlene Stadt“, Samstag „Orpheus in der Unterwelt“, Sonntag Gastspiel Rubla „Alba“.

Neue Bühne. Heute Donnerstag Gastspiel Rafael Sanjara „Leonore“, Samstag und Sonntag abends Gastspiel Sanjara „Lulu-Drama“ (Erdbreit — Büchse der Pandora).

Literatur.

Geschichte der deutschen Literatur nach Gattungen. Herausgegeben von Karl Viktor (München, Drei-Masken-Verlag). Die Bücherreihe, die mit einer vom Herausgeber geschriebenen „Geschichte der deutschen Dichtung“ einsetzt, will eine Lücke ausfüllen. Andere Literaturgeschichten stellen das individuelle Moment voran, in ihnen wird also die Geschichte der Literatur zu einer durch geistesgeschichtliche Betrachtungen verbundenen Darstellung des Dichters einzeln bedeutender Dichter. Das Formprinzip, dessen Verwirklichung doch eigentlich erst die schöpferische Betätigung zur Kunst erhebt, kommt auf diese Weise zu kurz, mehr als Zufälliges wird über Leben und Entwicklung der Dichtungsformen kaum je gesagt. Und doch hat auch jede Form, sei es nun Drama oder Roman oder Lied, ihre eigenen, inneren, sich unabhängig vom einzelnen Dichter auswirkenden Gesetze und die Literaturgeschichte wird ihrer Aufgabe erst gerecht, wenn sie die verschiedenen Werte von ihrer Zeit, ihrer Persönlichkeit, und ihrer gattungsgeschichtlichen Seite her beleuchtet. Viktor versucht das Bessere mit viel Geist und Wissen an der erlebten und schwierigen Form der Dichtung in ergebnisreichen Untersuchungen ihre Gesetze darlegt und ihre Entwicklung verfolgt, freilich wendet er sich durch die ganze Art der Darstellung mehr an einen engen Kreis

sachlich Interessierter. Und das ist zu bedauern. Denn die gattungsgeschichtliche Betrachtungsweise hat — namentlich bei den in Aussicht gestellten Themen: Neuerer Roman und Drama, Novelle, altes und neues Lied — jedem Freunde der Dichtung viel Neues und Wertvolles zu bieten. K.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Reichenberg. Am Sonntag, den 1. Juli, nachmittags, versammelten sich die Vertreter der Lokalorganisationen des Bezirkes Reichenberg auf einer Bezirkskonferenz, die sich insbesondere mit der Frage der Gemeindevahlen beschäftigte, über welche Genosse Dr. Sahn das Referat erstattete. Es entwickelte sich hierbei eine lebhafteste Wechselrede, an der sich die Delegierten fast aller Lokalorganisationen beteiligten. Aus allen Ausführungen war ein Wille zu erkennen, alles daranzusetzen, um bei den Wahlen einen der Partei entsprechenden Erfolg zu erzielen. Zum Bezirksvertrauensmann wurde Genosse Dr. Otto Sahn gewählt. Beim Punkte Parteiangelegenheiten kamen ein Bezirks-Anderausflug, die Beibehaltung und Angelegenheiten des Jugendamtes zur Besprechung, zu deren Überprüfung ein Komitee eingesetzt wurde. Schließlich kamen zur Besprechung die Beitragsleistung an die Kreisleitung, die Turn- und Gefangsbewegung sowie Jugendorganisation und Sport, worauf nach mehr als vierstündiger Tagung die Konferenz geschlossen wurde.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Dauerhaftigkeit Ihrer teuren Schuhe wird Sie überraschen, wenn Sie von Ihrem Schuhmacher die echten „Person“ Gummiabfälle anbringen lassen. „Person“-Gummiabfälle sind haltbarer und daher billiger als Leder, geben einen elastischen, ruhigen Gang, und sind keineswegs ein Luxusartikel. „Person“-Gummiabfälle sind in allen einschlägigen Geschäften zu haben. 1729 a

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Czernak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

Deutscher Theatergarten Neue großes Konzert

Anfang 3 Uhr. 1670 Anfang 3 Uhr.

Ausschreibung.

Im Bezirkebezirk Göttau gelangt die Distriktsarztstelle

für den Sanitätsdienst Kallich (siehe Seite 421). Der Distrikt ist 48,80 Quadratkilometer groß, hat 2685 Einwohner und besteht aus den Orten Kallich, Gabelschütz, Aienhald, Ratsch und Heinrichsdorf. Die Bezüge für diese Stelle betragen derzeit: Jahresgehalt 2400 K., 6 (eeds) Quinquennalszulagen à 400 K., Reiseausgabe 600 K., Subvention von der Gemeinde 15.000 K. und eine herrliche freie Wohnung. Die Bezüge als Krankenhausarzt betragen etwa 1000—1200 K. jährlich. Als Bezirksarzt kommt begünstigter Strenghausbezug in Betracht.

Weiters ist mit dieser Stelle die Berechtigung zum Betriebe einer Hausapotheke verbunden.

Bewerber um diese Stelle wollen ihre Gesuche belegt mit den Nachweisen über Alter und physische Eignung, tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, ärztliche Befähigung, Sprachkenntnis, moralische Unbescholtenheit, bisherige Krankenhauspraxis und andere Prognosen (Physikalische Prüfung) bis 25. Juli 1923 bei der unterzeichneten Bezirksverwaltungs-Kommission einbringen.

Bezirksverwaltungs-Kommission Göttau,

am 28. Juni 1923.

1736

Der Vorsitzende: A. Siebenäuger.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,

Tischlergasse 6, 1002

empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckschriften: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugchriften, Faktionen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Schutz der Republik.

Erläuterung des Gesetzes v. 19. März 1923.

Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen. 72 Seiten Hart.

Das Buch enthält den gesamten Text des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 19. März 1923 und zu jedem Paragraphen eine ausführliche juristische Erläuterung. Weiter enthält das Buch den vollständigen Text des Gesetzes über das Staatsgericht vom 10. März 1923.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen zum Preise von 2.10.—. Für organisierte Arbeiter ist das Buch durch die zuständige Bezirksorganisation oder das

Secretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Seilerstr. 1 zum Preise von 2.4.— zu beziehen.